Nr. 30.
Berlin, Donnerstag, den 5. Februar 1852.

Dies Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. — Vierteljährlicher Abonnements-Preis: Für Berlin: 2 Rt. 15 Sgr., mit Botenlohn 2 Rt. 22½ Sgr. — Für ganz Preußen, mit Postzuschlag: 3 Rt. — Für ganz Deutschland: 3 Rt. 18 Sgr. — Die einzelne № wird mit 2½ Sgr. berechnet.

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland!

Nr. 30.
Berlin, Donnerstag, den 5. Februar 1852.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: Deßauer-Straße № 5. und die bekannten Spediteure.
Insertions-Gebühr für den Raum einer fünfgespaltenen Petitzeile 2 Sgr.

Zur Gemeine-Ordnung.

III.

(Statuten, Gewohnheiten.)

Unsere bisherige Land-Gemeine-Ordnung war, wie nicht geläugnet werden kann, in vielen Beziehungen mangelhaft. Dennoch hat sich das Landvolk im Ganzen recht wohl dabei befunden. Auch die Administration von oben her ist leicht und zweckmäßig mit derselben geführt. Einige evidente Mißverhältnisse in ganz großen Gemeinen abgerechnet, ist eigentlich wenig zu wünschen gewesen. Dies Wenige, welches hauptsächlich in einiger Unsicherheit bezüglich des Stimmrechtes und der Gemeine-Lasten in Folge der veränderten Verhältnisse bei Separationen und Dismembrationen besteht, könnte gewiß durch eben so wenige zweckmäßige Bestimmungen geregelt werden, und es bedürfte nicht des Erlasses einer besonderen künstlichen Gemeine-Ordnung dazu.

Fragen wir nach der Ursache, wodurch ein anerkannt mangelhaftes Gesetz in seiner Ausführung doch die Bedürfnisse ziemlich ganz erfüllt hat, so ist als solche keine andere zu nennen, als daß den Gewohnheiten und Verträgen innerhalb der Gemeinen freier Spielraum verliehen war und die Gemeinen damit eine gewisse Autonomie hatten. Nach § 31. und 39. Th. II. Tit. VII. A. L. R. sind diese Gewohnheiten und Verträge in Bezug auf die Lasten und Dienste ausdrücklich sanctionirt und die übrigen Bestimmungen sind nur in subsidium gegeben. In der Praxis sind auch die Beziehungen auf das Stimmrecht in der Gemeine fast ausschließlich durch die Observanz, das Provinzialrecht oder durch Verträge festgestellt, da die hierüber bestimmenden §§ 20 bis 23. cit. etwas dunkel sind und daher wegen der allgemeinen subsidiären Natur des A. L. R. dieselben um so mehr nur, in Ermangelung anderer geltender Verhältnisse, angewandt wurden.

Mit diesen Gewohnheiten, Verträgen, Provinzialrechten wurde daher eigentlich regiert. Es genügte, wenn die Gemeine einen Beschluß gefaßt hatte, oder wenn einige Mal eine bestimmte Praxis beobachtet war, daß danach nun verfahren werden mußte, und so sind namentlich in der letzten Zeit bei Gelegenheit der Separationen unzählige dergleichen Beschlüsse gefaßt. Es sind die Gemeine-Angelegenheiten durch die Recesse sehr wesentlich, und zwar so regulirt, wie es für die Verhältnisse paßte, was die segensreichsten Folgen gehabt hat.

Die Gewohnheiten und Local-Rechte sind es aber, welche den Bauern ihren conservativen und stabilen Charakter verleihen. Sie sind es, welche auch die Abneigung des Kernes der Landleute gegen die Neuerungen der Revolution hervorgebracht haben. Als die Bauern es inne wurden, wie durch den Entwurf der Gemeine-Ordnung der Nationalversammlung zu Berlin Ende des Jahres 1848 das Stimmrecht, die Theilnahme an den Gemeine-Lasten ꝛc. umgeworfen und neu gestaltet werden sollte, da ging ihnen Licht über die Bestrebungen der Revolution auf, und, wenigstens in der Gegend des Referenten, trat sofort eine ernste Reaction ein. Es ist ja auch einleuchtend, daß dergleichen Special-Verhältnisse viel härter von allgemeinen Organisationen berührt werden, als wenn Alles schon egalisirt ist. Die daraus entstehenden Härten und Mißverhältnisse sind von Oben her gar nicht zu übersehen. Ihre Beseitigung wird theils augenblicklich unmöglich, theils muß sie die größte Unzufriedenheit hervorrufen. Es liegt daher ein sehr kräftiges Bollwerk gegen die Stürme der Revolution darin. Während ein durch die Gemeine-Ordnung egalisirtes Land einem Blachfelde gleich ist, wo der Sturm widerstandslos einhersaust, wo kein Versteck, kein Schutz für Alles vorhanden ist, was ihm entgegentritt, ist das Land mit Special- und Orts-Gewohnheiten wie das Gefilde mit abwechselnden Gehölzen, Wiesen, Feldern, Flüssen und Wohnungen, wo der Sturm erst alles dies entwurzeln und verschütten muß, um jedem Feind seine Stätte zu rauben.

Wenn wir nun im Ganzen den Vorlagen der hohen Staats-Regierung in Betreff Abänderung der Gemeine-Ordnung vom 11. März 1850 unsern ungetheilten Beifall nicht versagen wollen, so erregen doch die darin enthaltenen Bestimmungen über die Statuten unsere ernsten Bedenken.

Nach § 13 der Vorlagen sollen nämlich dergleichen Statuten nur Gültigkeit erlangen, wenn sie resp. von Sr. Majestät dem König, oder dem Herrn Minister des Innern, oder der K. Regierung, nach Anhörung der Kreis-Vertretung, genehmigt werden. Und nach § 17 bedarf ein jeder Gemeine-Beschluß über Aufbringung der Umlagen der Bestätigung der K. Regierung. Hiermit haben wir wieder einen zwar schön klingenden aber, wie wir fürchten, für die natürliche Entwickelung des Gemeinelebens todbringenden Apparat von bureaukratischer Centralisation. Es scheint uns unzweifelhaft, daß dergleichen Statuten sehr wenig zu Stande kommen werden. Man vergegenwärtige sich, um dies deutlich zu machen, die praktische Lage der Verhältnisse; die Statuten selbst zu entwerfen und darüber zu verhandeln, dazu sind fast gar keine Landgemeinen fähig. Es würde fast in allen Fällen solches nur durch Vermittelung des Landraths erfolgen können. Wir fragen, ob es wahrscheinlich ist, daß der Letztere die Zeit und Lust haben wird, in hundert und mehreren Gemeinen dergleichen Verhandlungen zu leiten, dann solche der Kreis-Vertretung vorzulegen, mit den Monitis der letzteren solche wieder zu beginnen, dann den hohen Behörden einzusenden und mit deren Erinnerungen von Neuem anzufangen? Wir fragen ferner, ob es wahrscheinlich ist, daß die Regierungen und das hohe Ministerium eine wahre Fluth von solchen Statuten, welche bei denselben eingehen und unnöthige Schreiberei verursachen müßten, zu bewältigen im Stande sein würden. Dafür, daß dies Alles nicht zu erwarten ist, spricht schon die Präcedenz, daß, wie man sagt, eine solche früher zur Zeit des Herrn Ministers v. Rochow von Oben her veranlaßte Statuten-Aufstellung wirklich in einer einzigen Gemeine zu Stande gekommen sei. Sollte es aber auch glücken, die Entwerfung von Statuten in größerm Maaßstabe, etwa nach einer decretirten Schablone, zu bewirken, so bezweifeln wir, daß hierdurch das wahre Bedürfniß befriedigt werden würde. Es würde eine todte Codification bleiben, wie die papiernen Verfassungen, in deren Fabrication unsere Zeit so fruchtbar ist Das werdende und den Bedürfnissen sich stets anpassende Recht hätte keinen Spielraum; denn an Aenderungen wäre bei dem drückenden bureaukratischen Schematismus, worin das Verfahren eingezwängt ist, nicht zu denken. Ganz so schlimm steht es zwar nicht mit der Bestimmung des § 17 in Betreff der Umlagen aus, indeß halten wir auch hier die geforderte Genehmigung der Regierung für sehr hinderlich und fragen, was denn werden soll, wenn der ortsübliche Maaßstab keinen Anhalt giebt, aber auch ein Gemeine-Beschluß nicht zu Stande kommt? Es fehlt für diesen Fall die weise Bestimmung des Allg. Land-Rechts, § 43, Th. II. Tit. VII., daß in der Regel die Ausgaben nach den landesherrlichen Steuern aufgebracht werden sollen, durch welche Bestimmung im Voraus jene Lücke ausgefüllt ist.

Wenn wir nun gegen diese Bestimmungen der Regierungsvorlage jene oben erwähnten des A. L.-R. § 31 und 39 cit. halten, so müssen wir unbedingt den letzteren den Vorzug geben. Durch sie ist einer fortgesetzten, das Bedürfniß befriedigenden Rechtsbildung Spielraum gegeben. Die Gewohnheiten können sich danach fortwährend ausbilden, Verträge können geschlossen werden, wie die Interessenten es für zweckmäßig halten, und werden nicht durch einen mindestens höchst mühsamen und zeitraubenden bureaukratischen Centralismus gehindert.

Jene ersteren sind uns dagegen, bei aller tiefgefühlten Dankbarkeit für die großen Verdienste der jetzigen Regierung, gerade in Betreff der Gemeine-Ordnung ein Beweis, wie unserer Zeit die Richtung des bureaukratischen Centralismus so sehr innewohnt, daß selbst die Besten sich kaum davon freihalten können. Es liegt dem doch immer ein Mangel an Achtung vor dem bestehenden Rechtszustande, sei es auch das kleinste Local-Recht, zum Grunde. Wir können daher nicht genug bitten, diesen Weg gänzlich verlassen zu wollen. Wir erlauben uns zu dem Ende vorzuschlagen, anstatt jener künstlichen und gegliederten Bestimmung über Entwerfung und Bestätigung der Statuten einfach die durch die Praxis bewährten der §§ 31 und 39 des A. L. R. adoptiren, solche aber noch dahin ausdehnen zu wollen, daß sie auch auf das Stimmrecht in den Gemeinen anwendbar werden; denn hierfür sind, wie oben ausgeführt worden, Gewohnheiten und Verträge im A. L. R. nicht ausdrücklich garantirt, sondern nur in praxi anerkannt. Gerade dieses Verhältniß des Gemeinelebens bedarf aber fast am meisten einer ungezwungenen freien Entwickelung, da sich vermöge der Separationen und der jetzigen Dismembrations-Freiheit die Beziehungen der einzelnen Klassen der Gemeine-Mitglieder fast fortwährend verändern.

Wahre Freiheit und Selbstständigkeit würde so den Gemeinen erhalten bleiben, wonach mit Recht ein unbewußtes Verlangen Alle durchdringt. Sollte man dagegen den Weg der Regierungs-Vorlagen wirklich einschlagen, so würde die ebenfalls mit Recht so vielfach angegriffene Viel-Regiererei und Bevormundung in sehr erheblichem und bedenklichem Maaße bis ins Unendliche vermehrt werden. ***

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu verleihen geruht:

I. Den Rothen Adler-Orden dritter Klasse: Allerhöchstihren Kammerherren: von Crousaz zu Hechingen, Freiherrn Treusch von Buttlar zu Sigmaringen und Freiherrn Hiller von Gärtringen zu Hechingen.

II. Den Rothen Adler-Orden vierter Klasse: dem Kaufmann Karry in Hechingen, dem Hof-Bau-Inspektor Wiest ebendaselbst, dem Rechts-Anwalt Bürkle in Sigmaringen, dem Fürstlich Hohenzollernschen Hof-Kapellmeister Taeglichsbeck zu Hechingen, dem Fürstlich Hohenzollernschen Hofrath Speidel daselbst, dem Fürstlich Hohenzollernschen Kabinets-Rath von Werner zu Neisse in Schlesien.

III. Das Allgemeine Ehrenzeichen: dem Vogt Johann Locher in Stetten und Hohlstein, Amts Hechingen, dem Vogt Christn. Speidel zu Jungningen, dem Altvogt Joseph Klotz in Weilheim, dem Altvogt Christn. Ruff in Grosselfingen, Amts Hechingen, dem Altbürgermeister Joseph Grieb in Dettingen, Amts Glatt, dem Bürgermeister Fidel Leuze in Diessen, Amts Glatt, dem Bürgermeister Bonaventur Reiser in Gammertingen, dem Altbürgermeister Joseph Hospach zu Inneringen, Amts Gammertingen, dem Bürgermeister Philipp Sorch zu Mindersdorf, Amts Wald, dem Werkmeister Bausinger zu Stetten bei Hechingen, dem früheren Brigadier, jetzigen Gendarmen Eisele zu Hechingen, dem früheren Brigadier, jetzigen Gendarmen Wolff zu Strusberg, dem Feldwebel und Brigadeverweser, jetzigen Hülfs-Gendarmen Hennelotter zu Inneringen, dem Sergeanten und Brigadeverweser, jetzigen Hülfs-Gendarmen Stiezel zu Sigmaringen; so wie dem Holzarbeiter Müller zu Danzig.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

Den Kreisgerichts-Direktor Rocholl zu Lüdenscheid in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Arnsberg zu versetzen; und

Dem Commandanten von Frankfurt am Main, Major Deetz, aggr. dem 3. Artillerie-Regiment, die Erlaubniß zur Anlegung des von Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich ihm verliehenen Ritterkreuzes des Leopold-Ordens; so wie dem Konsul Appelius zu Livorno zur Anlegung des von Sr. Heiligkeit dem Papste ihm verliehenen Komthur-Kreuzes des St. Silvester-Ordens zu ertheilen.

Preußische Bank.

Ernannt: Der Haupt-Bank-Buchhalterei-Assistent Schottler zum Bank-Buchhalter und zweiten Vorstands-Beamten der Bank-Commandite in Elbing;

Der Bank-Buchhalterei-Assistent Wenke in Elbing zum Bank-Buchhalter, und der Regierungs-Haupt-Kasse in Bromberg zur Dienstleistung für den bei derselben eingerichteten Bankverkehr überwiesen.

Kammer-Verhandlungen.

Erste Kammer.

Schluß der Sitzung vom 3. Februar 1852.

Bei den folgenden Petitionen tritt die Kammer den Commissionsanträgen bei. — Eine Petition verschiedener Grundbesitzer im Siegkreise wird der Agrar-Commission überwiesen.

Es folgt darauf Nr. 4 der Tagesordnung, Bericht der Commission für Rechtspflege über den Gesetz-Entwurf, betr. den Diebstahl an Holz und anderen Waldproducten. Berichterstatter Abg. Goltdammer. Die Kammer geht ohne Debatte zur Specialberathung der Paragraphen über, für welche verschiedene Abänderungsvorschläge von der Commission gemacht worden sind.

Zu dem § 2 werden unter die dem Holz beim Diebstahl gleich zu achtenden Waldproducte auf den Antrag des Abg. v. Hertefeld „Borke und Waldsämereien“ mit aufgenommen.

Zu §. 4 wird den Schärfungsgründen des Diebstahls auf den Antrag des Abg. Graf Luckner noch der „Gebrauch des Messers“ beigefügt.

Ein zu §. 5 von der Commission vorgeschlagener mildernder Zusatz wird auf Antrag des Regierungs-Commissars verworfen. Hierauf vertagt der Präsident die Fortsetzung der Debatte auf die morgende (Mittwoch) Sitzung. — Schluß 3¼ Uhr.

Zweite Kammer.

Schluß der Sitzung vom 3. Februar 1852.

Vorbericht der Central-Commission zur Prüfung des Staatshaushalt-Etats für das Jahr 1852

Unter den von der Commission aufgestellten allgemeinen Grundsätzen bestimmt der 10, daß bei den sämmtlichen Central-Verwaltungen a) nachstehende Normalsätze der Besoldungen für angemessen und auskömmlich zu erachten; für einen Staatsminister, ohne Unterschied des Ressorts, bei freier Wohnung 10,000 Thlr., für einen Unterstaats-Secretair die Besoldung eines Ministerial-Directors und eine Stellvertretungs-Zulage von höchstens 500 Thlr.; für einen Ministerial-Director 3500 — 4000 Thlr; für einen Ministerialrath ohne Unterschied des Ranges 2000—2800 Thlr.; für einen Ministerial-Expedienten, Kalkulator, Registrator, ohne Unterschied, ob derselbe in dem Central-Bureau des Ministers beschäftigt wird oder nicht, 600 — 1500 Thlr.; für einen Ministerial-Canzlei-Vorsteher 1000 — 1200 Thlr.; für einen Ministerial-Canzlisten 400—800 Thlr.; für einen Canzleidiener 240—360 Thlr.; für einen Botenmeister 400—450 Thlr.; für einen Kastellan 400—450 Thlr.; b) daß in jedem Ministerium der Regel nach nur Ein Canzlei-Vorsteher erforderlich; c) daß freie Wohnung ohne Miethsabzug nur den Ministern zuzugestehen, bei allen übrigen Ministerial-Beamten aber der vorschriftsmäßige Miethsabzug für die Dienstwohnung in Ansatz zu bringen.

Zu Nr. 13, welche lautet:

„daß in dem Etat besondere Fonds a) zu Gratificationen und Remunerationen — so weit letztere nicht für ungewöhnliche Leistungen gegeben werden — nicht weiter auszubringen, vielmehr, so weit ein Bedürfniß dazu hervortritt, für auskömmliche Besoldungssätze zu sorgen; b) daß von dieser allgemeinen Regel Ausnahmen nur da zuzulassen, wo dieselben durch die Eigenthümlichkeit der Dienstverrichtung und der sonstigen Lebensverhältnisse der betreffenden Beamten besonders begründet werden; c) dagegen besondere Unterstützungsfonds auch fernerhin auszubringen, und diese Fonds für bedürftige Beamten zu bestimmen, deren jährliches Diensteinkommen den Betrag von 1000 Thlrn. nicht übersteigt, höher besoldeten Beamten aber Unterstützungen aus diesen Fonds nur ausnahmsweise in außergewöhnlichen Bedarfsfällen zu gewähren;“

ist ein Amendement vom Abg. Harkort eingegangen, das von den Abgeordneten v. Vincke, Skalweit, v. Bardeleben, Brockhausen, Plaßmann, Heyl, Beseler, Delius, Kratz, Fliegel, Kerp, Johanny, Pietsch und Simson unterstützt ist und wonach es unter Nr. c) heißen soll:

c) dagegen besondere Unterstützungsfonds, welche die Bestimmung haben, in außergewöhnlichen Bedarfsfällen einzelnen Beamten Unterstützungen zu gewähren, auch fernerhin auszubringen, die Bestimmung dieser Fonds jedoch auf die Unterstützung solcher Beamten einzuschränken, deren jährliches Diensteinkommen den Betrag von 1000 Thlrn. nicht übersteigt.

Nach kurzer, unerheblicher Debatte wird zur Abstimmung über diesen Antrag geschritten und derselbe abgelehnt mit 135 gegen 132 Stimmen, womit zugleich der Commissionsantrag angenommen wird.

Man schreitet zu Nr. 14., welche lautet:

14) daß als von den Kammern zu genehmigende Etats-Ueberschreitungen solche Ausgaben anzusehen, welche als Mehrausgabe bei denjenigen einzelnen Kapiteln resp. Titeln hervortreten, die in dem durch das Gesetz festgestellten und in die Gesetzsammlung aufgenommenen Staatshaushalts-Etat ausgebracht worden; endlich daß Ersparnisse gegen den Etat nicht aus einem Jahre in das andere zu übertragen, wofern dies nicht im Etat selbst nachgelassen ist.

Dazu ist ein Amendement vom Abg. v. Patow eingebracht, welches lautet:

14) daß hinsichtlich der Behandlung von Etats-Ueberschreitungen die Kammer bis zur Ernennung anderweiter gesetzlicher Bestimmungen sich diejenige Vorschrift werde zur analogen Norm dienen lassen, welche der Ober-Rechnungs-Kammer dahin gegeben ist: daß Ueberschreitungen bei einzelnen Ausgabe-Titeln darum noch nicht für gerechtfertigt zu achten, weil solche durch Ersparnisse bei anderen Titeln desselben Etats gedeckt werden können, es wäre denn, daß die Uebertragung der Titel im Etat selbst für statthaft erklärt wäre; imgleichen daß Ersparnisse gegen den Etat nicht aus einem Jahr in das andere übertragen werden dürfen, wofern dies nicht im Etat selbst nachgelassen ist.

Abg. v. Patow begründet und rechtfertigt sodann in einem längeren Vortrage sein Amendement; er hält es für bedenklich, der Regierung einen so weiten Spielraum zu lassen, wie die Commission beantragt; namentlich aber müßten beim Militair-Etat bedeutende Ersparnisse gemacht werden.

Abg. Tellkampf stimmt ihm in allen Punkten bei.

Abg. v. Bodelschwingh hofft, daß die Regierung der Kammer künftig einen systematisch geordneteren Etat vorlegen werde, der eine größere Homogenität mit größerer Kürze verbindet. In Beziehung auf letzteren Punkt wendet der Redner sich auch gegen den Abg. Schubert, der in früherer Session sich selbst gegen die große Ausführlichkeit der Etats-Vorlagen erklärt und also jetzt mit sich in Widerspruch trete.

Nach einigen andern Bemerkungen wird der Schluß der Discussion angenommen.

Präsident. Ich fasse den Artikel 99 der Verfassung so, daß bei der jährlichen Feststellung der Einnahmen und Ausgaben des Staats nicht allein die Regierung, sondern auch die Kammern mitzuwirken haben: daß also, wenn auch die Regierung den Militair-Etat auf 23 Millionen feststellt, die Kammern doch das Recht haben, diese Summe in einzelnen Thalern zu bewilligen. Nach diesem Grundsatze werde ich verfahren und deshalb bei der spätern Berathung der Etats-Ueberschreitungen auch über die einzelnen Positionen abstimmen lassen.

Der Finanzminister. Was die hier ausgesprochenen Wünsche in Hinsicht auf die Ausführlichkeit der künftigen Etats-Aufstellungen betrifft, so werden sie erwogen und nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Im Uebrigen wird sich die Regierung, wenn die Prüfung der Etats-Ueberschreitungen hier in der Kammer erfolgt, näher über dieselben auslassen.

Nachdem sich noch der Berichterstatter für die Commissions-Anträge erklärt hat, wird über ein inzwischen vom Abg. von Synexn eingebrachtes Amendement abgestimmt, welches dahin geht, daß die fernere Discussion und Beschlußnahme über diesen Gegenstand bis zur Berathung der Etats-Ueberschreitungen ausgesetzt werde. Die Kammer (die Minister und die Rechte) nimmt das Amendement an.

Es wird sodann über den schon gestern erwähnten Antrag des Abg. Schubert abgestimmt: daß die Regierung in Zukunft den Etat vollständiger aufstellen möge. Er wird durch Aufstehen und Sitzenbleiben mit 142 gegen 124 Stimmen abgelehnt. (Dagegen sind die Minister, die Rechte und der Abg. Camphausen.)

Schluß der Sitzung 3½ Uhr. — Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr. — Tagesordnung: Der Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Justiz-Verwaltung, über die Verwaltung der Domainen und Forsten und über den Etat des Ministeriums des Innern.

Deutschland.

□ **Berlin**, 4. Februar. Das in unserem gestrigen Blatte mitgetheilte Manifest des Königs von Dänemark, betreffend die Grundlagen der neuen Organisation der ganzen Monarchie, gewinnt doppelte Bedeutung als ein erstes gewichtiges Zeichen der in Kopenhagen nunmehr zur Herrschaft gelangten Politik aufrichtiger Versöhnung und billiger Ausgleichung. Diese endliche Wandelung der dortigen Anschauungen ist wesentlich den Großmächten und namentlich den unausgesetzten Bemühungen Preußens zu danken. Den Herzogthümern wird fortan Gerechtigkeit. Das frühere Notabelnproject mit seinen Dänischen Verschmelzungs- und Incorporationsgelüsten ist aufgegeben. Es bleibt die Verbindung der einzelnen Theile der Monarchie zu einem wohlgeordneten Ganzen, unter Achtung und Anerkennung der wohlbegründeten selbstständigen Rechte und Interessen der einzelnen Landestheile. Auswärtiges, Finanzen, Landheer und Flotte unterstehen gemeinsamer Verwaltung für die gesammte Monarchie; für die übrigen Verwaltungszweige erhalten das Herzogthum Schleswig und die Herzogthümer Holstein und Lauenburg eigene Minister, welche lediglich dem Könige verantwortlich sind und mit der Verantwortlichkeit der übrigen Minister vor dem Reichstage nichts gemein haben. Die Provinzialstände der Herzogthümer sollen wieder in Wirksamkeit treten und eine solche Entwickelung erhalten, daß jedes der Herzogthümer hinsichtlich seiner bisher unter den Wirkungskreis der berathenden Provinzialstände gehörenden Angelegenheiten eine ständische Repräsentation mit beschließender Autorität erhalte. Außerdem soll ein gemeinsames Zollsystem für die gesammte Monarchie herbeigeführt, dazu die Aufhebung der Zolllinie an der Eider eingeleitet, ferner der Belagerungszustand im Herzogthum Schleswig aufgehoben, und das frühere engherzige Amnestiedecret revidirt werden, — Alles an sich ganz gute Intentionen, um endlich einen geordneten Rechtszustand zurückzuführen! Das jetzige, von den Deutschen Großmächten standhaft geforderte Einlenken des Dänischen Cabinets soll, neben den Mahnungen des Kaiserl. Russischen Hofes, namentlich auch durch die Erklärung des Cabinets von St. James bewirkt worden sein: daß es bei der jetzigen Lage der Dinge in Frankreich für England nicht wünschenswerth sein könne, die Entscheidung der Dänisch-Deutschen Streitfrage noch länger hinausgeschoben zu sehen. Die demokratische Partei in Kopenhagen und das mit derselben verbündete Eiderdänenthum (die Partei, welche bis an die Eider Alles, namentlich also Schleswig, in gleicher Weise als Dänisch behandeln will) äußern große Mißstimmung über die von der Gerechtigkeit geforderten Entschließungen der Regierung. Hamburger Blätter wollen sogar von Unruhen wissen, die am 1. d. Mts. in Kopenhagen ausgebrochen seien. Diese Gerüchte werden jedoch anderseitig nicht bestätigt.

— Wohl noch nie hat eine Provinz bei Besetzung ihrer Ober-Präsidenten-Stelle ein so reges Interesse an den Tag gelegt, als gegenwärtig die Provinz Pommern. Seit der eingetretenen Vacanz treffen fast täglich Deputationen aus den verschiedensten Gegenden und allen Ständen der Provinz hier ein, und in diesem Augenblick befinden sich deren mehrere hier. Wenn die Wünsche der einzelnen auch in Bezug auf die Persönlichkeit etwa auseinandergehen, darin sind alle einig, daß die baldige und definitive Wiederbesetzung dieser unter den gegenwärtigen Umständen doppelt wichtigen Stelle ein Act unabweisbarer Nothwendigkeit ist.

— An der Conferenz im Ministerium des Innern über die Composition der Ersten Kammer, deren das gestrige Blatt erwähnte, nahmen, außer den dort genannten Mitgliedern der 3 Fractionen der Rechten der Ersten Kammer, auch die Abgeordneten Freiherr von Gaffron und von Plötz Theil.

— Der Kais. Russische Erste Gesandtschafts-Secretair in Kopenhagen, Collegien-Assessor und Cabinets-Courier von Tegeborski, ist von Kopenhagen nach Warschau hier durchgereist, und der Kais. Russische Titular-Rath und Cab.-Cour. von Engel ist von Paris hier angekommen.

— Der K. K. Oesterreichische Brigade-General von Schiller ist von hier nach Hamburg abgereist.

— Der Königl. Dänische Kammerherr und Hofjägermeister Graf von Luckner ist von Dresden hier angekommen.

— Gestern Vormittag starb in Potsdam der Erste Bischof der evangelischen Landeskirche, Dr. Eylert, im 82. Lebensjahre.

— Die Haltung Baierns und Württembergs auf dem Zollcongresse in Wien und die daraus gezogenen Folgerungen auf deren künftiges Verhältniß zum Zollverein sind Gegenstand des Hoffens und Fürchtens der gesammten Deutschen Presse. Wir wollen nicht zurückhalten mit dem, was wir wissen und was wir meinen. Alle Erklärungen, welche Baiern und Württemberg in Wien abgeben, haben durchaus nichts Bindendes, selbst wenn sie so klingen. Sie sind stets mit allen möglichen Reserven abgegeben, und folgen immer einer am Tage vorher zu Protokoll gegebenen Erklärung, daß der Bevollmächtigte von ganzem Herzen zustimme, aber nicht wisse, ob seine Regierung seine Sentiments theile. Dies Verhalten der süddeutschen Bevollmächtigten in Wien hat unzweifelhaft nur zum Zweck, das Gewicht der betreffenden Staaten auf dem demnächst hier zu eröffnenden Zollvereins-Congreß zu erhöhen. Man wird sich hier schwer zu machen suchen durch die Behauptung: in Wien gebunden zu sein. Wie es scheint, hat dies Verhalten der süddeutschen Staaten aber nicht viel Aussicht auf Erfolg. Wir hören, daß die diesseitige Regierung nicht gemeint ist, Jemanden, der sich sperrt, am Zollverein festzuhalten.

— Die „Ostsee-Ztg.“ läßt sich aus Berlin schreiben: „Aus glaubwürdiger Quelle geht uns die Nachricht zu, „daß zwar keine Mobilmachung der Preußischen Armee „stattfinden werde, jedoch der Antrag beim Bundestage „gestellt sei, ein Bundescorps von 200,000 Mann an „der Französischen Grenze aufzustellen. Dieser Antrag soll „von allen größeren Staaten unterstützt sein, und der „Widerspruch einiger kleineren dürfte binnen Kurzem bestätigt werden.“ — — Wir dürfen diese Mittheilung als durchaus unbegründet bezeichnen.

— Die „Hamb. Nachr.“ lassen sich aus Frankfurt als unverbürgte Nachricht mittheilen, „daß die Reclama„tionen der Staatsgläubiger des ehemaligen Königreichs „Westphalen bei dem Bundestage, die bereits im Jahre „1823 eine den Reclamanten ungünstige Entscheidung „veranlaßten, jetzt eine unerwartete Unterstützung erhalten „haben. Der Oheim des Französischen Präsidenten, der „eben erst zum Vorsitzenden im Senat ernannte vorma„lige König von Westphalen, Hieronymus Bonaparte, „soll nämlich Schritte gethan haben, um in Vertretung „jener Reclamanten aus dem Jahre 1823 die Bundes„Versammlung zu veranlassen, die Gültigkeit der von der „Westphälischen Regierung seiner Zeit übernommenen „Verbindlichkeiten nachträglich anzuerkennen, und die „Französische Regierung soll gleichzeitig haben erklären „lassen, daß sie entschlossen sei, das Gesuch zu unter„stützen.“ — — Wir wollten dies Curiosum unsern Lesern nicht vorenthalten, dürfen aber versichern, daß Herr Jerome Bonaparte solche Schritte nicht gethan hat.

— Der „K. Z.“ wird von hier geschrieben, „daß „Graf von Fürstenberg-Stammheim am 30. Januar bei „dem König zur Tafel und an demselben Nachmittag „Herr v. Bethmann-Hollweg zum König befohlen war.“ — — Wir bemerken hierzu, daß außer Herrn v. Bethmann-Hollweg gleichzeitig auch die Herren v. Kleist-Retzow und Stahl befohlen waren.

— An der am Sonnabend stattgefundenen Sitzung des Landes-Oekonomie-Collegiums nahm der zum Mitgliede desselben ernannte Abgeordnete Herr von Kleist-Tychow zum ersten Male Theil und wurde durch den Präsidenten, Herrn von Beckedorff, in das Collegium eingeführt. Der gleichfalls zum Mitgliede ernannte Rittergutsbesitzer Nathusius auf Königsborn bei Magdeburg war nicht in Berlin anwesend. Außer den beiden eben ernannten besteht das Landes-Oekonomie-Collegium aus folgenden Mitgliedern: Geheimer Ober-Regierungs-Rath Professor Dr. Dieterici, Regierungs-Präsident a. D. Graf von Itzenplitz, Geheimer Ober-Reg.-Rath Kette, Landes-Oekonomie-Rath Koppe, Landes-Oekonomie-Rath Dr. von Lengerke (Gen.-Secretair), Garten-Director Lenné, Präsident Lette, Geh. Ober-Regierungsrath Mätzke, Wirkliche Geheime Kriegsrath Menzel, Major a. D. Freiherr Senfft von Pilsach auf Sandow, Geheimer Finanzrath von Stranz, Geheimer Ober-Finanzrath von Viebahn, Landes-Oekonomie-Rath Weyhe zu Bonn, Hauptmann a. D. von Wulffen auf Pietzpuhl. Als Präsident fungirt seit der Begründung des Collegiums Dr. von Beckedorff. Als Organ dieses Collegiums gelten die „Annalen der Landwirthschaft in den Königl. Preußischen Staaten“, welche von demselben seither in Vierteljahrs-, jetzt in Monatsheften herausgegeben und von dem General-Secretair Dr. Lengerke redigirt werden (Verlag von Wiegandt und Grieben).

— (Erste Kammer.) Der Bericht der 9. Commission zur Erwägung des Antrages des Abgeordneten Dr. Klee und Genossen, die Steuerfreiheit der Kirchenbeamten und Schullehrer betreffend, ist im Druck erschienen. Derselbe beantragt (mit 8 gegen 5 Stimmen) die Annahme des Klee'schen Antrages in folgender Fassung: „Die Kammer wolle beschließen, an die Königl. Staats-Regierung den Antrag zu richten, baldigst ein Gesetz einzubringen, durch welches die Steuerfreiheiten, wie sie vor Erlaß der Verfassungs-Urkunde den Kirchenbeamten, so wie den Schullehrern der evangelischen und römisch-katholischen Kirche, zugestanden, allgemein wieder hergestellt, resp. die entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen aufgehoben werden.“

— Wir wiederholen aus dem gestrigen Kammerbericht, daß in einer Commission der Ersten Kammer Seitens des betreffenden Regierungscommissars die Mittheilung gemacht worden ist, daß die Staatsregierung den Gesetzentwurf über die Grundsteuer noch in dieser Session vorzulegen gedenke.

— In dem Referat über die Sitzung der Zweiten Kammer vom 30. v. M. (Antrag Beseler gegen den Bundestag) ist gemeldet worden, daß der Abg. v. Münchhausen (Gardelegen) gegen den Commissionsantrag und also mit der Linken gestimmt habe. Diese Nachricht beruht auf einem Irrthum. Der Abg. v. Münchhausen hat jener Sitzung gar nicht beiwohnen können und ist übrigens ein entschiedenes Mitglied der Rechten. Auch der Abg. Wildermann hat an diesem Tage nicht gegen die Regierung gestimmt, da er durch Krankheit verhindert war, in der Kammer anwesend zu sein.

† **Potsdam**, 31. Januar. [Treubund.] Am gestrigen Tage hielt der hiesige Treubund seine 27. Generalversammlung, in welcher zuerst der Bundesordner Schulze Bericht erstattete über das schöne Fest, mit welchem der Bund auf dem Bahnhofe am 18. Januar die Feier des Krönungs- und Ordensfestes begangen. Herr S. schilderte den Gesammteindruck, den das patriotische Concert, die kräftigen Ansprachen des Vorsitzenden Dr. Rigler und des Predigers Bernhardi und der darauf folgende große Ball gemacht, so lebendig und anschaulich, daß auch den Brüdern, die leider verhindert gewesen Theil zu nehmen, ein nachträglicher Festgenuß wurde. Darauf nahm der stellvertretende Vorsitzende Dr. Wantrup das Wort, um die Brüder zu mahnen, auch im neuen Jahre mit der alten Treue an dem alten Gott und dem alten Rechte zu halten und sich nicht irre machen zu lassen durch den Jubel der kurzsichtigen und trägen Pseudo-Conservativen, die im Lichte der Staatsstreich-Sonne Napoleon das Jahr 1852 schier vergüldet sähen und Alles wieder gut. Trauben von den Dornen? Lehrreich seien die Französischen Zustände allerdings in mehr als einer Hinsicht, wenn man sie als tiefe Schlagschatten neben das leuchtende göttliche Recht treten ließe. Nur Verblendete aber könnten es wünschen und begehren, daß man in Deutschland wieder Französische Wege wandle. Diese Stimmen seien aber jetzt nur zu zahlreich, und es sei als eins der entschiedensten Verdienste der „Kreuzzeitung“ nicht genug hervorzuheben, daß sie ziemlich einsam unter den Deutschen Organen (doch die „Wehrzeitung“ nicht zu vergessen!) laut und ernst gegenüber den Französischen Vorgangen die Wahrheit gepredigt, wozu viel Muth und Klarheit gehöre, wenn selbst der Clerus falsch Zeugniß ablege und behaupte „Gott sei mit dem Präsidenten,“ während er hätte richtiger sagen müssen, Gott sei über dem Präsidenten! Es sei noch nicht aller Tage Abend, und zu seiner Zeit werde es doch immer wieder heißen: „Recht muß doch Recht bleiben.“ Festhaltend daran wollten wir in Preußen nicht auch verbösern, sondern verbessern, das Recht nicht machen, sondern suchen und den Eid halten — denn ein Eid sei eben ein Eid. — Die Versammlung stimmte lebhaft bei und trennte sich nach einem patriotischen Gesange.

§? **Stettin**, 31. Januar. [Innere Mission.] Am 29. d. M. fand die General-Versammlung der beitragenden Mitglieder für die hiesige Kinder-Heil- und Diakonissen-Anstalt statt, welcher auch Se. Excellenz der Generallieutenant v. Grabow und der Ober-Bürgermeister Hering beiwohnten. Der Vorsitzende, Medizinalrath Dr. Steffen, erstattete den Rechenschafts-Bericht, dem wir folgende Daten entnehmen. Von der Eröffnung der Anstalt am 15. Mai 1851 wurden in ihr bis zum 31. Decbr., also in einem Zeitraum von 7½ Monat, 60 arme Kinder behandelt, wovon die Mehrzahl aus der Stadt Stettin. Davon wurden geheilt entlassen 14, ungeheilt entlassen 13; gestorben sind 13 und in Behandlung verblieben 20. Das ziemlich ungünstige Sterblichkeitsverhältniß hat seinen Grund darin, daß zu Anfang mehrere bereits in einem hoffnungslosen Zustande befindliche Kinder aufgenommen worden sind, um denselben wenigstens noch ein ruhiges Sterbelager zu gewähren. Die ungeheilt Entlassenen sind fast sämmtlich den Eltern auf Verlangen zurückgegeben, die oft die unverständigsten Gründe angaben, großen Undank gegen die Anstalt zeigten und sich sogar höchst ungebührlich gegen die Diakonissen betrugen. Dies kam besonders in den ersten Monaten vor; später haben die Leute mehr Vertrauen zu der Anstalt und den dienenden Schwestern gefaßt. Unter den Geheilten sind einige, an denen schwierige Operationen mit Glück vollführt wurden. Die Pflege der Kranken wird durch drei Diakonissen aus dem Kaiserswerther Mutterhause besorgt, zu denen im Laufe des Jahres noch zwei Probeschwestern hinzugetreten sind, die hier nur eine Vorschule durchzumachen haben und ihre spätere vollständige Ausbildung in Kaiserswerth empfangen. Auf diese Weise beabsichtigt der Vorstand Gemeinde-Diakonissen zur Krankenpflege in den Familien zu erziehen. — Die Total-Einnahmen der Anstalt betrug 2435 Thlr. 19 Sgr., worunter 414 Thlr. als Erlös einer Ausspielung von weiblichen Handarbeiten, von einigen wohlthätigen Damen veranstaltet; die Ausgabe 2310 Thlr. 15 Sgr., wovon über 1000 Thlr. auf die Kosten der ersten Einrichtung und 400 Thlr. auf die Hausmiethe kommen. Außerdem sind der Anstalt reiche Gaben an Betten, Wäsche, Spielzeug für die Kinder ꝛc. zu Theil geworden, darunter ein bedeutendes Geschenk von Ihrer Majestät der Königin. Die ferneren Unterhaltungskosten der Anstalt in ihrer gegenwärtigen Ausdehnung dürften über 2000 Thlr. jährlich betragen.

†† **Königsberg**, 30. Januar. [Chausseebau. Pfarrebesetzung.] Vor einiger Zeit haben verschiedene öffentliche Blätter über ein in den Jahren 1852 bis 1863 in der Provinz Preußen auszuführendes Staats-Chausseenetz berichtet unter namentlicher Bezeichnung der Richtungen und Längen der in diesen Plan aufgenommenen Chausseelinien, des erforderlichen Baucapitals und der Jahre der Ausführung. Ueber den fraglichen Gegenstand aus zuverlässiger Quelle eingezogene Erkundigungen haben ergeben, daß auf Veranlassung des Herrn Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten von den Provinzial-Behörden ein solcher Plan entworfen, auch der zur Wahrnehmung der Provinzial-Vertretung berufenen provinzialständischen Versammlung auf deren Ansuchen zur Kenntnißnahme mitgetheilt, daß aber über den gedachten Plan, dessen Durchführung erst nach Bereitstellung der dazu erforderlichen Mittel ermöglicht werden könnte, ein Beschluß der Staatsregierung noch nicht gefaßt ist. Der Chaussee-Neubau-Plan für das Jahr 1852, bei welchem übrigens die Provinz Preußen im Verhältniß gegen andere Landestheile sehr reichlich bedacht ist, hat deshalb nicht nach jenem umfassenden, in den Stadien der Vorbereitung befindlichen Plane, sondern nur in weit beschränkterem Umfange festgestellt werden können. — Die durch den Abgang des Consistorialraths Lehnerdt nach Berlin erledigte Pfarrstelle an der hiesigen Löbenichtschen Kirche hat der früher hier schon gewesene Divisions-Prediger Cosack erhalten, welcher zu Ostern von Stettin hierher übersiedeln wird.

Fraustadt, 31. Januar. [Chausseebau.] Der längst projectirte Bau einer Chaussee von Lissa nach Gostyn wird nunmehr zur Ausführung kommen. Seitens der betheiligten Unternehmer wird die Angelegenheit jetzt

mit Nachdruck betrieben. Von großer Wichtigkeit ist hierbei die Fortsetzung dieser Chaussee von Gostyn und Borek, Behufs einer Einmündung derselben in die Dolzig-Posener Haupt-Chaussee; denn erst hierdurch kann der eigentliche Zweck des Baues der Lissa-Gostyner Chaussee, der auf eine Verbindung des diesseitigen Kreises mit dem Osten der Provinz gerichtet ist, erreicht werden. (P. Z.)

Breslau, 2. Februar. [Feuer.] Die „Schl. Z." meldet: So eben, Abends nach 7 Uhr, tönt Feuerruf durch unsere Stadt. Der Dachstuhl des Pferdestalls der 3. Escadron des 1. Kürassier-Regiments steht in Flammen. Die Pferde sind glücklich gerettet. Der scharfe Nordwind treibt Rauch und Feuergarben auf das neue Inquisitoriat zu, das aber in jeder Weise vor Gefahr gesichert ist. — Nachschrift: Die thätige Löschhülfe entfernt die Gedanken an jedes weitere Umsichgreifen des Feuers, dessen man auch gegen 9 Uhr vollkommen Meister geworden ist.

§ **Aus Niederschlesien**, 2. Febr. [Schwurgericht. Stimmung.] Vor wenigen Tagen wurde vor dem Liegnitzer Schwurgerichte der gewesene Candidat der Theologie, Becker, wegen Majestätsbeleidigung, Anreizung zum Friedensbruche und öffentlicher Entstellung von Thatsachen in contumaciam zu 4monatlichem Gefängniß und 50 Thlr. Geldstrafe verurtheilt. Derselbe war Präsident des dortigen demokratischen Vereins bis zu dessen vor noch nicht langer Zeit erfolgter Auflösung. Die „Schlesische Zeitung" wünscht der guten Stadt „jenen Frieden, der früher so herrliche Früchte trug (etwa in den Finanzen, oder in der öffentlichen Sittlichkeit, oder in der vollständigen Schul-Desorganisation, oder in dem neuen Deutsch-katholischen Kirchgebäude?) und der seit 1848 entbehrt wird." Glücklicher Weise scheinen die Gemeindeglieder selbst, nach dem Fortgange der Gemeinderathswahlen zu schließen, nicht mehr von diesem vorachtundvierziger Geiste beseelt zu sein; es müßte denn auch hier eine der mannichfachen conservativen Illusionen ihr Spiel treiben. Bis zu welchem Grade übrigens eine ganze Commune, trotz aller Reactionsluft, noch unter der Zuchtruthe weniger demokratischen Köpfe gehalten werden kann, ergiebt sich aus den Gemeinderathswahlen in dem armen Schmiedeberg; der Candidat, der mit den zahlreichsten Stimmen aus der Wahlurne hervorging, ist Niemand anders, als der vielberufene Deutsch-katholische Prediger Vogtherr. — Ein ergiebiges Feld, die erwünschte Quantität Mißmuth darauf zu säen, bietet in diesem Augenblick die Preissteigerung des Brodgetreides dar. Die „Schlesische Zeitung", und noch mehr die „Breslauer" und nach dieser einige Localblätter sind besonders eifrig in Bebauung desselben. Das Leben in den kleinen Städten wird als ein „langsames Verhungern" (in Kneipen rc.?) geschildert, die Schuld tragen Kornwucherer und Lieferungsgeschäfte, am Ende aber die Regierung, falls sie nicht hindernd einschreitet. Die „Conservative Zeitung" hat gegen den Unsinn gut predigen. Die Wühler ignoriren die Widerlegung und heulen fort.

Staßfurth, 1. Februar. Ueber die in Staßfurth stattgehabten Feierlichkeiten zur Eröffnung des dortigen Salzschachtes gehen detaillirte Nachrichten ein. Der Schacht, von dessen Ausgiebigkeit man große Hoffnungen hegt, wurde von dem Herrn Handelsminister „Manteuffel-Schacht" getauft.

≏ **Wien**, 2. Februar. [Von der Börse. Zur Presse. Notizen.] Die der Generalversammlung der Gloggnitzer Eisenbahn-Actionaire von Seiten des Finanzministers gemachte Mittheilung, daß die Regierung wünsche, die Gloggnitzer Bahn als Staatsbahn zu acquiriren, hat keineswegs überrascht. Sie hat zugleich meine Mittheilung, daß die Unterhandlungen keineswegs als abgebrochen anzusehen seien, vollkommen bestätigt. Der Staat hat alle Ursache, diesen Ausgangspunkt seiner großen Bahn nach Triest an sich zu bringen, und obwohl die betreffenden Actien sich im Augenblicke mit 8 pCt. verinteressiren, so hat doch andererseits die Gesellschaft, in deren Besitz im Augenblicke die Eisenbahn ist, Grund genug, der Regierung dieselbe zu überlassen. Man glaubt, daß dieser Vorgang auf die Nordbahn nicht ohne Einfluß bleiben wird und die Actien dieser Bahn auf der morgigen Börse bereits zu den gesuchtesten Artikeln gehören dürften. — Ich kann Ihnen aus bester Quelle mittheilen, daß das neue Börsengesetz nun vollends berathen ist und der Börse die möglichste Freiheit gewährt. Gleich nach Berathung der Sensalen-Ordnung werden diese beiden Gesetze zusammen publicirt werden. — Seit einigen Tagen verschwinden die Münzscheine auffallend schnell, und an ihre Stelle tritt die Silberscheidemünze. — Einiges Aufsehen hat die vierzehntägige Suspendirung des „Fremdenblattes" gemacht. Die Motive, welche diesem Urtheile beigegeben wurden, lassen dasselbe in jedem Falle als ein sehr strenges erscheinen. Es sind dies die Verbreitung von Gerüchten, bei welchen es offenbar auf eine Mystification des Publicums abgesehen wurde. Es handelt sich besonders um zwei Notizen, die eine betrifft das Denkmal für Rotteck und Welcker in Freiburg, welches nach diesem Blatte nicht aufgestellt werden soll, wogegen dem Franziskaner-Mönch Schwarz ein solches errichtet würde. Die andere die allgemein verbreitete Nachricht, daß die Universität rc. unter hohe Militairs gestellt werden sollen. Bei der anerkannten Objectivität dieses Blattes läßt sich eine böse Absicht bei Wiedergabe dieser Gerüchte wohl nicht annehmen; auch sind insbesondere bei der zweiten Notiz, obwohl hochgestellte Persönlichkeiten genannt wurden, diese doch nur mit Positionen in Verbindung gebracht, welche bisher von Personen der höchsten Aristokratie versehen wurden, lauter Umstände, welche diese Maaßregel als ganz besonders hart erscheinen lassen. Ich habe derselben besonders deshalb erwähnt, weil ein diesem ganz ähnliches Verfahren gegen die „Morgen- und Abendpost" eine besondere Strenge der Behörden gegenüber der Presse beweisen, welche wohl im Ganzen nur wenig motivirt erscheint, da die Presse in der letzten Zeit wirklich keine Haltung behauptete, welche ein derartiges Einschreiten dringend erscheinen läßt.

— Ich habe Ihnen neulich meine Zweifel gegen die vielverbreitete Nachricht von der Aufhebung der Seminarien, insbesondere des historischen, mitgetheilt. Dieselben werden durch folgendes Factum vollkommen gerechtfertigt. An die Stelle des verstorbenen Directors Grauert sollte bekanntlich der Chorherr von Mölk, Kaiblinger, in gelehrten Kreisen bekannt durch seine Geschichte des Stiftes Mölk, berufen werden. Diese Maaßregel wurde auch um die Studien hier nicht zu stören ergriffen. Da aber Herr Kaiblinger sich dem exegetischen Vortrage selbst nicht hinlänglich gewachsen erklärte, so wurde die Berufung einstweilen als eine transitorische erklärt, bis ein Mann besonders befähigt zur Leitung des Seminars gefunden würde.

— P. S. Der Herzog von Coburg-Gotha ist bereits hier eingetroffen und im Hotel zum Erzherzog Carl abgestiegen. Morgen wird im Opernhause ihm zu Ehren neu einstudirt die Oper „Cassilda" gegeben werden.

[Kollar.] Der wie gemeldet am 24. v. M. nach einem 11tägigen Krankenlager verstorbene rühmlichst bekannte Böhmische Dichter und Professor der Slawischen Archäologie an der Wiener Universität, Dr. Johann Kollar war am 29sten Juli 1793 zu Mossowce im Trentschiner Comitate in Ungarn geboren, seit 1820 Prediger der evangelischen Gemeinde in Pesth und seit 1849 hiesiger Universitätsprofessor. Sein lyrisch-episches Werk „Slavy Dcera" sicherte ihm einen der ersten Plätze unter den Slawischen Dichtern. In den letzten 10 Jahren befaßte er sich beinahe ausschließend mit Slawischer Mythologie und Alterthumskunde. Sein großes Werk über die Slawen in Alt-Italien befindet sich in der Staatsdruckerei unter der Presse, das über die heidnischen Götzen zu Rhetra ist zum größten Theile im Manuscripte vollendet.

München, 1. Febr. Der Kammer-Ausschuß ist Willens, zu beantragen, daß bei den noch nicht realisirten Anlehen, nämlich 5 Mill. vom vorigen Landtag und 38 Mill. des neuen Eisenbahn-Credits, der Zinsfuß auf $4\frac{1}{2}$ pCt. ermäßigt werde.

Stuttgart, 2. Febr. Die Volksvereine von Stuttgart, Gmünd, Göppingen, Eßlingen, Oehringen, Geislingen, Ellwangen, Heilbronn sind aufgelöst.

Ellwangen, 30. Januar. [Verurtheilungen.] Bei den letzten Assisen sprachen die Geschwornen gegen 8 der wegen Aufruhrs Angeklagten aus Utzmemmingen das Schuldig aus, 6 wurden freigesprochen. Gegen Erstere wurde erkannt auf 5 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 3 Jahre 2 Monate Arbeitshaus, 1 Jahr Zuchtpolizeihaus und 4- bis 6monatliches Kreisgefängniß. Die Geschwornen empfahlen sämmtliche Verurtheilte der höchsten Gnade. Diese Gnade wurde ihnen aber sehr mit Recht nicht zu Theil; die 3 mit mehrjähriger Zucht- oder Arbeitshausstrafe Belegten dürfen in 2—3 Jahren ihr Gesuch erneuern, die Uebrigen sind abgewiesen.

Mannheim, 1. Febr. [Auswanderung.] Mit der Wiedereröffnung der Rheinschifffahrt hat auch die Auswanderung ihren Anfang genommen. Von weit über 80,000 Auswanderern, welche im verflossenen Jahre den heimischen Boden verließen, wurden allein von hier aus über 21,000 befördert.

Kassel, 1. Febr. [Zur Verfassung.] Der Abschluß der Kurhessischen Angelegenheit wird in etwa 4 bis 6 Wochen durch die Publicirung der neuen Verfassung erfolgen. Nach dem Verfassungs-Entwurf soll die Zusammensetzung der Kammern, wie man versichert, folgende sein. Die Erste Kammer soll bestehen aus: den volljährigen nachgebornen Prinzen des regierenden Kurhauses; einem Prinzen des kurfürstlichen Hauses für eine jede apanagirte Linie desselben; dem Haupte einer jeden gräflichen oder fürstlichen, ehemals reichsunmittelbaren Familie, welche eine Standesherrschaft in Kurhessen besitzt; den vom Landesherrn erblich ernannten Mitgliedern, deren jährliches schuldenfreies Einkommen aus im Inlande belegenen, im fideicommissarischen Verbande bestehenden und nach der Primogenitur vererblichen Grundbesitzungen mindestens 6000 Thlr. beträgt; dem Senior oder dem sonst mit dem Erbmarschall-Amte beliehenen Mitgliede der Familie v. Riedesel; einem der ritterschaftlichen Ober-Vorsteher der Stifter Kaufungen und Wetter; dem Vice-Kanzler der Landes-Universität; dem katholischen Bischof; den 3 protestantischen Superintendenten zu Kassel, Marburg und Hanau; einem Abgeordneten aus der althessischen Ritterschaft, von jedem der fünf Abtheilungen; einem Abgeordneten aus der Ritterschaft der Grafschaft Schaumburg mit den Stiftern Fischbeck und Obernkirchen; einem Abgeordneten aus dem ehemals reichsunmittelbaren Adel in den vormaligen Kreisen Fulda und Hünfeld, und endlich aus einem Abgeordneten aus dem ehemals reichsunmittelbaren Adel in der Provinz Hanau. Die Zweite Kammer soll bestehen aus 16 nicht zu den in der Ersten Kammer bereits vertretenen ritterschaftlichen Verbänden gehörigen Besitzern von Güter-Complexen, welche mindestens 200 Acker umfassen; aus 16 Abgeordneten aus den Städten und aus 16 Abgeordneten aus den Landgemeinden. — So meldet die „Köln. Ztg."

Mainz, 31. Jan. Die Beleuchtung unserer Stadt durch Gas ist wieder auf längere Zeit hinausgeschoben worden, da die Herren Streng und Sonntag in Mannheim, welche die Herstellung dieser Beleuchtung übernommen hatten, vor einigen Tagen das Vertragsverhältniß gekündigt haben.

⊙ **Frankfurt**, 1. Febr. [Wechselfieber-Literatur.] Ihr hiesiger * Correspondent sah sehr richtig, als er unserem katholischen Stadtpfarrer, dem geistlichen Rathe Hrn. Beda Weber, die Abfassung der nicht wegen eines Werthes, der ihnen innewohnte, sondern wegen des Vorwurfs, der auf ihnen lastet, bemerkenswerthen „Politischen Briefe" der hiesigen „Ober-Postamts-Zeitung" absprach. Niemand, der ihn näher kennt, an seiner Thätigkeit ein Interesse nimmt und seine beredten geistlichen Vorträge anhört, wird verkennen, daß Beda Weber keine anderen Zwecke unter uns verfolgt, als welche ihm sein geistliches Amt zur Pflicht macht. Wir stimmen mit dem * Correspondenten ganz überein, sofern er sagen will, daß mit Zeitungs-Artikeln wie jene „Politischen Briefe" keiner wohlgesinnten, so wie keiner wahrhaft klugen Partei und Politik gedient sein könne, und daß Derjenige sehr apart denken müsse, der sich auf solche Weise zum Werkzeuge augenblicklicher Leidenschaften hergebe. Der Hr. Correspondent ist aber sehr im Irrthum, wenn er die Autorschaft der Briefe auch jenem „gewesenen höheren Beamten von zweideutigem (?) Rufe" abspricht, welchen die „Augsburger Allgemeine Zeitung" als (ehemaligen) „Preußischen Staatsmann" bezeichnet, und der sehr wohl, als er kurz vor Abfassung seiner Briefe in Regensburg (auch in Wien?) war, dem Redacteur der „Allgemeinen Zeitung" seinen Besuch gemacht haben könnte; denn ohne vorhergegangene vertrauliche Mittheilung würde ein so zartdenkender Mann wie Hr. Kolb schwerlich im Stande gewesen sein, einen „Preußischen Staatsmann" so hämischer Angriffe auf Preußen fähig zu halten, als in jenen Briefen vorkommen. Wenn er aber, wie er sagt, den Verfasser nur aus dem Stil der Briefe errieth, so mußte er seine Vermuthung entweder unterdrücken oder, abgesehen von jedem politischen Standpunkte, bloß als rechtlicher Mann seine sittliche Entrüstung über ein preußenfeindliches Betragen eines „Preußischen Staatsmannes" empfinden und aussprechen.

*** **Frankfurt**, 2. Februar. [Notizen.] Der Großherzoglich Badische Bundestagsgesandte Freiherr von Marschall hat, äußerem Vernehmen nach, der Bundesversammlung einen Bericht über die Anhäufung von Flüchtlingen an der Schweizer Grenze und über deren dortiges wühlerisches Treiben seit dem 2. December überreicht und den Antrag gestellt, die Bundesversammlung möge das Geeignete zur Abstellung bei der Schweizer Bundesbehörde verfügen. — Sicherem Vernehmen nach wird der Verfassungsausschuß des Senates seine Arbeiten zur Vorlage der Verfassungsreform binnen nicht zu langer Zeit vollendet haben. Das Gerücht, daß dieser Ausschuß seine Arbeiten bereits zu Ende gebracht habe, entbehrt der Begründung; mancherlei Meinungsverschiedenheiten in dieser Commission sollen die Angelegenheit bisher verzögert haben. — Beim Reinigen des sogenannten „Recheneigrabens", welches seit sieben Jahren nicht geschehen, fand man ein männliches Skelett tief im Schlamm versteckt. — Lord Cowley, bisheriger Bundestagsgesandter, wird dieser Tage hier eintreffen und einige Wochen hier verweilen, ehe er auf seinen Gesandtschaftsposten nach Paris abreist. Seine Gemahlin aber wird den Sommer hier zubringen.

§ **Großherzogthum Weimar**, 31. Januar. [Kammeropposition.] Unsere Kammerlinke hat wegen des vorgelegten Entwurfs zu einem neuen Wahlgesetz der Regierung eine feste Opposition vorläufig angezeigt. Die betreffende Erklärung ist von 11 Mitgliedern, den Advocat Fries an der Spitze, unterzeichnet, und es steht zu erwarten, daß dieselben unter der genannten Führung gewissermaßen solidarisch mit einander gegen die Regierung stimmen werden. Die Verminderung der Abgeordnetenzahl von 41 auf 25 wollen sie sich allenfalls noch gefallen lassen, obwohl sie die erste Zahl natürlich für vortheilhafter erachten. Hingegen die Beseitigung der Kopfzahlwahl und die von der Regierung beabsichtigte Einführung einer solchen Repräsentation des Volkes, wie dasselbe in seiner concreten Wirklichkeit sich gliedert und weiterhin die nach Verhältniß der Steuerpflicht geordnete Stimmberechtigung in der Gemeinde: — das ist's, woran sie Anstoß nehmen. Durch besagte Anordnung wird freilich das Wahlgeschäft von unten bis oben der Agitation entzogen, manches Rüstzeug der Demokratie außer Geltung gesetzt, im Landtage selbst anstatt des politischen Parteiinteresses das wahre Volkswohl in gerechter Weise bedacht und die Gesetzgebung aus dem Spiele des Zufalls genommen und in besonnene Hände gelegt. Die Popularität, die hier augenblicklich gefährdet sein mag, wird sich zeitig genug schon wiederfinden, wenn man erst inne wird, daß die so zusammengesetzten Landtage keine so theuren und unnützen Experimente, wie die letzten, machen, sondern mit geringerem Aufwande und unbeschadet des geschichtlich begründeten Rechtes beschließen was dem Ganzen frommt. Ihr Correspondent hat keinerlei persönliches Interesse dabei, daß z. B. die vormalige Reichsritterschaft und der große Besitz mit der Wissenschaft im Landtag mit zusammen 10 gegen 15 Stimmen votiren soll. Es ist mir lediglich die unabweisbare Forderung des Rechts, die mir eine Mitwirkung dieser vorzüglichen Staatsglieder bei der Gesetzgebung als nothwendig erscheinen läßt. Bei der Kopfzahlwahl waren dieselben für immer als ausgeschlossen zu betrachten, was als eine entschiedene Rechtsverletzung sich bitter rächen mußte. In diesem Sinne habe ich bisher stets in Ihre geschätzte Zeitung correspondirt und ich freue mich, daß unsere Staatsregierung in Folge ihrer gemachten Erfahrung in dieselbe Richtung jetzt einlenkt.

Altenburg, 2. Febr. [Zur Vermählung.] Zu der am 10. Februar hier stattfindenden Vermählung des Erbgroßherzogs von Oldenburg mit unserer Prinzessin Elisabeth erwartet man von vielen Höfen hohe Besuche. Was das Aeußerliche bei dieser Hochzeitsfeier anlangt, so werden die Bürgerschaft und die Schüler des Gymnasiums je einen Fackelzug, und die Bauernschaft in ihrer Nationaltracht einen Aufzug zu Pferde veranstalten.

— δ — **Hannover**, 3. Februar. [Falsche Gerüchte. Todesfall. Graf Nostitz.] Die durch mehrere Zeitungen verbreitete Nachricht, daß der General Graf v. d. Decken zum Gouverneur der hiesigen Residenzstadt ernannt, und der Bruder des Kriegsministers als Commandant ihm beigegeben würde, ist lediglich ein Gerücht; wenigstens weiß man in unterrichteten Kreisen nichts von einer beabsichtigten derartigen Veränderung der Commandeurverhältnisse, und dürften auch die für diesen neuen hohen Posten erforderlichen Geldmittel im Militairbudget, dem viele nothwendige Ausgaben für unsere bisher etwas stiefmütterlich bedachte Infanterie bevorstehen, schwerlich vorhanden sein. Auf einem nicht festern Grunde beruht ebenfalls die Zeitungsnachricht, daß die Kammern gleich nach Ostern wieder zusammentreten, vorher aber Beamte oder Vertrauensmänner Behufs Begutachtung der den Ständen zu machenden Gesetzesvorlagen hier convocirt werden würden. Man erwartet freilich, daß in Ansehung der Organisation der Verwaltung, welche in der von Ständen bereits beschlossenen Weise nur als eine den concreten Verhältnissen des Landes nicht entsprechende Theorie erscheinen kann, von der Regierung wesentliche Veränderungen werden beantragt werden; ob aber auch die Revision der Verfassung schon in der nächsten Diät zur Sprache gebracht wird, dürfte im Ministerrathe noch nicht entschieden und überall wohl zweifelhaft sein. — In der vergangenen Woche ist abermals (wie schon unter „London" kurz berichtet ist. D. Red.) ein Hannöverscher General gestorben, der General-Major a. D. v. d. Osten, welcher in England lebte und sich gerade auf dem Landsitze des Grafen Scarborough zum Besuche befand. Er hat in der Englisch-Deutschen Legion den Feldzug in Spanien und die Schlacht bei Waterloo mitgemacht und später lange in einem Englischen Ulanen-Regimente gedient. Erst vor einigen Jahren ward er vom Könige Ernst August zum General ernannt. Trotz seines Alters war er noch ein eifriger Theilnehmer an den Englischen Fuchsjagden und war bekannt durch einen in Ostindien mit einem Tiger bestandenen Kampf. Seinen Nachlaß hat das fabelnde Gerücht zu einem immensen Vermögen gemacht. — Der Preußische Gesandte, General Graf Nostitz, wird sich morgen nach Berlin begeben, da nach dem definitiven Abschlusse der Zoll- und Eisenbahnverträge die Geschäfte seine Anwesenheit nicht mehr dringend hier erfordern.

§* **Harburg**, 28. Januar. [Für den September-Vertrag.] Der September-Vertrag ist also in unseren beiden Kammern genehmigt, ungeachtet aller Warnungen und Bedenken, die wohl mehr egoistisch als gut gemeint waren, bei denen auch ein unbegründetes (vielleicht aus früheren Vorgängen begreifliches) Mißtrauen sich zu Gaste gebeten hatte. Hier am großen Deutschen Strome, welcher uns so unmittelbar mit dem Meere in Verbindung bringt und den landbegrenzten Blick in eine ferne Welt hinübergeleitet, sind wir nicht so engherzig; wir fassen die Dinge wie sie sind und halten uns, an Handeln gewöhnt, auch an eine reelle Thätigkeit und — die Vortheile einer zukunftreichen Wirklichkeit. Lassen wir alle kleinlichen Sorgen, die sich ja so leicht an einen neuen Lebensanfang knüpfen, einmal zu Hause und erwägen von dem Anschluß an den Zollverein nur den einen, aber mächtig in alle inneren Beziehungen eingreifenden Gewinn, daß überhaupt gerade die Nordseestaaten, also hauptsächlich Hannover, durch die Zolleinigung erst den vollsten Spielraum bekommen, alle die Vortheile ihrer Lage zum offenen Centrum unseres Welttheils, wie zum offenen Weltmeere geltend zu machen. Durch traurige Erfahrungen sind wir in Deutschland ja auch wohl längst zu der Ueberzeugung hingedrängt, daß nur noch vereintes Handeln einen Erfolg sichern kann. Ist heut zu Tage die Eröffnung überseeischer Märkte eine Grundbedingung des Wohlstandes und der ökonomischen Entwickelung der Nationen und entbehrt ein Land ohne active Theilnahme am Welthandel des Haupthebels zu seinem Gedeihen, so dürfen wir ja nun auch diesen Gewinn im erhöhten Maaße von der Vereinigung des Steuervereins mit dem Zollverein erwarten. Was hat es denn überhaupt für Noth mit jenen so beharrlich ausgestreuten und so hastig aufgenommenen Besorgnissen? Als es sich im Jahre 1842 um den Anschluß Hannovers an den Zollverein handelte, stellte unsere Regierung acht Forderungen auf, von deren Annahme, als die wesentlichsten Interessen Hannovers berührend, sie den Beitritt abhängig machte. Alle diese Bedingungen gewährt der September-Vertrag. Außerdem noch ein Präcipuum vom Zolleinkommen, dessen Höhe die eigenen Berechnungen Hannovers vom Jahre 1842 nicht erreichten. Ferner ist die mehrseitig geäußerte Besorgniß übertrieben, daß die künftig geltenden eigentlichen Finanzzölle des Zolltarifs die bisherige gewöhnliche Lebensweise vertheuern würden, denn in Zahlen stellt sich das Verhältniß anders. Nach einer durchschnittlichen Berechnung der Jahre 1847 bis 1850 hat der Verbrauch an Kaffee, Reis, Thee, Wein, Zucker, Syrup und Tabacksblättern im Steuerverein pro Kopf 13,9 Sgr. betragen, von den gleichen Quantitäten wird künftig nach dem Zollvereinstarif 25,43 Sgr. erhoben — die relative Vertheuerung beträgt daher 11,53 Sgr. pro Kopf oder 57,6 Sgr. pro Familie. Dagegen werden die Staatskassen des Steuervereins zusammen künftig, die ungünstigen Jahre 1847—1849 des Zollvereins zum Grunde gelegt, als Eingangseinkommen und Präcipuum eine Summe von zwei Millionen achtmalhunderttausend Thalern erheben, d. h. fast eine volle Million oder 15 Sgr. pro Kopf mehr als unter den bisherigen Verhältnissen. Durch den uns aus dem Zollverein zufließenden sehr erheblichen Reinertrag ist überdies ein Steuernachlaß und eine directe Ausgleichung für die einseitige Leistung der Steuerpflichtigen möglich. Die angebliche Vertheuerung wird sich also mit ertragen lassen, wie denn überhaupt ein frischer muthvoller Blick in die Zukunft uns nach Herstellung der naturgemäßen Allianz mit Preußen geboten scheint.

Arolsen, 30. Jan. [Zur Verfassung.] Der mit der bevorstehenden Organisation und Revision der Verfassungs-Angelegenheiten unseres Fürstenthums beauftragte und hierher berufene Bürgermeister von Potsdam, Regierungsrath Baier, ist vor Kurzem wieder nach Hause zurückgekehrt, wird jedoch im Laufe des nächsten Monats zurückerwartet. Von einer Wiedereröffnung des Landtages hat man bis jetzt noch Nichts gehört. Auch wird vielfach behauptet, der zweite Beamte unseres Landes, Regierungsrath Severin, habe seinen Abschied verlangt.

Bremen, 2. Februar. [Zur Cigarrenfabrication.] Die Folgen der Cigarrenzollerhöhung im Zollverein, die sich mit Gewißheit vorhersehen ließen, wenn man auch von verschiedenen Seiten Zweifel zu erregen suchte, fangen allmählich an in einer Weise hervorzutreten, welche zu den ernstesten Besorgnissen Veranlassung giebt. Viele Fabrikanten, namentlich die kleineren, welche, durch die Aussicht auf den reichen, leicht zu erwerbenden und früher sichern Gewinn gelockt, ihr Geschäft mit Nichts begannen, haben ihre Thätigkeit ganz eingestellt, andere haben dieselbe auf das Bedürfniß beschränkt, und es sind daher schon jetzt eine sehr große Anzahl von Arbeitern brotlos geworden.

Kiel, 2. Februar. Graf Criminil, der neue Minister für Holstein, ist gestern Abend hierher zurückgekehrt. Ueber die Modalitäten der Ausführung der Königl. Proclamation vom 28. v. M. verlautet noch nichts Näheres.

Ausland.

Frankreich.

△△ **Paris**, 1. Febr. [Peinlicher Eindruck der Maaßnahmen über das Polizeiministerium.] In welchem Andenken die Kaiserliche Polizei bei den Franzosen steht, zeigt die Mühe, welche sich der Präsident der Republik in seinem Schreiben an den Polizei-Minister giebt, um das Publicum darüber zu beruhigen, daß die von ihm ins Leben gerufene Behörde eine „Behörde der Verfolgung und des Enthüllens der Familiengeheimnisse" werden könne. Das gestrige Decret hat in der That unter den Klassen der Bevölkerung, welche dessen Tragweite zu ermessen wissen, einen noch viel peinlicheren Eindruck hervorgebracht, als die Maaßregel gegen die Familie Orleans; denn obgleich man nicht grade daran zweifelt, daß es dem Präsidenten mit seinen beruhigenden Versicherungen ehrlich gemeint ist, so sieht man doch mit Besorgniß der Action einer Verwaltungs-Behörde entgegen, gegen deren Uebergriffe es keine andere Bürgschaft geben wird und kann, als die glückliche Wahl ihrer Mitglieder. Selbst die Freunde L. Napoleons schütteln bedenklich die Köpfe, weil sie es nicht für undenkbar zu halten vermögen, daß die zweischneidige Waffe sich eines Tages gegen die Regierung wenden könne, die ja geradezu erklärt habe, sie besitze kein anderes Mittel, die Meinung des Landes kennen zu lernen, als die Berichte der neuen Beamten. Dazu kommt, daß das Decret die letzte Hoffnung auf ein auch nur ganz geringes Maaß von Preßfreiheit verschwinden machte, und überhaupt mehr als irgend eine andere Verordnung des Staatsoberhauptes Zeugniß dafür ablegt, daß in dessen Ueberzeugung das Polizeiregime das einzige den Franzosen zuträgliche ist.

** **Paris**, 1. Februar. [Vaudrey zum General ernannt. Der Clerus. Die Confiscationsdecrete vor Gericht. Vermischtes.] Wie ich's Ihnen gestern gemeldet, so ist heute Obrist Vaudrey wirklich zum General ernannt worden und hat den Posten eines Gouverneurs der Tuilerieen erhalten. Glauben Sie mir, in kurzer Zeit wird die noch so räthselhafte Bewegung in Kabylien sehr plötzlich die Anwesenheit des Herrn von Saint-Arnauld dort erheischen, und der Mitschuldige von Straßburg wird Kriegsminister sein. Der kriegsrechtlich cassirte, der Felonie überwiesene, aus der Französischen Armeeliste gestrichene Obrist Vaudrey Kriegsminister! Hat der arme Pater Lacordaire so Unrecht? Man hat ihn nämlich nicht exilirt, sondern ihm nur den Mund geschlossen, weil er über das Thema gepredigt: „Wir leben in einer jämmerlichen Zeit, denn es giebt nur noch Menschen, die sich in der Lüge und in der Gewaltthätigkeit auszeichnen; alle andern sind klein!" Der Clerus ist überhaupt auffallend rasch von seiner Vorliebe für den Bonaparte und von seiner Billigung des Staatsstreiches zurückgekommen, es wäre nicht unmöglich, daß die Kirche von Frankreich gegen die Annahme des ihr zugewiesenen Beuteantheils von 5 Millionen aus den Erträgnissen des Verkaufs der Orleansschen Güter protestirte. — Die Freunde des Hauses Orleans haben jetzt folgenden Plan gefaßt: sie werden sich aller weiteren Schritte für jetzt enthalten und die Gültigkeit des ersten Verkaufs-Contractes vor dem Cassationshofe angreifen. Drei Advocaten werden in diesem Falle plaidiren: der erste Advocat der Legitimisten Berryer, der erste Advocat der Republikaner Marie und der erste Advocat der Orleanisten Dupin. Alle Nachrichten über legitimistische Candidaturen zum corps legislatif sind falsch, selbst der Marquis v. Larochejacquelein, von dem man es bestimmt wissen wollte, daß er als Candidat auftreten werde, wird sich nicht bewerben. Auch kein Mitglied der katholischen Partei, auch kein Republikaner, es wird keine anderen Bewerber geben als Bonapartisten und einige gewissenlose Orleanisten. Die Regierung wird die Namen ihrer Candidaten durch den „Moniteur" veröffentlichen lassen. Die polytechnische Schule soll wirklich aufgehoben werden; kein Unglück: diese übermüthigen Schulbuben waren stets der Vortrab der Revolution. Auffallend viele Präfecten geben ihre Demissionen; die Controle, unter die sie durch das neue Polizeiministerium gesetzt werden, behagt ihnen nicht. Die Blätter aus den Departements, welche insurgirt waren, erzählen von einer wahren Denunciationswuth, welche sich der Leute bemächtigt habe. Das ist charakteristisch. Die „Gazette du Midi" erzählt, daß die Militairbehörde in Apt bekanntmachen ließ: „Denunciationen, die ohne Namensunterschrift eingehen, kann der Chef der Militaircommission nicht mehr berücksichtigen." Ein Decret giebt der Decoration der Ehrenlegion die ursprüngliche Form zurück, welche sie zur Zeit der Errichtung des Ordens durch den Kaiser hatte. — Der Präfect des Nord-Departements ist seiner Stelle entsetzt worden wegen einer heftigen Discussion, die er mit Persigny gehabt. Der genannte Präfect war hierher gekommen, um dem Minister des Innern Vorstellungen über die Ernennung der Herren Mimerel und Marchand zu Senatoren und Lestiboudois zum Assessor bei dem Staatsrathe zu machen. In seiner Unterredung sagte er dem Minister, daß in seinem Departement die größte Aufregung herrsche, weil man die wenigst achtbaren Männer des Departements mit so hohen Stellen bekleidet habe, obgleich es nicht arm an achtbaren Männern sei. Per-

Berliner Zuschauer.

Berlin, den 4. Februar.

Angekommene Fremde. Meinhardt's Hotel: v. Borke, Rittergutsbesitzer, aus Altwigshagen. v. Bredow, Landrath a. D. und Rittergutsbesitzer, mit Gemahlin, aus Landin. v. Bagewitz, Rittergutsbesitzer, mit Gemahlin, aus Drigge. Baron v. Oertzen, Rittergutsbesitzer, aus Kittendorf. Diergardt, Geh. Commerz.-Rath und Abgeordneter zur 1sten Kammer, aus Viersen. Graf zu Rantzau, Particulier, aus Kiel. Bar. v. Seckendorf, Rittergutsbesitzer, mit Gemahlin, aus Tenzerow. — Lutz's Hotel: v. Bredow, Rittmeister a. D. und Gutsbesitzer, aus Senzke. — Hotel de Rome: Graf von Luckner, Königl. Dänischer Kammerherr und Hofjägermeister, aus Kopenhagen. Graf v. Szoldrzki, Gutsbesitzer und Abgeordneter zur 2ten Kammer, a. Brodnowo. Freiherr v. Welzeck, Gutsbesitzer, aus Laband. Baron v. Malzahn, Rittergutsbesitzer, nebst Frau Gemahlin, a. Neu-Brandenburg. — Hotel de Brandebourg: Frau Gräfin v. Alvensleben aus Weteritz. Comtesse A. v. Alvensleben aus Weteritz. Frau Gräfin v. d. Schulenburg aus Burgscheidungen. — Schlösser's Hotel: v. Bredow, Major a. D. und Rittergutsbesitzer, aus Briesen. v. Knoblauch, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, aus Pessin.

Berlin-Potsdamer Bahnhof. 3. Febr. $12\frac{1}{2}$ Uhr von Potsdam: Se. Königl. Hoheit Prinz August von Württemberg. — 5 Uhr nach Potsdam: Se. Königl. Hoheit Prinz Friedrich Carl von Preußen. — 7 Uhr nach Potsdam: Se. Hoheit Prinz Moritz von Sachsen-Altenburg. — 10 Uhr nach Potsdam: Se. Hoheit der Erbprinz Ernst von Sachsen-Altenburg.

4. Februar. Um $6\frac{1}{4}$ Uhr nach Potsdam: Se. Königl. Hoheit Prinz August von Württemberg. — 9 Uhr nach Potsdam: Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen, zurück $2\frac{1}{2}$ Uhr. — 12 Uhr nach Brandenburg: Se. Durchlaucht Generallieutenant Fürst Radziwill.

— H Gestern wurde der Tag des Königlichen Aufrufs vom 3. Februar 1813 in herkömmlicher Pietät und patriotischer Erhebung festlich begangen. In vier verschiedenen Localen versammelten sich die Männer, die damals dem Königlichen Aufruf zu den Waffen nachgekommen waren und feierten mit der jüngeren Generation ein Erinnerungsfest an jene große Zeit. Bei dem Diner bei Mäder, dem der General-Post-Director Schmückert präsidirte, erschienen Ihre Excellenzen der Minister-Präsident Freiherr von Manteuffel, der General der Cavallerie von Wrangel und viele andere hohe Generale. Im Gesellschaftshause bemerkte man Ihre Excellenzen den Minister des Innern, Herrn von Westphalen, und den Kriegs-Minister, General von Bonin, die herzlich patriotische Worte an die Versammlung richteten. Fast alle Truppentheile der Berliner Garnison waren hier vertreten und manche Garde-Offiziere hatten als Gäste ihre Unteroffiziere, Feldwebel u. s. w. mitgebracht, ein neues Zeugniß ablegend für den edeln, echt Preußischen Geist der Kameradschaft, der so frisch durch unseres Königs Kriegsheer weht. Der Ball, mit dem das Fest geschlossen wurde, war besonders im Englischen Hause glänzend durch einen reichen Flor von schönen Frauen und Töchtern treuer Preußen und guter Patrioten.

— S Der Königl. Oberbibliothekar, Herr Geh. Rath Pertz, wird auf das Ersuchen der Familie die Herausgabe der Memoiren des Generals Grafen Gneisenau übernehmen.

— V Der Baurath Strack ist mit dem Architekten Dikhoff, die Beide mit der Leitung des Bau's der Petrikirche beschäftigt sind, nach Bremen gereist, um in dem dortigen Dom die Einrichtung der Luftheizung kennen zu lernen und dieselbe, falls sie sich als praktisch beweist, auch hier in der Petrikirche einzuführen. Der Mangel an Baufonds dürfte übrigens zur Folge haben, daß der Ausbau der Kirche nicht so großartig ausgeführt wird, als beabsichtigt war.

— S Von dem Ingenieur-Hauptmann Chauvin hierselbst erscheint eine interessante militairwissenschaftliche Schrift: „Ueber die Berge in Rücksicht auf ihre militairische Anwendbarkeit im Felde."

— n **Aus der Niederlausitz** schreibt man uns: Am 2. Februar war in dem stillen Städtchen Drebkau wieder einmal ein bewegtes Leben; das Offizier-Corps des 2ten Bataillons (Spremberg) 12ten Landwehr-Regiments hatte sich zu einem von seinem Commandeur gehaltenen Vortrage über die Kriegsereignisse im Jahre 1850 in Schleswig und namentlich über die Schlacht von Idstedt überaus zahlreich versammelt. Am Abende des gedachten Tages fand ein glänzender Ball statt, an welchem sich die Umgegend von nahe und fern zahlreich betheiligte.

— th Bei einer Jagd, die in den letzten Tagen in der Priegnitz Statt gefunden hat, sind auch gegen den armen Zuschauer einige Schüsse abgefeuert worden, die er nicht nur hat knallen hören, sondern durch die er sich auch getroffen fühlt. Zuschauer hat unlängst seine Nase in die Priegnitz gesteckt, ob sich dort noch irgend ein Wildgeruch fände, und hatte dann in Folge eingenommener Kenntniß verlautbaren lassen, daß sich in jenem Landestheil kaum hier und da noch ein Thierlein fände, das mit einem Hasen Aehnlichkeit hätte. Jetzt hat aber das neuliche Halali uns mit unsern Erkundigungen zu Schanden gemacht, denn da ist's ein gar lustig Waidmannsleben gewesen, und es hat Beute gegeben von edlem Wild allerlei Art. Vor solchen Schüssen zieht Zuschauer seine Nase gefälligst zurück: er könnte sie sich sonst verbrennen, und indem er eingesteht, daß er neulich falschen Wind gehabt hat und jetzt auf die richtige Fährte gebracht ist, bemerkt er nur noch, daß er überhaupt kein Unmensch ist, sondern sich sehr gern thatsächlich berichtigen läßt.

— S Die Eröffnung der heutigen Sitzung der Ersten Kammer war auf 11 Uhr bestimmt. Als um 11 Uhr 5 Min. einer der Herren Schriftführer im Saal erschien — befand er sich grade allein darin.

— S Die Sitzung der Ersten Kammer war gestern mehr als klassisch. Es wurde nämlich nicht bloß ein Erisapfel in die Debatte geschleudert, sondern gleich ein ganzes Geschlecht derselben, die Kienäpfel. Das Verbleiben oder Nichtverbleiben derselben im Gesetz über den Diebstahl an Waldproducten führte zum Kampf und zur Abstimmung, und die Commission figurirte diesmal als Venus, indem sie richtig ihre Kienäpfel behielt.

— ! Die Kaffern scheinen zum Eroberungskriege überzugehen: Häuptling Pato hat gestern die Kriegserklärung zugesandt. — !! Der Abg. v. Patow versprach gestern der zweiten Kammer, ihr das zu erobernde Gebiet der Ober-Rechnungskammer abzutreten.

— n Nach der neuen Zeitungssteuer sind auch Gedanken nicht mehr zollfrei; denn wenn ein Zeitungsschreiber oder Correspondent seine Gedanken niederschreiben will, muß er sie immer erst nach dem Zollstock des „kleinen Mannes im Centrum" messen.

— x Die Zeitungen veröffentlichen gestern eine Anzeige des „Moniteur", nach welcher in Bezug auf die Kapelle und Gruft von Dreux „es nie in der Absicht der Regierung gelegen hat, die Familie Orleans dieses frommen Besitzthums zu berauben." Die Beraubung der übrigen Besitzthümer gesteht also der amtliche „Moniteur" zu, das ist wenigstens sans gêne! Bald wird's heißen: la bourse ou — — Cayenne!

— S Das officiöse Blatt „die Zeit" hat heute in ihrer Tageschronik Gelegenheit, sich gründlich lächerlich zu machen. Zur Genüge komisch waren bereits die Leitartikel, in denen sie die neue Zeitungssteuer vertheidigt, da es wohl schwerlich in ganz Berlin einen Zeitungsleser giebt, der da nicht wüßte woher der „Zeit" diese geldverachtenden Theorieen kommen, und daß es sehr leicht erscheint, auf die „80000 Thlr. hin" großmüthig zu sein. Um sich zu blamiren hätte das verehrliche Blatt wirklich nicht nöthig gehabt, noch das Geschichtchen zu erzählen, wie ein Mitglied der Ersten Kammer in die Expedition gekommen, um dort die „Zeit" mit Bezug auf die neue Steuer ausgemessen (er konnte das Blatt wahrscheinlich nirgend anders finden!) und wie der Expedient die Auflage unrichtig — allzugering! — angegeben, was berichtigt werden müsse, „damit die Welt nicht etwa glaube, daß die „Zeit" im Verhältniß ihrer Größe und Verbreitung weniger zu bezahlen gedenke, als es das Schicksal für andere Blätter in gleichem Verhältniß bestimmen sollte." Wir können dem schwergekränkten Blatt die Versicherung geben, daß kein Mensch glaubt, es werde „weniger" bezahlen, umgekehrt, man ist überzeugt, daß es noch zubekommen wird.

— S Der hiesige Treubund zählt jetzt über 4600 Mitglieder.

— †S Bei Gelegenheit einer von der Polizei zu Charlottenburg abgehaltenen Visitation in der letzten Hälfte des vorigen Monats sind verschiedene Personen in dem Besitze von Waffen und andern Gegenständen angetroffen worden, welche nach Besichtigung von Sachverständigen als Königliches Eigenthum erkannt worden, und die wahrscheinlich aus dem Königlichen Zeughause im Juni 1848 entwendet sind. Unter Anderm fand sich hierunter auch eine ziemlich correcte Zeichnung der einzelnen Theile eines Zündnadelgewehrs. Es ist gegen die Betreffenden die gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden.

— n Das Monatsblatt „Zeus" des Professor Stieffel vermuthet für den Monat Februar d. J. folgende Witterung: Anfangs gelind, trüb, abwechselnd Regen bis 5.; dann Schnee und kälter am 6., 7.; einige Eistage und hell oder nebelig, Duft, Reif vom 7. bis 10.; wieder Schnee oder Regen am 11., 12.; kalt und hell vom 13. bis 15.; stürmisch und gelind mit Regen vom 16. bis 19.; heller, Duft, Reif, Eis am 19. bis 21.; trüb, gelind, windig mit Regen oder Schnee vom 22. bis 24.; Aufheiterung und mild vom 24. bis 27., zuletzt kühler mit Regen oder Schnee.

— S Die Redaction der bis zur Stellung einer Caution einstweilen inhibirten „Gerichtszeitung" zeigt ihren früheren Abonnenten durch Circular an, daß die Cautionsgestellung ihr nur in Folge einer Denunciation des Redacteurs des „Publicisten", Hrn. Thiele, auferlegt worden, und daß sie dagegen den Beschwerdeweg bei dem Minister des Innern betreten, nachdem die Provocation auf das Urtheil des Appellationsgerichts zu Posen nicht angenommen worden, welches dahin lautete, daß eine cautionsfreie Zeitung nicht durch Ueberschreitung ihrer Tendenz, sondern nur durch ein Preßvergehen cautionspflichtig würde.

— V Die hiesigen Buchhändler haben sich durch Unterschrift eines polizeilichen Befehls verpflichten müssen, keine unsittlichen Bücher und Bilder mehr an den Schaufenstern auszustellen. Augenblicklicher Verlust der Concession trifft den Zuwiderhandelnden.

— D Die Wunde des in der hiesigen Clinik befindlichen Tscherkessen Omar soll unheilbar sein und derselbe einem gewissen Tode entgegengehen.

signy fertigte den Präfecten sehr kurz ab und entsetzte ihn sofort seiner Stelle. — Nach der „Gazette de France" wird jetzt im Ministerium des Innern die Liste der Candidaten für den gesetzgebenden Körper angefertigt, welche die Regierung den Wählern empfehlen will. — Herr Rempp, bisher Zeitungs-Redacteur, ist im Privat-Cabinet des Ministers des Innern angestellt worden. — Zu Marseille hat man den dort versteckten Buchhalter Rique, Hauptanstifter des Aufstandes im Var-Departement, festgenommen. — Der „Constitutionnel" läßt heute in einem längeren Artikel über die innere Verwaltung Frankreichs die Absicht Louis Napoleons durchblicken, einerseits die Geschäfte weit mehr zu centralisiren, als es unter der constitutionellen Monarchie der Fall war, wo die Minister, als allein verantwortlich, sich dem unverantwortlichen Staatsoberhaupte gegenüber jeder in seiner Sphäre eine gewisse Unabhängigkeit anmaßten und auch wiederum die Beamten wegen des häufigen Wechsels der Minister sich der selbstständigen Leitung der Geschäfte bemächtigten, andererseits jedoch in sofern auch zu decentralisiren, als die Localangelegenheiten meistens von den Präfecten und nur im Recurs zu Paris von der Centralgewalt entschieden werden würden. — Der Generalstab der Nationalgarde von Paris, der früher seinen Sitz in den Tuilerieen hatte, wird künftig das Palais royal bewohnen. —

[Der Petit Luxembourg.] Der Präsident des Senats, Jerôme Bonaparte, wird den „Petit Luxembourg", welcher sich neben dem Palais de Luxembourg befindet, bewohnen. Der kleine Luxembourg wurde 1622 von Richelieu erbaut, der ihn eine Zeit lang bewohnte und ihn dann seiner Nichte, der Herzogin von Aiguillon, zum Geschenk machte. Heinrich Julius von Bourbon gelangte später in den Besitz dieses Hotels, welches nach ihm den Namen Petit Bourbon annahm. Die Prinzessin Anna von Baiern bewohnte es später und erbaute ein kleines Kloster, das nach der Februar-Revolution abgerissen wurde. Einige Theile desselben bestehen noch und werden gegenwärtig restaurirt. Im Jahre 1730 hielt die Gesellschaft der Künste, von Ludwig von Bourbon-Condé, Grafen von Clermont, gegründet, ihre Sitzungen in dem kleinen Luxembourg. Unter dem Directorium wohnten dort vier Mitglieder desselben. Bonaparte bewohnte dieses Palais während der sechs ersten Monate seines Consulats. Der Bruder des Kaisers, Joseph, der König von Neapel und die Königin von Spanien bewohnten es der Reihe nach. Man restaurirt gegenwärtig die Gemächer, die der Präsident des Senats bewohnen soll.

[Die Gefangenen im Schlosse Ham.] Von namhaften Persönlichkeiten saßen in dieser alten Feudal-Burg der Luxemburger von Saint-Paul gefangen: 923 König Karl der Einfältige; 1423 der berühmteste Held Karls VII., Pothon von Xaintrailles; 1470 König Ludwig XI.; 1560 Louis von Bourbon-Condé, der große Condé; 1778 Graf Mirabeau; 1795 viele Volks-Repräsentanten; 1804—1814 der nachmalige Premierminister Fürst Julius Armand Maria von Polignac; 1830 dieser selbe Fürst Polignac wieder nebst seinen Mitministern, Graf Peyronnet, de Chantelauze und Guernon-Ranville; 1840 Don Ramon Cabrera, Graf von Morella; 1840—46 Louis Napoleon Bonaparte; 1848 der Arabische Häuptling Bu-Maza; 1851 die Generale Bedeau, Changarnier, Cavaignac, Lamoricière, Leflô, der Oberst Charras und die Volks-Repräsentanten Baze und Roger (du Nord).

[Zur Censur.] Vor einigen Tagen ist ein neuer Band der Geschichte der Restauration von Lamartine bei Pagnerre, dem Verleger des Schriftstellers, erschienen. Wie Alles, was jetzt in Frankreich erscheint, die Censur passiren muß, so hat Lamartine's neuestes Buch sich dieselbe auch gefallen lassen müssen. Sein Buchhändler war genöthigt, die Druckbogen nach dem Ministerium des Innern zu senden. Da die dort angestellten Censoren wahrscheinlich nicht den Muth hatten, Hand an das Werk zu legen, so schickte der Minister die Probe-Bogen an de la Gueronnière, dessen diplomatische Kunst, viel zu schreiben, ohne etwas zu sagen, der Minister aus dem „Pays" längst erkannt haben muß. Herr de la Gueronnière schrak vor der schweren Aufgabe nicht zurück, und mit unbarmherziger Hand strich er alle Stellen aus dem Werke seines Meisters und Freundes, die nur irgend Anstößiges enthielten.

Paris, Dienstag, 3. Februar, Mittags 12 Uhr. (T. C.-B.) **Der so eben erschienene „Moniteur" bringt das neue Wahlgesetz. Nach demselben wird der gesetzgebende Körper aus 262 Deputirten bestehen. Algerien und die Colonieen sind in demselben nicht vertreten. Die Abstimmung erfolgt durch das allgemeine Wahlrecht, direct und im Geheimen. Die Deputirten sind wegen ihrer Aussprüche in der Sitzung unverfolgbar und können während der Sitzungsperiode sechs Wochen vor Beginn und sechs Wochen nach Schluß derselben wegen Schulden nicht verhaftet werden. Wähler sind alle Diejenigen, welche das 21. Jahr erreicht haben, wählbar alle Die, welche 25 Jahre alt sind. Nicht wählbar sind alle besoldete Beamte. Der gesetzgebende Körper wird zu Ende Februar zusammenberufen.**

Großbritannien.

△ **London**, 1. Februar. [Wasserverbindung durch die Hudsonsbailänder. Die Goldausbeute. Expedition in Afrika.] Der in der letzten Sitzung der Londoner geopraphischen Gesellschaft zur Erörterung gekommene, übrigens schon alte, und jetzt durch einen landeskundigen Militair nur wieder aufgefrischte Vorschlag, eine Verbindung schiffbarer Wasser zwischen dem atlantischen und stillen Ocean innerhalb der Britischen Besitzungen in Nordamerika herzustellen, ein Unternehmen, welches großartiger und gewagter erscheint, als es ist, indem der vorhandene Wasserreichthum und die verhältnißmäßige Kürze und ebne Gestaltung der wirklich zu durchschneidenden Stellen trocknen Bodens große Erleichterungen gewähren, scheint diesmal selbst bei Sir Robert Murchison Anklag gefunden zu haben, und das Votum eines so praktisch bewährten Gelehrten hat selbst auf dem Englischen Capitalsmarkte sein Gewicht. Da indeß bei dergleichen auf ferne Zukunft berechneten Projecten auf den Sporn der Speculation, die stets schnelle Früchte sehen will, nicht viel zu rechnen ist, und weder die finanzielle Lage, noch das eigene Vertrauen auf ihre Lebenskraft der Hudsonsbai-Compagnie die Angriffsnahme ihrerseits plausibel machen kann, für etwaige Thätigkeit der Regierung, etwa in Vorschußform, wie bei der Canalisirung Irlands, das Bestehen und die Rechte dieser Corporation eben ein großes Hinderniß bilden, werden die Amerikaner solch' concurrirendes Vordringen der Briten in den fernen Westen wohl nicht sehr zu fürchten haben. Die Central-Afrikanische Expedition zur Untersuchung des großen Tschadsumpfes und seiner Umgebungen, welche nach Richardsons Tode jetzt nur noch aus den beiden Deutschen Gelehrten Barth und Overweg besteht, hat noch von Lord Palmerston die Bewilligung der sehr dringlich gewordenen Staatsunterstützung erlangt, die sich auf 800 Pfd. Sterl. beläuft und die Fortdauer der Untersuchungs-Reisen, wenigstens für die Jahreszeit, sichert. In Betreff der gesammten Goldausbeute während des vergangenen Jahres in Californien bringen die Amerikanischen Berichte jetzt genau die höchste anticipirte Summe von gerade 100 Millionen Thlr. Wenn auch nicht ganz zuverlässig, kann die Angabe doch allzuweit von der Wahrheit nicht abweichen. Für das, was das jetzt begonnene Jahr aus Californien und Australien bringen wird, wagt aber Niemand eine Grenze zu stecken; den wichtigsten Factor für die Berechnung muß die hinzuströmende Arbeitskraft bilden, da der Reichthum der Fundstellen bisher auch der kühnsten Erwartung antwortet. Aber man muß nicht vergessen, daß eben die schnelle Belohnung der hinzuströmenden Arbeit, wenn sie's glücklich traf, sie von einer so rauhen Form des Erwerbes bald wieder abwendet. Die ökonomischen Gesetze verhüten schon selber alle ernstliche Störung irgend welches Gleichgewichts. — Am vorigen Mittwoch hat der Mayor vom Tamworth den beiden Vertretern dieses Burgfleckens im Parlamente, Capitain Townshend und Sir R. Peel, ein Diner gegeben. Letzterer hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, in welcher er sich in ziemlich plumpen Ausfällen auf die Whig-Regierung, namentlich auf Lord J. Russel, erging, Lord Palmerston hochpries und die Hoffnung aussprach, daß der Earl von Derby bald ans Ruder kommen möge.

Italien.

Rom, 24. Jan. [Alertz. Bücherverbote.] Aus der Feder des Geheimen Medicinal-Raths Dr. Alertz aus Aachen hat das Publicum vielleicht schon bald ein in seiner Art gewiß interessantes Werk zu erwarten. Es hat dasselbe nämlich eine genaue Untersuchung der Campagna di Roma in naturhistorischer und medicinischer Hinsicht zum Gegenstande. Kein fremder Arzt dürfte zur Ausfüllung dieser Lücke in der Literatur-Geschichte dieser merkwürdigsten Ebene ganz Italiens schon deshalb befähigter sein, als unser kenntnißreicher und verdienter Landsmann, welcher sich bereits sechszehn Jahre hindurch mit der Lösung seiner Aufgabe alles Ernstes an Ort und Stelle beschäftigte. — Ein heute veröffentlichtes Decret des heiligen Officiums verdammt nachstehende Werke: 1) **Eug. Sue, Opera omnia quocumque idiomate exarata**; 2) **Proudhon, P. J., Opera omnia quocumque idiomate exarata**; 3) **Histoire des idées sociales par F. Vellegardelle**; 4) **Le dernier mot du socialisme par un Catholique**; 5) **Histoire de l'Église de la France sur les documens originaux et autentiques par l'Abbé Guettée**; 6) **Manuale del Maëstro elementare, Asti 1850**; 7) **La Buona Novella, Giornale Reigliosa. Torino 1851**; 8) **Il magnetismo Animale. Saggio scientifico per M. Tommasi. Torino 1851**; 9) **Opera omnia Vincentii Gioberti quocumque idiomate exarata**. Der Verfasser des früher verbotenen Buches: **Manuale Compendium Juris Canonici ad usum Seminariorum, juxta temporum circumstantias accommodatum, auctore J. F. M. Lequeux**, hat der Inquisition seinen Widerruf eingesandt.

[Congregation.] Zwei außerordentliche Cardinal-Congregationen sind in dieser Woche vor Sr. Heil. dem Papste gehalten, um die vom Grafen Sambuy eingereichten letzten Turiner Ausgleichungsvorschläge zu begutachten. Ueber das Ergebniß ihrer diesfallsigen Berathungen kann ich Ihnen als verlässig mittheilen, daß man im Vatican bereit ist, die Entfernung der Erzbischöfe von Turin und Cagliari als ein **fatto compiuto** anzuerkennen, und des Friedens halber so wie aus höhern Rücksichten in die Wahl zweier Coadjutoren für Monsignor Franzoni und Marongiu Nurra durch ihre respectiven Capitel zu willigen. Dafür aber verlangt die Römische Curie vom Turiner Cabinet eine durchgreifende Modification der Siccardi'schen Gesetze in ihrem Sinne, und besonders ein gubernatives Veto gegen die Erbauung noch anderer protestantischen Kirchen außer Turin und Genua.

Neapel, 22. Januar. [Gerüchte.] Man glaubt vielfach, daß dem im Ministerium stattgehabten Personenwechsel ein Systemwechsel folgen werde, und hält es nicht für unwahrscheinlich, daß die bis jetzt noch immer nicht verkündigte Aufhebung der alten Constitution und die Octroyirung einer neuen bevorstehe. Der vom Könige bisher eben so geliebte, begünstigte und mit vollem Vertrauen beehrte, wie im Lande gehaßte Polizeiminister Pecheneda ist durch den General-Procurator Pasquale Governa, der Cabinets-Präsident Fortunato als solcher durch den Cavaliere Troja und als Minister des Auswärtigen vorläufig durch Luigi Caraffa ersetzt worden; auch Baron Corsi, der bisherige Geheim-Secretair des Königs, ist entlassen, doch zur Milderung der Demission zum Staatsrathe ernannt worden. Der Neapolitanische Thronfolger, Herzog von Calabrien, wurde bei seinem sechszehnten Geburtstage vom Könige zum Groß-Connetable des St. Georgio-Ordens ernannt und zum ersten Male zu der Sitzung des Staatsraths zugezogen.

Portugal.

Lissabon, 24. Januar. Die Königin hat ein Decret unterzeichnet, welches Amnestie für alle bisher verübten politischen Vergehen ertheilt.

Schweiz.

‡ **Aus der Schweiz**, 29. Januar. [Notizen.] Im Zürcher Großen Rath fand die Berathung über die Militair-Organisation statt, wobei der Passus bemerkenswerth ist, daß aus „Humanitäts-Rücksichten" Falliten ebenfalls militairpflichtig sind, aber keinen Grad bekleiden dürfen. Die Versammlung beschließt vorläufig, daß derlei Individuen, die einen Grad bekleiden, vorübergehend der Dienst erlassen werde. Auch die neue militairische Eintheilung der früheren vier Kreise und zwölf Quartiere in acht Bezirke wird auf Befürwortung des Obersten Orelli genehmigt. — Tessiner Blätter melden den Beschluß der Mailänder Curia, zufolge welchem alle diejenigen Jünglinge, die ihre Studien unter der Leitung der weltlichen Behörden im Seminar von Polleggio machen, keine Aufnahme zur Fortsetzung derselben in den höheren Diöcesan-Seminarien finden werden. Ein Tessiner Blatt spricht auch von Schwierigkeiten hinsichtlich des Besuches der Lombardischen Lyceen und Universitäten. — Mehrere Schweizer Journale haben der dem General Dufour gewährten Auszeichnung des Großkreuzes der Ehrenlegion ohne weitere Reflexionen erwähnt. Die „Basler Ztg." bedauert dieselbe insofern, als sie darin, nach Art. 12 der Bundesverfassung — zufolge welchem kein Schweizerischer Militair oder Beamter ausländische Orden tragen darf — ein Ausscheiden Dufour's aus dem eidgenössischen Dienste voraussieht.

Niederlande.

Haag, 27. Jan. [Die Rhein-Eisenbahn.] Gestern fand in Amsterdam eine Versammlung der Actionaire der Rhein-Eisenbahn Statt, in welcher die Direction mittheilte, was bis jetzt zur Ausführung des Anschlusses an die Preußischen Bahnen geschehen sei. Da der Ratificationstermin des zwischen den beiden Regierungen geschlossenen Tractates verlängert sei, so habe die Direction Unterhandlungen mit der Regierung eröffnet und eine vorläufige Uebereinkunft mit derselben getroffen, welche jetzt der Versammlung vorgelegt werde. Drei Hauptpunkte wären dabei geordnet worden: 1) Habe die Regierung sich verbunden, der Gesellschaft eine Million Gulden zu zahlen als Beitrag zu den auf 1,300,000 Fl. veranschlagten Kosten der Verengerung des Geleises. 2) Habe die Regierung auf drei Jahre die Garantie der Zinsen à 5 pCt. eines Capitals von 9,600,000 Fl. übernommen, dessen man bedürfen wird, um die Zweigbahn von Utrecht nach Rotterdam innerhalb der bei dem Tractat bestimmten drei Jahre auszuführen, und welches die Gesellschaft bei dem niedrigen Cours der Actien aufzutreiben schwerlich ohne solche Garantie im Stande sein würde. 3) Behalte sich die Regierung das Recht vor, das Minimum der täglichen Züge und die Abfahrtsstunden derselben zu bestimmen, — eine Clausel jedoch, mit welcher die Direction sich nicht habe vereinigen können und auf deren Verwerfung sie bei der Versammlung antragen müsse, indem die der Gesellschaft bei der Concession verliehenen Rechte dadurch verkürzt würden. Die auf diese Grundzüge basirte vorläufige Uebereinkunft wurde nach einiger Discussion von der Versammlung genehmigt, mit Ausnahme des Artikels, welcher der Regierung die Bestimmung der Zahl und Abfahrtszeit der Züge vorbehält. Derselbe wurde verworfen und der Direction Vollmacht gegeben, um wegen dieses Punktes mit der Regierung näher in Unterhandlung zu treten. Uebrigens wurde der Versammlung die bestimmte Zusage gegeben, daß alle Arbeiten für den Anschluß sowohl an Preußen als an Rotterdam innerhalb dreier Jahre beendigt sein würden.

Dänemark.

Kopenhagen, 30. Januar. [Zur Krisis.] Schon vorgestern Abend, wenige Stunden nachdem die officielle Ernennung des neuen Ministeriums und das Königliche Manifest beiden Thingen mitgetheilt worden war, begaben sich die Mitglieder des Landsthings in corpore zu dem bisherigen Conseilspräsidenten, Grafen Adam Wilhelm Moltke auf Bregentved. Der Wortführer, Etatsrath Blechinberg, hielt eine Anrede an den Grafen, in welcher er dessen Verdienste hervorhob. Als der Graf gestern im Landsthing erschien, erhoben sich sämmtliche Mitglieder von ihren Sitzen und empfingen ihn stehend. Eine ähnliche Anerkennung wurde dem bisherigen Minister des Innern, v. Tillisch, ebenfalls in der gestrigen Sitzung des Landsthings, zu Theil. In derselben Sitzung des Landsthings kündigte H. P. Hansen eine Interpellation an das Ministerium an, also lautend: „Wann denkt das Ministerium dem Thing die Aufklärungen mitzutheilen, welche die beabsichtigte Ordnung der verschiedenen Landestheile rechtfertigen sollen?" — Diese Interpellation wurde in der heutigen Sitzung des Landsthings zur demnächstigen Begründung durch den Antragsteller zugelassen. Auch im Volksthing wurden gestern Interpellationen desselben Inhalts von Krieger und Monrad angekündigt. Da heute keine Sitzung des Volksthings stattgefunden, so wird das Thing erst morgen über die Zulassung der Krieger'schen und der Monard'schen Interpellation entscheiden.

Kammer-Verhandlungen.

Erste Kammer.

Neunzehnte Sitzung, Mittwoch, den 4. Februar.

Eröffnung der Sitzung 11½ Uhr. Präsident: Graf Rittberg. Am Ministertisch: Die Regierungs-Commissarien G.-O.-Justizräthe Bischof und Baumeister, Geheimer Finanzrath von Schönfeldt.

Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über den Gesetz-Entwurf, betr. den Diebstahl an Holz und andern Wald-Producten.

Nach einer kurzen Debatte über einen Formfehler wird trotz des neuerdings erhobenen Widerspruchs das gestern mündlich eingebrachte Zusatz-Amendement des Grafen von Luckner zu §. 4. mit 61 gegen 45 Stimmen angenommen.

Zu §§. 7. und 8. werden Zusatz-Amendements der Abgg di Dio, v. Hertefeld und Kisker angenommen.

Zu §. 10. wird ein Verbesserungs-Antrag des Abg. Kisker angenommen.

Ein Verbesserungs-Antrag des Abg. Graf Luckner zu §. 12 wird abgelehnt. Ein solcher des Abg. Kisker zu §. 17 wird angenommen. Ein Zusatz-Amendement desselben zu §. 22. wird abgelehnt.

Der Abg. Kisker erklärt sich gegen die vollständige Ausschließung des Mandatsverfahrens durch ein ausführliches Amendement zu §. 29. Der Reg.-Commissar Geh. Ober-Justizrath Bischof spricht gegen das Amendement. Von den Abgg. v. Zander, v. Gerlach, Bode und dem Berichterstatter (Goltdammer) wird die Zurückweisung des Amendements an die Commission zur nochmaligen Prüfung empfohlen. Dieselbe wird von der Kammer angenommen. (Schluß morgen.)

Zweite Kammer.

19. Sitzung.

Eröffnung der Sitzung 12¼ Uhr. — Am Ministertisch: Simons, von Bodelschwingh. Als Regierungs-Commissarius: Geh. Rath Springmann.

Nach Verlesung des Protocolls zeigt der Präsident an, daß der Minister des Innern ihm eine auf seine Veranlassung ausgearbeitete Denkschrift über den interimistischen Zusammentritt der Provinzial-Vertretung zugefertigt, und er dieselbe an die Mitglieder der Kammer vertheilen lassen werde.

Die Kammer geht zur Tagesordnung über, zum Bericht der Central-Commission zur Prüfung des Staatshaushalts-Etats für das Jahr 1852 über die Einnahmen und Ausgaben bei der Justiz-Verwaltung.

Die Commission richtet ihren Antrag dahin: die Kammer wolle für das Jahr 1852 1) die Einnahme der Justizverwaltung auf 7,563,402 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf., 2) die dauernden Ausgaben auf 9,797,637 Thlr. 12 Sgr. 6 Pf., 3) die extraordinairen und einmaligen Ausgaben auf 212,120 Thlr. festsetzen. Bei den Einnahmen hat sich überall nichts zu erinnern gefunden. Die dauernden Ausgaben betragen 1) beim Justiz-Ministerium an persönlichen Ausgaben 85,290 Thlr. und an sächlichen 6008 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf., 2) beim Obertribunal an persönlichen Ausgaben 106,650 Thlr. und an sächlichen 3058 Thlr., 3) beim Rheinischen Cassations- und Revisionshofe 31,690 Thlr. 20 Sgr., 4) bei der Immediat-Justiz-Examinations-Commission 6324 Thlr., 5) bei den Obergerichten an persönlichen Ausgaben 1,134,159 Thlr. und an sächlichen 83,881 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. — Berichterstatter ist der Abg. Krahn, nach dessen kurzem Referat der Abg. Harkort sich über die theure Gerichtsverwaltung beschwert und nur in der weiteren Verbreitung der Schiedsrichter Abhülfe zu finden glaubt.

Justizminister: Die Auswahl der Schiedsmänner ist dann erst zu regeln, wenn die Gemeinde-Ordnung organisirt ist. (Hört! links.)

Abg. Beseler: Ich bin damit einverstanden, wünsche aber, daß demnach auch die Errichtung der Gemeindegerichte beschleunigt werde.

Justizminister: Institute, die auch auf eine Betheiligung des größeren Publicums berechnet sind, finden in ihrer Ausführung gewöhnlich nicht den Anklang, den sie nach der Meinung und der Idee des Antragstellers im Volke haben.

Abg. Beseler: Die Erfahrung steht dem Hrn. Justizminister nicht zur Seite. Auf dem platten Lande würde sich gewiß die nämliche Theilnahme für die öffentliche Gerichtsverwaltung zeigen, wie dies z. B. bei den Handelsgerichten in den Städten Statt hat.

Justizminister: Der Hr. Abg. irrt sich. Bei den Wahlen zum Handelsgericht ist die Theilnahme sehr gering. Die Wahlcommissarien müssen sogar sehr häufig herumschicken, um nur eine Wahl zu Stande zu bringen; ebenso läßt die Theilnahme bei den Gewerbegerichten überall nach.

Die Kammer geht hierauf zur Discussion des Etats über.

Bei der Position „Aussterbe-Gehälte" bemerkt der Abg v. Vincke, daß der jetzige Etat nicht genügende Erklärungen enthalte. Der Justizminister bemerkt, während über den deshalb vom Abg. v. Vincke eingebrachten Antrag abgestimmt wird, daß er in der nächsten Sitzung nähere Aufklärung geben werde, in Folge welcher Erklärung v. Vincke seinen Antrag zurückzieht.

Auch bei der Position über die Erhöhung der Besoldung der Ober-Staatsanwälte zu Frankfurt, Marienwerder, Magdeburg und Naumburg von 1600 Thlr. auf 1800 Thlr. entspinnt sich eine kurze Debatte, indem die Linke Absetzung dieser Erhöhung verlangt. Der Antrag, der vom Abg. Claßen ausgeht, wird abgelehnt.

Bei der Position über den Etat der Obergerichte bemerkt der Abg. v. Vincke, daß diese nach der neuen Justiz-Organisation weniger zu thun hätten als früher, demnach die Ersparniß hier auch größer sein müsse, als veranschlagt.

Der Justizminister bemerkt, daß das Organisationsgesetz für die Obergerichte noch nicht berathen, viel weniger ausgeführt sei, sondern die Factoren der Gesetzgebung mit diesem Gesetz noch fortwährend beschäftigt seien. — (Schluß morgen.)

— V Aus dem Feuilleton der „Nat.-Zeitung" erfahren wir, daß der Almansor des Herrn Renz, der schnaubend und pruhstend in die Rennbahn zu treten pflegt, aus dem Gestüt des Herrn v. Saucken-Tarputschen stammt und von diesem in seiner Jugend mit „gothaischer Milch" genährt worden ist. Also ein eigentlich-constitutioneller Vierfüßler.

— V Es sollen, wie man allgemein erzählt, auf beiden Seiten des Durchgangs von der Oberwall- nach der Französischen Straße bedeckte Arkaden, nach Art der Regents-Arkaden in London, und eine bedeckte Halle, wie die großartige Passage in Brüssel und in Hamburg eingerichtet werden. Die neue Straße, obgleich sie noch nicht vollständig planirt, wird bereits stark besucht, da sie für die, welche z. B. aus der Jägerstraße, Werderschen Markt und der umliegenden Gegend nach dem Opernhause, Akademie, Universität zu gehen beabsichtigen, eine bedeutende Wegersparniß darbietet.

— L Nach dem Monatsblatt für die Armen-Verwaltung von Berlin pro Januar c. befanden sich am 22. September v. J. 750 Personen im hiesigen Arbeitshause. Vom 23. Sept. bis incl. 22. Decbr. 1851 war ein Zugang von 1249 und ein Abgang von 1138 Personen, so daß am 22. Decbr. pr. 861 Personen, und zwar 25 Domestiken, 173 Hospitaliten, 634 Häuslinge und 29 Sträflinge im Arbeitshause befindlich waren. Auf dem Lazareth desselben wurden am 22. Sept. 34 Kranke verpflegt und in der Schule der Anstalt wurden an demselben Tage 37 Kinder unterrichtet. Zur Beschaffung von Kleidungsstücken oder zur Bezahlung der ersten Miethe 2c. wurden bei ihrer Entlassung in dem Zeitraum vom 23. Sept. bis incl. 22. Dec. 130 Personen mit 200 Thlr. 4 Sgr. 6 Pf. unterstützt und 28 Familien, aus 108 Köpfen bestehend, erhielten während dieser Zeit 112 Thlr. 8 Sgr., um ihre Unterbringung zu bewirken. — Im Friedrich-Wilhelms-Hospitale befanden sich am 22. Dec. pr. 411 Hospitaliten und 42 Domestiken, Aufwärterinnen und Krankenwärterinnen, in Summa also 453 Personen. Durch das große Friedrichs-Waisenhaus und dessen beide Filiale wurden am 22. Dec. pr. verpflegt: im Waisenhause selbst 203 Knaben, 109 Mädchen, zusammen 312 Kinder, im Filial I. 20 Knaben, 2 Mädchen, zusammen 22 Kinder, im Filial II. 56 Knaben. Summa der Hauskinder 279 Knaben, 111 Mädchen, zusammen 390 Kinder. Außerdem waren in Kost ausgegeben 739 Knaben, 789 Mädchen, zusammen 1528 Kinder. In Allem 1018 Knaben, 900 Mädchen, zusammen 1918 Kinder.

— V In einem Café des Palais Royal finden sich viele Deutsche ein, weil dort ein Deutsches Blatt aufliegt, welches sich scharf über die gegenwärtige Lage Frankreichs ausspricht, das zu nennen Zuschauern aber die Bescheidenheit verbietet. — „Garçon! zum Henker! schon eine Stunde verlange ich das Blatt!" ruft ein ungeduldiger Gast, worauf der Kellner entgegnet: „Monsieur! ich bitte nur um ein wenig Geduld; wir haben drei Exemplare — **et ils travaillent toujours!**" (sie sind immer in Arbeit.)

— D Ein Belgisches Blatt versichert, es sei unbegründet, daß ein neuestes Decret des Polizei-Präfecten von Paris verordne, wie jeder Polizei-Beamte, welcher auf der Straße niese, von den Vorübergehenden mit dem Wunsche: „**à votre santé**" begrüßt werden müsse.

— R Denjenigen Personen, welche aus dem nachfolgenden Referat der Tante Voß: „Dieses ist der Beschluß der Kammer über den Antrag der Commission zum Antrage Scherer's zum Beschlusse der Kammer über den Antrag v. Vincke's zum Beschlusse der Gemeindewesens-Commission über den Antrag v. Vincke's, betreffend die provinzialständischen Rescripte des Ministers von Westphalen" u. s. w., die traurige Folgerung ziehen sollten, daß die alte Dame schwer erkrankt sei und in diesem Zustande phantasire, können wir die beruhigende Mittheilung machen, daß dieselbe nur an einem leichten, jedoch noch nicht fließenden Schnupfen, in Folge des letzten Nebels leidet.

— V In Deßau ist eine, wie man zu sagen pflegt und wie man hierbei wörtlich zu verstehen hat, „wahre Hundewirthschaft" ans Tageslicht gekommen. Schon seit längerer Zeit verschwanden dort nämlich eine Masse Hunde, namentlich aber wohlgenährte, ohne daß man auf die Spur kommen konnte, wo sie geblieben. Neuerdings kamen auch dem Regierungs-Präsidenten zwei Wachtelhündchen abhanden und die Nachforschung wurde nun so eifrig fortgesetzt, daß man endlich der Sache auf die Spur kam und einen Hundedieb und Hundeschlächter entdeckte, bei dem nicht nur frischer Braten, sondern auch Fässer mit gepökeltem Fleische und die Felle der getödteten Thiere gefunden wurden. — In China würde solche Geschmacksrichtung nicht auffallen, aber in Deßau! Ist dort den Vierfüßlern ihre Existenz nicht garantirt?

— n Für die ästhetische Welt in London war die neuliche Aufführung der Meyerbeer'schen Oper „Robert der Teufel", deren Titelrolle der Russe M. Fedor gab, ein Ereigniß. Ein Marionetten-Theater, etwas ganz Neues in London, macht brillante Geschäfte, zumal da der Theater-Censor, Lord Chamberlain, gegen die Puppen etwas liberal sein soll.

— n Ein anscheinend dem Arbeiterstande angehöriger Mann verfolgt, um sich seinen Unterhalt zu erwerben, eine neue, ganz eigene Art von Industrie. Derselbe geht zu den Kaufleuten und Lieferanten der Wittwe Grunow, Besitzerin eines vor dem Anhaltschen Thore belegenen bekannten und sehr besuchten Weißbier-Locals, und bestellt im Namen derselben ansehnliche Quantitäten Fleischwaaren, Oel, Materialwaaren 2c. mit dem Bemerken, die bestellten Gegenstände der 2c. Grunow zuzusenden. Die Verkäufer belohnen den Besteller für den ihnen gewordenen großen Auftrag durch ein Geldgeschenk, und dies ist es, worauf der Industrieritter es abgesehen hat. In der Oel-Raffinerie von Leist in der Köthener Straße bestellte derselbe 3 Ctr. Oel mit dem Bemerken, daß Madame Grunow eine große Festlichkeit arrangire und zu diesem Behufe viel erleuchten müsse. Eine Nachfrage hat das Gegentheil bekundet und die angebliche Bestellerin veranlaßt, der Polizei-Behörde von dem Treiben dieses Menschen in Kenntniß zu setzen, um demselben Einhalt zu thun, da ihr täglich bedeutende Quantitäten angeblich bestellter Waaren, worunter auch 60 Ellen Kattun, ins Haus geschickt werden.

— V In Freiburg will man also dem Mönch Berthold Schwarz, als „Erfinder des Pulvers," ein Denkmal errichten, dessen Modell schon vollendet ist, und das zugleich als Brunnen dienen soll. Die Statue des angeblichen Pulvererfinders wird nämlich auf einem 15 Fuß hohen Piedestal zu stehen kommen, welches zugleich die Brunnenschale enthält. Wie wir hören, haben die Chinesen gegen diese unverdiente Huldigung Protest eingelegt, weil sie das Pulver schon einige Jahrhunderte früher erfunden hätten, als Berthold Schwarz. Wie wenig die Bewohner des „Reiches der Mitte" von der Gegenwart Deutschlands unterrichtet sind, geht daraus hervor, daß ihre Protestation an das „Reichskammergericht in Wetzlar" adressirt war.

— R Zwischen Brüssel und Paris fand neulich ein seltsamer Wettlauf eines Pferdes mit einem Bahnzuge statt. Ein junges Roß von edlem Blute langweilte sich und entsprang aus seinem Stalle. Es gerieth auf eine Eisenbahn und verfolgte nun in schneller Gangart den geraden Weg, der ihm zu gefallen schien. Indessen kam der Bahnzug von Brüssel hinter ihm her; das Thier gerieth in Schrecken — doch verließ es die Bahn nicht, es verdoppelte seine Anstrengungen, während der Zugführer die Schnelligkeit des Zuges immer mehr mäßigte. Das Pferd durchmaß in einer halben Stunde eine Bahnstrecke von über 2 Deutschen Meilen. Zu Hall verrammelte man ihm den Weg, allein das Thier setzte wie ein Vogel über die Schranken. Wie und wo das Rennen geendet, weiß man bis jetzt noch nicht.

— D Ein Gerücht besagt, daß Lamartine im Orient Blutegelzucht und Blutegelhandel treiben wolle. **Quousque tandem?** Nachdem er vom provisorischen Regenten Frankreichs beinahe bis zum Redacteur von Adreßkalendern gesunken ist, sucht er diesen Erwerbszweig auf, er, der als Europäischer Scheikh Asien mit prächtigem Gefolge durchzog, bewirthet von Paschah's und Emiren und als Dichter der Meditations begrüßt im Wüsten-Boudoir der Lady Esther Stanhope. Und jetzt Blutegelzüchter! O Ironie des Schicksals! —

— n In Betreff des Mnemonikers Hermann Kothe, der auch in Berlin jetzt öffentliche Vorträge halten wird, finden wir in der „Rhein- und Moselzeitung" vom 22. October 1847 Folgendes: „Herrmann Kothe, welcher überall, wo er bisher Proben seiner Gedächtnißstärke ablegte, Alles mit Staunen und Bewunderung erfüllte, hielt auch in Düsseldorf Vorträge und bewährte den ihm vorausgegangenen Ruf auf das Vollkommenste. Der Künstler, dessen Vorlesungen mit dem lebhaftesten Interesse Se. kön. Hoheit der Prinz Alexander und eine große Anzahl der angesehensten und intelligentesten Männer unserer Stadt beiwohnten, hatte auch die Ehre, vor dem Prinzen Friedrich von Preußen und dem Herzoge von Würtemberg Proben seiner Gedächtnißstärke abzulegen und löste auch hier die ihm gestellten schwierigen Aufgaben auf das Leichteste und zur vollsten Zufriedenheit der hohen Herrschaften." Herr Kothe hat seinen ersten Vortrag, in welchem er nicht allein eine Reihe von Proben seiner außerordentlichen Gedächtnißstärke ablegen, sondern auch die Grundregeln seines mnemonischen Systems mittheilen wird, wonach Jeder in kurzer Zeit eine gleiche Gedächtnißstärke gewinnen kann, — auf Freitag, den 6. Februar (im Mäderschen Saale) angesetzt.

— S Zu dem von Frau Birch-Pfeiffer für Herrn von Flotow jetzt vollendeten Texte einer neuen komischen Oper ist das Sujet aus der Zeit Heinrichs IV. entnommen. Die Composition wird gleichfalls in Kurzem vollendet sein. — Frau Henriette Sontag wird Anfang März in Hamburg gastiren. — Der Tenorist Roger wird in Kurzem wieder zu Gastspielen an der Königl. Bühne erwartet.

— Z Weber's lange nicht gegebene Oper: „Euryanthe" wird im Hoftheater neu einstudirt und demnächst mit neuer Ausstattung in Scene gehen. — Salvatore Marchesi aus Palermo, den man als einen der brillantesten Italienischen Baritonsänger rühmt, befindet sich gegenwärtig hier, um Concerte zu geben. — Fräul. Höffert, die Enkelin Ludwig Devrient's, tritt heute zum letztenmale als Julie in Shakespeare's Trauerspiel auf dem Hoftheater gastirend auf.

— D Der Unterstützungs-Verein der Künstler hat bei seiner diesjährigen Weihnachtsausstellung von Transparentgemälden nach Abzug der Unkosten im Belaufe von 1100 Thlrn. einen Gewinn von 2100 Thalern gehabt. Die Unterstützungen, die der Verein schon jetzt gewähren kann und die als zeitweilige Hülfe seinen in der Arbeit gestörten Mitgliedern oder als jährliche Pension deren Wittwen zufließen, belaufen sich auf 4—500 Thaler jährlich. —

Bei Velhagen & Klasing in Bielefeld erscheint und ist in **Wilh. Logier's Buchhandl.** in Berlin, Friedrichstr. 161. (zwischen den Linden und der Behrenstrasse) zu haben:

NOUVEAU MUSÉE FRANÇAIS.

CHOIX DE LITTÉRATURE TIRÉ DES MEILLEURS AUTEURS MODERNES par **Dr. C. Schütz.**

Douzième Année. 1852 Januar-Heft.

INHALT.

LE VOMERO. Scènes de la vie Napolitaine. Par P. DE MUSSET.
LE CONCERT POUR LES PAUVRES. PAR JULES SANDEAU.
LE RASTREADOR. PAR GABRIEL FERRY.

Vom NOUVEAU MUSÉE FRANÇAIS erscheint monatlich ein Heft von 4—5 Bogen.

Preis für den ganzen Jahrgang von 52 Bogen 2 Thlr. oder 3 Fl. 36 Xr. rhein., wofür es durch alle Deutschen Buchhandlungen und Preuss. Postämter zu beziehen ist.

Das Musée français hat den Zweck, den Freunden der Französischen Literatur eine Auswahl der besseren Erzeugnisse der Gegenwart vorzulegen, und so zugleich durch Darbietung eines interessanten und angemessenen Lesestoffs das Studium dieser wichtigen Sprache zu befördern und erleichtern. Technische und selten vorkommende Ausdrücke werden zu dem Zweck unter dem Texte erläutert.

Im Verlage, von Manz in Wien erschien so eben und ist vorräthig in der **Buch- u. Kunsthandlung** von **F. Schneider u. Co.**, U. d. Linden 19:

Graf Ficquelmont: Lord Palmerston, England u. der Continent.

gr. 8. 374 Seiten. Geheftet. Preis 2 Thlr. 12 Sgr.

Ein für jeden Politiker höchst interessantes Buch; der berühmte Herr Verfasser behandelt den Einfluß Englands auf die Verhältnisse des Continents auf eine neue und eigenthümliche Weise.

Provinzial-Thierschau zu Stettin.

Die durch unsere Bekanntmachung vom 24. v. M. zum 1. und 2. Juni d. J. angekündigte, vom Centralvorstande des Baltischen Vereins und uns gemeinschaftlich in Stettin zu veranstaltende Provinzial-Thierschau, wird auf Wunsch vieler landwirthschaftlichen Vereine 2 Wochen früher, nämlich am **17., 18. u. 19.** Mai d. J. abgehalten werden. Die Schauausstellung wird in 6 Abtheilungen zerfallen:

Die erste soll die Pferde enthalten,
Die zweite das Rindvieh,
Die dritte die Schafe,
Die vierte die Schweine und alle übrigen Hausthiere,
Die fünfte landwirthschaftliche Maschinen, Instrumente und Ackergeräthe,
Die sechste Producte und Bedürfnisse der Landwirthschaft und der damit verbundenen Gewerbe,

und diese werden von 2 Dirigenten geleitet und von besonders zu ernennenden Commissionen beurtheilt werden.

Der Stettiner Zweigverein unserer Gesellschaft hat die Geschäftsführung übernommen und wird das Unterkommen der zur Schau rc. auszustellenden Gegenstände, sowie der Herren Theilnehmer und deren Equipagen rc. ermitteln und soviel als irgend möglich nach Wunsch besorgen. Wir bitten, sich deshalb an den Herrn Ober-Regierungs-Rath Triest in Stettin zu wenden und gefälligst anzugeben, für die Aufnahme und Unterbringung welcher Gegenstände zu sorgen ist, sowie: welche Gegenstände verkäuflich sein werden, sei es aus freier Hand oder in der Auction. Die letztere, wobei selbstverständlich dem Herrn Besitzer allein zusteht, den Zuschlag zu ertheilen, wird dazu dienen, den Absatz werthvoller und vieler Gegenstände zu vermitteln und zu befördern, und hoffen wir, daß um so mehr recht viele Landwirthe bei der Gestellung von Schaugegenständen sich betheiligen und sich somit selbst **Absatzwege** und Verbindungen eröffnen werden. Ankaufs-Commissionen unsererseits behufs der Verwendung des Erlöses aus dem Verkaufe der 18,000 Eintrittsloose à 10 Sgr. werden sich bei der Auction betheiligen und sie somit beleben.

Wir wünschen eine Gelegenheit zu vermitteln, daß Pferde aller Länder und Racen in Originalien und Kreuzungen, Rindvieh der verschiedensten Stämme des In- und Auslandes, Schafe, als Repräsentanten sowohl der so viel als möglich vollendeten Normalität aller Eigenschaften als besonderer Vorzüge verschiedener Individualitäten, mithin aller Wollqualitäten und Körperconstitutionen, Schweine und Hausthiere sämmtlicher Racen und Gattungen, landwirthschaftliche Maschinen, Instrumente und Geräthe für die vielen Zweige des eigenen Gewerbes und der damit verbundenen Gewerbe, endlich Producte des Ackerbaues in der weitesten Ausdehnung der eigenen Erzeugung und des Bedürfnisses nebeneinander ausgestellt und der Beurtheilung unterworfen, Veranlassung zum Austausche der Ansichten, zur Berichtigung von Meinungen und zum Acquiriren dessen werden, was man für sich als nützlich erkannte.

Wir bitten daher angelegen, daß alle Provinzen bei diesem Schaufeste — wir werden auch möglichst Sorge tragen für Unterhaltung und angenehme Abwechselung — sich betheiligen mögen. Auf eine lebhafte Theilnahme Seitens der Vielen, die sich in Neu-Vorpommern, Vorpommern und Hinterpommern für unsere Wünsche, das Provinzial-Thierschaufest recht befriedigend zum Ausfall zu bringen, interessiren, rechnen wir unzweifelhaft. Ob Transportvergütungen bei größeren Entfernungen gewünscht werden, bitten wir bei der Anmeldung auszusprechen, indem wir für Gegenstände, welche keinen Absatz finden, soviel als möglich, solchen Wünschen entgegen zu kommen und das Nähere besonders zu vereinigen bereit sein werden.

Es wird mit dieser Provinzial-Thierschau gleichzeitig ein Pferderennen veranstaltet, sowie eine allgemeine land- und forstwirthschaftliche General-Versammlung des Baltischen Vereins und der Pommersch-ökonom. Gesellschaft verbunden werden.

Wir laden zu derselben alle Gönner der Landwirthschaft und der damit verbundenen Gewerbe des In- und Auslandes mit dem Bemerken ergebenst ein, daß der 18. und 19. Mai d. J. zur Erörterung landwirthschaftlicher Fragen, zur Entgegennahme der Beurtheilungsberichte u. s. w. mitbestimmt sein, und daß besondere Programme das Nähere enthalten werden.

Ueber die Zeiteintheilung, die Aussetzung von Prämien und Anerkenntnissen und über die Veranstaltung von gemeinschaftlichen Festivitäten, behalten wir uns weitere öffentliche Bekanntmachungen vor.

Berlin, den 15. Januar 1852.

Hauptdirectorium der Pommerschen ökonom. Gesellschaft.
v. Kleist-Tychow.

Ein neues ausgezeichnetes Polisander-Pianino zu verkaufen Charlottenstr. 98. 2 Tr.

Pate Pectorale von Apotheker **George** in Epinal. Goldene Medaille 1845. Silberne Medaille 1845. Schacht 16 Sgr. oder 56 kr.; Schacht 8 Sgr. oder 28 kr.

Von dieser gegen alle Brustreizkrankheiten, als: Grippe, Katarrh, Nervenhusten, Heiserkeit, als vortrefflich sich erprobten Tabletten, haben sich bewährt, und werden verkauft **in allen Städten Deutschlands**, Depot in **Berlin** beim Conditor **Spargnapani**, Linden Nr. 50. und bei **Felix & Co.**, Königl. Hoflieferanten, Friedrichsstraße und Leipzigerstr. Ecke.

Wohl zu beachten für Damen.

Wie hier bereits bekannt, nehme ich stets die Gelegenheit wahr, um billig einzukaufen, sei es auf den Messen, oder wo sich sonst diese mir vortheilhaft darbietet. — So bin ich jetzt in Kenntniß gesetzt, daß auswärts die Arbeitslosigkeit der Leinwandsweber so sehr im Zunehmen begriffen sei, daß ich nicht bloß durch Abnahme ihres Fabrikats ihre traurige Lage verbessern könnte, sondern auch der Vortheil für mich daraus erwüchse, die besten Waaren bedeutend unter den Fabrikpreisen an mich zu bringen. Von der Richtigkeit dieser Angabe mich nun an Ort und Stelle völlig überzeugend, kehrte so eben im Besitz vieler dieser billigen Waaren zurück, wobei ich bemerke, daß durch die wenige Concurrenz daselbst nicht allein erwähnte Vortheile mir zur Seite standen, sondern auch bei der Menge von Webern die Wahl hatte, mir nur die besten Waaren auszusuchen. — Daß diese Leinwand wirklich aus reinen unverfälschten und guten Handgespinnst-Garnen gewebt ist, bürgten mir nicht bloß die Verfertiger, sondern ich schmeichle mir auch, durch den langjährigen Umgang mit diesem Artikel als Kenner auftreten zu können. — **Ich garantire daher ebenfalls nicht allein für reine Leinewand, sondern auch für gute und dauerhafte Waare, sichere aber außerdem demjenigen, welcher dennoch Baumwolle darin vorfindet, eine Entschädigung von 200 Thlr.** Pr. Courant zu. — Jeder Käufer dieser Leinwand, welche mit Stempel „rein Leinen" versehen, erhält hierüber von mir eine besondere schriftliche Garantie, wonach ihm außer derselben noch freigestellt wird, jedes Stück Waare, sobald es nicht gefällt, oder nicht für billig gefunden, zurückzugeben. — Mein Hauptzweck geht nun einerseits dahin, diese Waaren rasch und daher billig gegen baar zu verkaufen, während ich andererseits es mir zur Aufgabe gemacht, die armen Weber mit ihren zahlreichen Familien ferner zu beschäftigen, welches mir natürlich nur durch den schnellen Umsatz des Fabrikats ermöglicht wird. — — Demnach empfehle ich zu festen Preisen:

Eine Partie kräftiger Hausleinen, 50 Berliner Ellen für 5½ Thlr. Eine Partie stärkerer Sorte, zu Laken passend, das Stück 3 Thlr. 20 Sgr. —

Eine Partie guter und feiner Kreas- und Gebirgsleinen, 51 Ellen enthaltend, zu dauerhaften Hemden rc., das Stück 6½, 6¾, 7, 7½ und 8 Thlr., reeller Preis ersterer Sorte 8½, letzterer 12 Thlr. — Eine große Post sogenannter Lederleinen in allen Nummern, welche sich durch ihr egales, festes und unappretirtes Gewebe und beste Sommerbleiche besonders zu schönen Hemden und feinen Bettbezügen eignet, das Stück von 51 u. 52 Ellen für 7¼, 7½, 8, 9, 10, 11, 11½, 12 und 13 Thlr., deren reeller Fabrikpreis 10, 12, 15 und 19 Thlr. ist. — Eine große Post extrafeiner Oberhemden-Leinen (Rasenbleiche), das Stück von 51 und 52 langen Ellen (60 Bielefelder) für 10, 11, 12, 13, 14, 15, 20 und 25 Thlr. Diese feinen Leinen sind hauptsächlich, weil sie dort gar nicht gangbar sind, bedeutend unter den Fabrikpreisen und ist der reelle Preis fast das Doppelte. —

Mehrere große Posten feiner weißer rein leinener Taschentücher, deren Fabrikpreis per Dutz. 2½ u. 4 Thlr. ist, für 25 Sgr., 1 Thlr. und 1½ Thlr. das halbe Dutz. Extrafeine rein leinene klare Batist-Taschentücher, das halbe Dutz. 1½, 2 u. 2½ Thlr. — Ferner empf. ich einzelne Tischtücher, das Stück 8½, 9 u. 10 Sgr., vollständige Gedecke mit 6 und 12 Servietten in Halb- und Ganz-Leinen, erstere Sorte von 1½ Thlr. an. Alle Sorten Handtücher, das halbe Dtzd. von 25 Sgr. an, so wie ein großes Lager gestreifter Bettzwilliche zu Unterbetten und karirten Bezügen ebenfalls sehr billig. — Feine Batisttücher mit gestickter Ecke 4 und 5 Sgr. ¼ große abgepaßte echte Gingham-Schürzen 4 Sgr. — Bunte Tischdecken, das Stück 10, 15, 17½ und 20 Sgr. u. s. w.

R. Behrens, Kronenstr. 33., nahe der Jerusalemerstraße.

25,000 Ellen feine Resterleinen, die sich zu feiner Kinderwäsche, Hauben, Nachttüchern und zu Oberhemden eignet, für die Hälfte der Stückpreise.

Auswärtigen werden sow. ganze Stücke geg. Postvorsch. od. vorherige Einsendung d. Betrages, als auf Verl. kl. Pröbchen zugesandt. — Noch bemerke ich, daß ich mit keinem ähnlichen Geschäft in irgend einer Verbindung stehe, sondern lediglich wie seit 9 Jahren mein Verkaufslokal nur allein in der Kronenstraße 33. habe. R. Behrens.

Stroh-Hüte werden zu Fabrik-Preisen gewaschen und modernisirt bei

J. Speyer jun.,

Friedrichstr. 172., zwischen der Jäger- u. Französischen Straße.

Vor Empfang unserer neuen Modelle haben wir die Vorräthe unserer fertigen **Mäntel, Mantillen, Kinderanzüge** rc. bedeutend herabgesetzt und vieles davon **zum gänzlichen Ausverkauf gestellt.**

W. Rogge u. Comp.,
Hoflieferanten Sr. Majestät
des Königs,
Schloßplatz 6.

Meine eigen bereiteten Punsch-Syrupe à 25 Sgr. u. 1 Thlr. die Flasche, die sich bereits eine Reihe von Jahren des Beifalls meiner geehrten Kunden erfreuten, erlaube ich mir nebst den bekannten Sorten von Joseph Sellner und Röder in Düsseldorf wiederholt zu empfehlen.

Carl Gustav Gerold,
Hoflieferant Sr. Majestät des Königs.

Feuer- und Diebes-sichere eiserne Geldschränke

sind mit den neuesten, im In- und Auslande gemachten **Verbesserungen** in größter Auswahl und in geschmackvollen Façons bei mir stets vorräthig.

Aller Anpreisungen mich enthaltend, führe nur **die Thatsachen** an, daß seit 17 Jahren, wo ich diese Schränke hier einführte, bereits **12 diebische Versuche**, die Schränke zu erbrechen, erfolglos geblieben sind und demnach die Besitzer derselben vor Schaden bewahrt blieben und daß in der **Londoner Ausstellung meiner Arbeit von der Jury**

die Preismedaille

zuerkannt wurde.

S. J. Arnheim in Berlin,
Hof-Kunstschlosser Sr. Maj. des Königs, Rosenthalerstr. 36.

Concess. **Schnell-Schönschreibe-Institut** des Calligraphen **J. Spieß**, Behrenstr. 7a. zwei Treppen hoch.

Neue Lehr-Curse für Herren, Damen und Kinder (getrennt). — Es wird Jedem in 20 Lehrstunden eine überraschend schöne und freiere Handschrift garantirt. —

Alle Arten feiner Wäsche, Seiden- und Wollenzeug, auch Band, Blonden, Kanten u. dergl. werden auf das Sauberste und Billigste gewaschen und wie neu aufgearbeitet. Köthenerstr. Nr. 23. 2 Treppen.

Die Seidenwaaren-Fabrik
Mohrenstraße No. 21., eine Treppe hoch,
empfiehlt
weiße Glacées und **weiße Atlasse** in schöner reiner Farbe von 13 Sgr. und 17½ Sgr an,
sowie **schwarze Lyoner Westen-Sammete**
von 2½ Thlr. bis 4 Thlr. die Elle.

Im Ausverkauf von C. A. Wietzer, Werderstr. 12., werden Mäntel, Sammt-, Atlas-, Tuch- und Taffet-Mantillen, so wie fertige Kindersachen, nebst Long-Shawls und Tüchern sehr billig verkauft. Die Preise sind noch mehr herabgesetzt. Das Lokal wird März geschlossen.

Schwarze Taffte, Satin de Chine, Atlasse, Damaste, Köper-Taffte.

Dem jetzt eintretenden Bedarf an schwarz seidenen Zeugen können wir durch die vortheilhaftesten Einkäufe auf's Befriedigendste genügen. Die Waare ist von glänzendster schönster Schwärze, kräftig, von bewährter Dauer und nach Verschiedenheit der Qualität außerordentlich billig. Nämlich:

Taffte: Die Elle 15, 17½, 20 Sgr. rc. Die Robe 7, 8½, 9½ Rt.

Satin de Chine: Die Elle 25, 27½ Sgr., 1 Rt. Die Robe 11½, 12½, 14 Rt.

Atlasse, Damaste, Köper-Taffte die Elle von 1 Rt. an.

Das zweite Lager von W. Rogge und Comp. am Schloßplatz.

Frische große Colchester-Austern à 100 2½ Thlr., Nativ-dito 2 Thlr., frischen Lachs, fr. Nordsee-Dorsch und See-Barsch und vorzügl. Astr. Caviar empf.

Ferd. Müller, Behrenstraße Nr. 55.

Eiserne feuerfeste Geldschränke, welche ich seit vielen **Jahren** anfertige, und sich bei mehreren **gewaltsamen Einbrüchen** auf das Beste bewährt haben, sind mit den neuesten **Verbesserungen** in jeder Größe vorräthig.

M. Fabian in Berlin, Spandauerstr. 75.

Im Cigarren-En-gros-Ausverkauf, Leipzigerstraße 105, auf dem Hofe, sind jetzt die letzten bedeutenden Posten von den wirklich ächten Havanna-Cigarren auf dem Lager zum Verkauf gekommen und wird besonders aufmerksam gemacht auf die wirklichen alten ächten Upmann à Mille 24 Thlr., **secunda Upmann** à Mille 16 Thlr., ächte englische Cigarren in Kisten von 6000 Stück à Mille 16 Thlr., ächte Aquila à Mille 16 Thlr., Hamburger Fabrikate in nur alten Waaren à Mille 8 Thlr., Bremer Fabrikate à Mille 6 Thlr., Pfälzer Cigarren à 3½ Thlr.

Aufträge von außerhalb werden aufs pünktlichste effectuirt.

Landwirthschaftliches.
Guano.

In Bezug auf die vorzügliche Qualität des von mir zum Verkaufe angekündigten

echten Peruanischen Guano

verweise ich auf die Analyse und Empfehlung, welche die geehrten Vorstände der landwirthschaftlichen Central-Vereine zu Potsdam und Frankfurt a. d. O., in Betreff des Guano der Herren Eccius u. Sohn in den Zeitungen bekannt gemacht haben, indem das Lager genannter Herren, gleichwie das meine, ein Commissionslager des Herrn Oekonomie-Rath Geyer in Dresden ist, und mithin beide Lager aus ein und derselben Bezugsquelle abstammen.

Der Preis für das hiesige Lager ist auf 4 Thlr. 5 Sgr. per Preussischen Centner Brutto, incl. Emballage, per comptant bestimmt.

Eugen Possart,
Landwirthschaftliches Etablissement,
Heilige Geiststrasse Nr. 4.

Bock-Verkauf.

Der Verkauf von Zuchtwiddern in der Reichenberger Stammschäferei hat mit dem 1. Februar begonnen.

Reichenberg bei Wriezen a. d. O.

v. Tettenborn,
Ritterschafts-Rath.

Kiefern-Saamen

bester Qualität offerirt der Unterzeichnete von hiesiger Saamendarre wieder in diesjähriger Erndte und möglichst billig.

Rösa bei Düben, den 26. Januar 1852.

Der Förster Kiltz.

Danksagung

für die
Medical, Invalid and General Life Assurance Society,
Lebensversicherungs-Gesellschaft für Gesunde und Kranke
in **London** und **Frankfurt a. M.**

Die allgemein so vortheilhaft bekannte obige Gesellschaft hat bei der kürzlich erfolgten Auszahlung einer versicherten Summe, zu deren Erhebung ich beauftragt war, wieder mit der gewöhnlichen Loyalität verfahren, indem ein Abzug, der mir durch den Beauftragten der Gesellschaft in Folge der zweifelhaften Wortung einer Police-Bedingung gemacht wurde und den ich mir gefallen ließ, sofort durch die Verwaltung obiger Gesellschaft zu Frankfurt a. M., ohne daß ich deswegen eine Bemerkung gemacht hätte, nachgezahlt wurde, da ihrem Princip gemäß die Gesellschaft der zweifelhaft ausgedrückten Bedingung die dem Versicherten günstigste Auslegung gab.

Danzig, den 14. Januar 1852.

Julius Wilhelm Fleischer.

Innigster Dank!

Auch von mir innigsten Dank meinem Wohlthäter, dem Hrn Dr. med. Doecks zu Barnstorf, im Königreich Hannover, der mich von den jahrelangen Leiden und Schmerzen des Magenkrampfs, die mich an den Rand des Grabes gebracht hatten, befreit hat. Nachdem ich einige Zeit die Kurmethode des Herrn Dr. Doecks angewandt hatte, war mein Uebel gehoben. — Also nochmals tausend Dank diesem Wohlthäter der Menschheit.

Auma bei Gera, den 17. August 1851.

G. A. Ulrich, Lehrer.

Familien-Anzeigen.

Verlobungen.

Die Verlobung unserer jüngsten Tochter Thekla mit dem Appellationsgerichts-Referendarius Herrn Siber beehren wir uns, statt jeder besonderen Meldung, hiermit ergebenst anzuzeigen.

Stendal, den 1. Februar 1852.

Koch, Oberst zu D.,
Henriette Koch, geb. v. d. Lith.

Fräul. Marie Fehrmann mit Hrn. Kaufmann Lucas zu Wittstock, Frl. Elise Ulmann mit Hrn. Dr. Boas zu Weimar.

Verbindungen.

Ihre am heutigen Tage vollzogene eheliche Verbindung zeigen statt besonderer Meldung hiermit ergebenst an.

Hamersleben, den 3. Februar 1852.

Fritz v. Kotze,
Rittmeister im 3. Husaren-Regiment.
Anna v. Kotze,
geb. v. Kotze.

Geburten.

Die heute früh 5¾ Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner Frau von einem gesunden Knaben beehre ich mich hierdurch ergebenst anzuzeigen.

Friesack, den 3. Februar 1852.

Graf von Bredow,
Lieutenant.

Todesfälle.

Nach Gottes unerforschlichem Rathschlusse verschied heute Morgen 3 Uhr an den Folgen eines Nervenschlages meine theure Frau, unsere unvergeßliche und geliebte Mutter und Großmutter, Karoline Charlotte Dorothee Peine, geborene Steinert, in einem Alter von 59 Jahren 7 Monaten und 29 Tagen, nach 29 Jahren glücklicher Ehe. Wer die Entschlafene kannte, wird uns kein stilles Beileid versagen und unsern tiefen Schmerz zu würdigen wissen.

Wolmirstedt, den 1. Februar 1852.

Der Steuer-Inspector Peine nebst Kindern und Enkeln.

Abermals hat das unterzeichnete Corps den Verlust eines hochgeehrten Kameraden und gediegenen Offiziers zu beklagen. Am 31. v. M. starb in Gnesen an den Folgen des Nervenfiebers und hinzugetretener Lungenentzündung der Hauptmann Julius von Dewitz im kräftigsten Mannesalter.

Bromberg, den 2. Februar 1852.

Das Offizier-Corps des 21. Infanterie-Regiments.

Hr. Hofagent Michaelis hies. Hr. Expedient Donath hies. Hr. Bischof Dr. Eylert zu Potsdam. Hr. Proviantmeister a. D. Häusler in Cosel. Hr. Ober-Landes-Ger.-Kanzl. Ambrosius in Breslau. Hr. Hauptm. a. D. Suppe in Habelschwerdt. Hr. stud. jur. Paul Müller in Breslau. Ein Sohn des Hrn. Regierungs-Haupt-Kassen-Buchhalters Kirste in Breslau.

Königliche Schauspiele.

Mittwoch, den 4. Februar. Im Schauspielhause. (31ste Abonnementsvorstellung): Romeo und Julia. Trauerspiel in 5 Abth. von Shakespeare. (Frl. Höffert vom Stadttheater zu Hamburg: Julia.) Anfang halb 7 Uhr.

Donnerstag, den 5. Februar. Im Sch.-H. 32. Abonnements-Vorstellung: Der Hauptmann von der Schaarwache; Lustspiel in 2 Akten, nach dem Französischen. Hierauf: Der Liebesbrief; Lustspiel in 3 Akten, von R. Benedix. Und: Ensemble-Tanz aus dem Ballet: Die Insel der Liebe, von P. Taglioni, ausgeführt durch Eleven der Königl. Ballet-Schule.

Freitag, den 6. Febr. Im Op.-H. 19. Vorstellung. Zum Erstenmale: Der Schöffe von Paris, kom. Oper in 2 Aufz. von W. A. Wohlbrück, Musik vom k. Kapellmeister H. Dorn. Mittelpreise.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater.

Donnerstag, den 5. Februar: Die Dorfsängerinnen (Le cantatrici villane). Komische Oper in 2 Aufzügen. Musik von Fioravanti. (Rosa: Frau Küchenmeister-Rudersdorff.) Im ersten Acte, Einlagen: „Nein, nein, ich singe nicht, mein Herr!" Arie aus der Oper: „Das Lotterieloos," von Nicolo Isouard, gesungen von Frau Küchenmeister-Rudersdorff. Freie Entréen sind ohne Ausnahme nicht gültig. Preise der Plätze: Fremdenloge 1 Thlr 10 Sgr. rc.

Freitag, den 6. Februar. Zum Erstenmale wiederholt: Kislack, Lustspiel in 1 Aufzug von Förster. Hierauf, zum 4. Male: Rippenstöße, oder: Wer ist der Rechte? Posse in 2 Aufzügen, nach dem Französischen von Flerr. Zum Schluß: Ein orientalischer Traum, Ballet-Divertissement in 1 Aufzug. Musik von Burgmüller.

Sonnabend, den 7. Februar. Zum Benefiz für den Opern-Regisseur Hrn. Hesse. Zum ersten Male: Sahra, oder: Die Weise von Glercoë. Romantisch-komische Oper in 3 Aufzügen. Musik von Telle, unter persönlicher Leitung des Componisten. Vorher, zum ersten Male: Eine Oper um jeden Preis. Schwank in 1 Aufzug von Werner.

Cirque national de Paris

Heute Donnerstag: **Blacknick** geritten von Hrn. **Baucher.** Persische Productionen. Grosse Quadrille.

Olympischer Circus v. E. Renz.

Donnerstag: **Damen-Vorstellung.** Die Damen Stallmeister.

Preise der Plätze: Sperrsitz und Tribüne 20 Sgr. 1 Logenplatz 15 Sgr., erster Platz 10 Sgr., zweiter Platz 6 Sgr., Gallerie 3 Sgr. — Kinder unter 10 Jahren zahlen auf dem ersten Platz 5 Sgr., auf dem zweiten Platz 3 Sgr., auf der Gallerie 2 Sgr. Fremdenloge à Billet 1 Thlr., Zweite Rang-Loge à Billet 10 Sgr.

Gesellschaftshaus.

Donnerstag: Grand Bal masqué.

Die Tänze werden vom Königl. Tänzer Herrn Medon geleitet, Bestellung. zu Log., Nischen und Zimmern werden im Comtoir erbeten. Der Eintritt ist nur Herren in Domino u. Masken, sowie anständigen Charakter-Masken gestattet. Entrée 15 Sgr.

Gesellschaftshaus.

Donnerstag: **Grosses Concert** vom Mus.-Direct. **Victor Elbel** aus Paris. Anfang 7 Uhr. Entrée 5 Sgr.

Enslen's Rundgemälde,

Originalaufnahmen nach der Natur, sind nur noch kurze Zeit eröffnet.
(Vormitt. von 10 bis 3 Uhr, Abends von 5 bis 9 Uhr.)
Leipzigerstraße Nr. 43. Markgrafenstr.-Ecke.

Letzte Woche.

Förster's Salon, Friedrichs-Strasse 112.

Heute Mittwoch: **keine** Vorstellung.
Morgen, Donnerstag Vorstellung. Anfang 7, Kassen-Eröffnung 5½ Uhr.

Das malerische und romantische Rheinland.

Ich bitte diejenigen Herrschaften, welche am Sonntag meine Ausstellung in der Königsstr. 61. besucht haben, meine Abwesenheit zu entschuldigen, da in derselben Zeit von Ihrer Königl. Hoheit der Durchlauchtigsten Prinzessin Alexandrina eine Vorstellung befohlen war. **Ausstell. von Donath, Königsstr. Nr. 61., u. d. Post. Täglich:** Theater mundi, Schatten- u. Geister- (Tartarus), Polichinelltheat. u. Zauber à la Bosco; v. 5 bis 9 Uhr. Jede Vorst. 1 St. E. 2½ Sgr., Kinder 1 Sgr.

Freitag Abend 7 Uhr. Hermann Kothe's Gedächtnißkraft- und Gedächtnißlehrvortrag für Damen und Herren zur raschen Erlangung eines vorzüglichen Gedächtnisses wird stattfinden: Freitag 6. Februar, Abends von 7 bis gegen 9 Uhr im Maeder'schen Saale, u. d. Linden 23. Entree 15 Sgr.

Zum Denkmal des Grafen v. Brandenburg sind ferner eingegangen:

Von T. v. S. in Merseburg 2 Thlr., durch den Superintendenten Hasse in Jaerkendorf 14 Thlr. 5 Sgr. und zwar: von Hasse, Pfarrer und Superintendent in Jaerkendorf 10 Sgr. Uthke, Pfarrer in Reichau 10 Sgr., Trampnau, Oberjäger in Reichau, Rackowsky, Meyer, Krause, Revierjäger daselbst, jeder 5 Sgr., v. Bülow auf Reichau, v. d. Groeben auf Kallisten, jeder 5 Thlr., Winkow, Wirthschafts-Inspector daselbst, 10 Sgr., Pietsch, Mühlenbesitzer in Kloben 15 Sgr., Wittke, Gutsbesitzer daselbst, Fischer, Besitzer in Seubersdorf, jeder 1 Thlr. — Mit Hinzurechnung der früheren Beiträge 15,074 Thlr. 6 Sgr. 3 Pfg. —

Für die Pfennigkirche sind ferner eingegangen:

Aus Pillau in Ostpreußen 1955 Pf., incl. 244 Pf. von Privat- und Elementarschulen durch den Pfarrer Woisch in Pillau. — Mit Hinzurechnung der früheren Beträge 140,218 Pf.

Für die Samariter-Herberge zu Horburg sind ferner eingegangen:

Von S. in S. 1 Thlr. — Mit Hinzurechnung der früheren Beträge 215 Thlr. 15 Sgr.

Inhalts-Anzeiger.

Börse von Berlin, den 4. Februar.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.			Zf.	
Freiw. Anleih.	5	102½ bez.	Pomerſ. Pfdb.	3½	97¾ G.
St.-do. v. 1850	4½	101¾ bez.	Groß. Pos. do.	4	103 G.
do. do. v. 1852	4½	101 G.	Groß. Pos. do.	3½	94½ bez.
St. Schuldsch.	3½	89½ bez.	Schlesisch. do.	3½	96⅝ G.
Seeh. Präm. f.	—	121¾ G.	v. B. v. St. gar.	3½	
K. u. N. Schld.	3½	87 bez.	Wstp. Pfandb.	3½	94 bez.
Brl. St.-Obl.	5	104⅜ G.	Pr. Rentenbrf.	4	98½ a 100 bz. G.
do. do.	3½	88½ B.	P. B. Anth. sch.	—	97¾ a 98 bez.
K. u. Nm. Pfdb	3½	97½ G.	C.-B. Bk.-Act.	—	107 B.
Ostpreuß. do.	3½	94 G.	F. Glom. à 5 t.	—	109⅝ bez.

Ausländische Fonds.

Rſſ. Engl. Anl.	5	112½ bez. u. B.	P. Bk.-C. L. A.	5	96 G.
do. do. do.	4½	101⅝ B.	do. do. L. B.	—	20½ G.
do. bei Stieg.	4	93½ B.	Lüb. St.-Anl.	4½	101½ G.
d. p. Schatzobl.	4	83 bez. u. B.	Kurh. P. 40 th.	—	32½ bez.
Poln. Pfandb.	4	95½ G.	N. Bad. A. 35 fl	—	21 bez.
P. P.-O. 500 fl.	4	85 B.	Deff. B.-A. L A	4	143½ B.
do. à 300 fl.	—	150 B.	do. do. L. B.	4	124 G.

Eisenbahn-Actien.

Aach.-Düſſeld.	4	85 G.	Mgb.-Hlb. Pr.	4	99 G.
Berg.-Märk.	4	37 bez.	Mgdb.-Wittb.	4	61½ bez. u. B.
do. Prior.	5	101½ B.	do. Prior.	5	103½ bez. u. B.
Brl. Anh. A. B.	4	111⅞ B. 111 G.	Mecklenburg.	4	32¾ bez. u. G.
do. Prior.	4	99½ bez.	N.-Schl. Mrk.	3½	93⅜ bez.
Berl.-Hamb.	4	99¾ bez.	do. Prior.	4	99 bez.
do. Prior.	4½	103 bez.	do. do.	4½	101½ bez. u. B.
do. 2. Em.	4½	102 bez.	do. 3. Ser.	5	101 bez. u. B.
Brl. P. Mgdb.	4	74 B. 73¾ G.	do. 4. Ser.	5	103½ bez.
do. Prior.	4	97¾ B.	do. do. Zwgb.	4	
do. do.	5	102½ bez. B.	Oberschl. L. A.	3½	133 bez. u. B.
do. L. D.	4½	100½ B	do. L. B.	3½	120 bez.
Berl.-Stettin	4	126¾ a 127 b.	do. Prior.	4	
do. Prior.	4½	103½ B.	Prz. W., St. B	4	32 B.
Bresl.-Freib.	4		do. Prior.	5	100 B.
Cöth.-Bernb.	2½	57 G.	do. 2. Ser.	5	95 B.
Cöln-Minden	3½	106¾ a 107 bz. B.	Rheinische . .	4	65½ bez. u. G.
do. Prior.	4½	103 bez.	do. St.-Prior.	4	83½ bez. u. G.
do. do.	5	103½ bez.	do. Prior.	4	93½ G.
Crac.-Ob. schl.	4	81½ a 82½ bez.	do. v. St. gar.	3½	
do. Prior	4		Ruhr. C. K. G.	3½	83½ G.
Düſſld. Elbrf.	4	96 B.	do. Prior.	4½	
do. Prior.	4	93½ G.	Starg.-Posen	3½	86¾ a 87 bez.
do. do.	5	103½ B.	Thüringer . .	4	75½ bez. u. G.
F.-W. Nordb.	4	37½ a ⅜ bez.	do. Prior.	4½	102½ bez. u. B.
do. Prior.	5	99½ G.	Wilhelmsbhn.	4	91 a 91¾ bez.
Kiel-Altona	4	106 B.	do. Prior.	5	
Mgdb. Hlbrſt.	4	150 G.	Zarskoje-Sel.	—	

Die Börse war sehr fest und namentlich waren Cosel-Oderberger Eisenbahn-Actien wieder zu merklich höheren Coursen in Posten gefragt.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 3. Februar. Silber-Anlehen 104. 5% Metall. 94¾. 4½% Metall. 84¾. Bank-Actien 1222. Nordbahn 154. 1839r Loose 118¾. Lombardische Anleihe 98. London 12,18. Augsburg 124. Hamburg 183. Amsterdam 173½. Paris 146½. Gold 30. Silber 23½. Fonds und Actien beliebt.

Frankfurt a. M., den 3. Februar. Nordbahn 38⅜. 4½% Metall. 67½. 5% Metall. 75¾. Bank-Actien 1178. — 1834r Loose —. 1839r Loose —. Spanische 3% 38½. do. 5% 18⅜. Badische Loose 37½. Kurhessische Loose 32½. Lombarden 79½. London 120½. Paris 95. Wien 96½. Amsterdam 101½.

Hamburg, den 3. Februar. Am Schlusse der Börse mehr angeboten. Berlin-Hamburg 98½. Magdeburg-Wittenberge 61½. Kieler 104½. Spanier 35¾. Russisch-Englische 4½% Anleihe —. Sardinier 84. Mecklenburger 32. Sämmtlich G. London lang 13 Mk. 5½ ß. London kurz 13 Mk. 7 ß. Amsterdam 35,55. Wien 187. Disconto —. Weizen ruhig. Roggen mehr angeboten. Oel pr. Februar 18⅞, pr. Mai 19, pr. October 20⅜.

(Telegraphisches Correspondenz-Bureau.)

Auswärtige Börsen.

Breslau, den 3. Februar. Poln. Papiergeld 96½ B. Oester. Banknoten 83½ B. Breslau-Schweidnitz-Freiburg 78 B. Oberschlesische Lit. A. 132⅞ G. do. Lit. B. 120½ B. — Krakau-Oberschlesische 82½ B. Prior. —. Niederschlesisch-Märkische 93$\frac{1}{12}$ B. Cosel-Oderberg —. Neisse-Brieg 56⅞ G. — Cöln-Minden —. Sächsisch-Schlesische —. Fr.-W.-Nordbahn 37¾ G. —

Leipzig, den 3. Februar. Leipzig-Dresden 156 B., 155½ G. Sächsisch-Baiersche 88¾ B., 88½ G. Sächsisch-Schlesische 101 B., 100¾ G. Löbau-Zittau 27 B. Magdeburg-Leipziger 236½ B. Berlin-Anhalter 111¾ B., 111½ G. Berlin-Stettiner 127 G. Cöln-Mindener 107½ B., 106¾ G. Thüringer 75½ G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn —. Altona-Kieler 107½ B., 106½ G. Anhalt-Dessauer Landesbank Lit. A. 142½ B. do. Lit. B. 123¾ G. Preuß. Bankantheile —. Oester. Banknoten 83½ B., 83 G.

Marktpreise von Getreide.

Berlin, den 2. Februar 1852.

Zu Lande: Weizen 2 Rt. 23 Sgr. 9 Pf.; Roggen 2 Rt. 18 Sgr. 2 Pf., auch 2 Rt. 5 Sgr.; Große Gerste 1 Rt. 25 Sgr. 8 Pf., auch 1 Rt. 25 Sgr.; Kleine Gerste —; Hafer 1 Rt. 6 Sgr. 11 Pf., auch 1 Rt. 3 Sgr. 9 Pf.; Erbsen —.

Zu Wasser: Weizen 2 Rt. 27 Sgr. 6 Pf., auch 2 Rt. 21 Sgr. 3 Pf.; Roggen 2 Rt. 18 Sgr. 9 Pf., auch 2 Rt. 15 Sgr. 8 Pf.; Große Gerste 1 Rt. 21 Sgr. 11 Pf., auch 1 Rt. 18 Sgr. 9 Pf.; Kleine Gerste —; Hafer 1 Rt. 5 Sgr., auch 1 Rt. 3 Sgr. 9 Pf.; Erbsen 2 Rt. 6 Sgr. 3 Pf., auch 2 Rt. 2½ Sgr.

Den 31. Januar.

Das Schock Stroh 7 Rt. 22½ Sgr., auch 7 Rt. Der Ctr. Heu 23 Sgr., geringere Sorte auch 21 Sgr.

Markt-Berichte.

Berliner Getreidebericht vom 4. Februar. Weizen loco n. Q. 63 — 68 Rt. Roggen loco n. Q. 58½ — 60½ Rt. 82 ℔. pr. Frühjahr 59¾ a 58½ Rt. bz. u. G. 59 Rt. B. Erbsen, Kochwaare, 48 — 54 Rt. Erbsen, Futterwaare, 52 — 56 Rt. Hafer loco n. Q. 26 — 29 Rt. Gerste, große, loco n. Q. 38 — 41 Rt. Rüb-Oel loco 9$\frac{11}{12}$ Rt. B. pr. Februar 9$\frac{11}{12}$ Rt. B. 9⅞ Rt. G. pr. Februar-März 9$\frac{11}{12}$ Rt. B. 9⅞ Rt. G. pr. März-April 10 Rt. B. 9$\frac{11}{12}$ Rt. G. pr. April-Mai 10 Rt. bz. u. G. 10$\frac{1}{12}$ Rt. B. Lein-Oel loco 12⅞ Rt. B. pr. April-Mai —. Rapps 64 a 67 Rt. B. Rübsen 64 a 67 Rt. B. Spiritus loco ohne Faß 26½ Rt. bz., mit Faß —. pr. Februar-März 26½ a 26 Rt. bz. u. G. 26⅞ Rt. B. pr. April-Mai 28 a 27 Rt. bz. 27½ Rt. G. 27½ Rt. B.

Alle Artikel in flauer Stimmung zu weichenden Preisen gehandelt und bleibt zu den niedrigsten Notirungen mehrseitig Frage.

Stettin, 3. Februar. Weizen stille, ohne Kauflust.

Roggen matt, zur Stelle und pr. Februar — März 82 ℔. 59 Rt. B., pr. März — April —, pr. Frühjahr 82 ℔. 60½ a 60 Rt. bez., 60½ Rt. B. u. G.

Gerste große 75 ℔. pr. Frühjahr in Regulirung 40½ Rt. bez., 41 Rt. B.

Hafer 52 ℔. pr. Frühjahr 28 Rt. B., pr. Frühjahr 50 ℔. 27 Rt. bez. u. B.

Kleine Koch-Erbsen loco 49 Rt. bez., pr. Frühjahr 52½ Rt. bez., 52 Rt. B.

Rüböl zu weichenden Preisen starker Umsatz, zur Stelle 9⅞ B., pr. Februar — März —, pr. März — April 9⅞ Rt. bez. u. G., pr. April und pr. April — Mai 10$\frac{1}{12}$ Rt. B., pr. Mai — Juni 10½ Rt. B, pr. Juni — Juli —, pr. September — October 10½ Rt. bez. u. G.

Spiritus behauptet, am Landmarkt ohne Faß 13½ % bez., loco ohne Faß 13½ a 13⅞ % bez., pr. Februar — März ohne Faß 13½ % G., pr. März — April mit Faß —, pr. Frühjahr mit Faß 12⅞ a 12¾ % bez., 12¾ % B., 13 % G., pr. Juni — Juli 12 % G.

Rigaer Leinsaamen 11½ Rt. bez. Zink pr. Frühjahr 4 Rt. 17½ Sgr. bez.

Am Landmarkt: Weizen 60 a 62, Roggen 58 a 60, Gerste 36 a 38, Hafer 24 a 25, Erbsen 46 a 50 Rt.

Königsberg, 1. Februar. Im Laufe der vorigen Woche sehr lebhaftes Geschäft in Weizen und wohl an 7—800 Lasten auf Speculation zu steigenden Preisen gekauft. Roggen circa 400 Last umgesetzt. Die letzten Tage weniger lebhaft, in Weizen, weil Eigner zu hoch, auf ca. 90 Sgr. im Durchschnitt hielten, in Roggen, weil die auswärtigen Berichte flau lauteten und der Artikel im Verhältniß zu Russischen Roggenmärkten viel zu hoch ist.

125 — 130 ℔. hochbunten Weizen bezahlte man mit 75 a 85 Sgr. pr. Scheffel je nach Qualität der Waare, und Eigner hielten zuletzt auf 88 a 90 Sgr., 124 — 128 ℔. bunten kaufte man zu 72 a 80 Rt., 125 — 130 ℔. rothen zu 78 a 82 Sgr. 118 ℔. Roggen in loco brachte 70 Sgr., 120 — 121 ℔. 71 a 72 Sgr., 123 ℔. 73 Sgr.; gestern kaufte man jedoch 120—121 ℔. Waare schon wieder mit 69½ a 70 Sgr. Für 119—120 ℔. Roggen pr. Frühjahr forderte man 72 a 73 Sgr. pr. Scheffel, es fanden sich dazu aber keine Käufer.

Weiße Erbsen sehr gesucht und bei Partien mit 63 a 65 Sgr. pr. Scheffel bez.

In Gerste, Hafer, Bohnen, Wicken und Leinsaamen kein Geschäft, größtentheils wegen Mangel an acceptabler Waare.

Spiritus bei Partieen mit 28½ Rt. pr. 9600 % Tr. willig bezahlt und dazu noch gefragt. Man hält jedoch fest auf 29½ a 30 Rt., auf Frühjahrslieferung auf 28½ a 30 Rt. je nach Güte der Abgeber, kleine Partien dazu auch gekauft.

Breslau, 3. Februar. Der Markt fester als gestern, es verkaufte sich alles rasch, hin und wieder auch wohl zu besseren Preisen.

Heute bedang weißer Weizen 64 — 75 Sgr., gelber 63—75 Sgr., exquisite Sorten 1—2 Sgr. höher, Roggen 63 — 70 Sgr., Gerste 40 — 48 Sgr., Hafer 27 — 32 Sgr., und Erbsen 58 — 63 Sgr.

Oelsaaten ohne Offerten.

Kleesaat sehr fest und unverändert, das zugeführte Quantum von 200 Ctr. rasch begeben. Es galt weiß 7½—13½ Rt. und roth von 11—18 Rt.

Spiritus sehr flau, Kleinigkeiten 12$\frac{5}{12}$ Rt. bez., für größere Partien nur 12½ Rt. G. Rüböl 9⅞ Rt. B.

Jauer, 31. Jan. Der Markt sehr stark befahren, der Verkauf jedoch äußerst schleppend, und zogen Verkäufer vor, zu den Preisen, die man ihnen bot, nicht zu verkaufen, und mußte sehr Vieles eingesetzt werden. Man zahlte weißen Weizen von 68—70—72 Sgr., gelben 66—68—70 Sgr., Roggen 64—66—68 Sgr., Gerste 45—47—49 Sgr. und Hafer 31—32—33 Sgr.

Magdeburg, 3. Februar. Weizen 56 a 61 Rt. Roggen 57 a 60 Rt. Gerste 38 a 40 Rt. Hafer 22 a 25 Rt. Spiritus loco 36½ Rt. pr. 14,400 % Tralles.

Ernte-Berichte.

Aus der Rostocker Gegend. Roggen 40 a 50 % unter einer Durchschnittsernte. Strohertrag 25 % über eine solche. Weizen 25 % über eine Mittelernte. Farbe und Gewicht theilweise gut, theilweise, wo die Nässe mehr eingewirkt hat, geringer, Stroh mittelmäßig. Gerste: Normalernte. Das Korn jedoch, Schuld der Dürre des Sommers, nur klein, in welcher Beziehung die Klage der Müller allgemein ist. War der Stand der Saat in dem Küstenstrich auch Anfangs ein vielversprechender, so verlor sie doch später in Folge der Dürre, welche gerade eintrat, als die Gerste ausschoß. Hafer: 10 % über einen Durchschnittsertrag. Auch diese Frucht hat theilweise durch die Dürre gelitten. Stroh klein. Erbsen: Gute Durchschnitts-Ernte. Auch hier eine gute Löhnigkeit erwartet; Näheres darüber noch nicht zu sagen, da nur wenig erst gedroschen. Stroh reichlich gewachsen. Kartoffeln: Das Vier- bis Fünffache, an einzelnen Stellen das Fünf- bis Sechsfache der Auspflanzung; mindestens 50 % unterm Durchschnitt. Holländische Herbstkartoffeln werden in der ganzen Gegend nicht mehr gebaut, sondern überall nur frühreife Sorten, sogenannte Hildesheimer, und frühe gelbe. Unter den von der Krankheit nicht ergriffenen Knollen bemerkt man sehr viele pockige und mit Schorf umgebene, weshalb es nöthig erscheint, die eingemieteten Kartoffeln wieder nachzusehen. Es wurden bei solcher Visitation wieder 2 % schlechte gefunden. Im Uebrigen steht man mit der Erfahrung bezüglich der Krankheit noch auf dem alten Fleck. Ob auf sandigen oder lehmigen Boden, auf ungedüngten oder gedüngten Boden gepflanzt war — das Resultat bleibt im Allgemeinen dasselbe. Lehm, gedüngt, gab bessere Kartoffeln als Sand, welcher nicht gedüngt — wohl weil der Lehm sich feuchter gehalten und deshalb die Knolle besser angesetzt hat. Auf gemergeltem Boden scheint die Frucht eher weniger mißrathen zu sein, als auf ungemergeltem. Nichts zu empfehlen weiter als: möglichst früh und frühreife Sorten zu pflanzen. Rüben: Alle Sorten gut gerathen, besonders die Runkelrüben. An letzteren wurden Rostflecken — zu derselben Zeit, wo die Birnbäume befielen — beobachtet.

Aus der Dassower Gegend. Roggen: 25—50 % unter einem Durchschnittsertrage; abgesehen von denjenigen ein besseres Ergebniß liefernden Feldern, wo der Roggen später gesäet und später in Blüthe getreten, den schädigenden Sturm nicht bekommen hat. Volle Strohernte. Weizen 30 % über den Durchschnitt. Gewicht und Farbe, mit Ausnahme der sehr späten Sorten gut. Normaler Stohertrag. Gerste: Volle Mittelernte. Geringe Löhnigkeit, eben wie im Vorjahr. Strohertrag nicht bedeutend. Hafer: Muthmaßlich eine sehr gute Ernte. Der Körnerertrag aber jedenfalls bedeutender, als der Strohertrag. Erbsen: Durchschnittsernte. Unter einer solchen jedoch da, wo allzufrüh, ehe der Acker abgetrocknet, gesäet worden. Sehr guter Strohertrag. Kartoffeln: Das Drei- bis Fünffache der Auspflanzung. Rüben: Runkelrüben wie Steckrüben viel in Saat geschossen. Futterkräuter: Klee gut. Vormahd desgl. Nachmahd mittelmäßig.

Barometer- und Thermometerstand bei Petitpierre.

	Barometer.	Thermometer.
Am 3. Februar Abds. 9 U.	28 Zoll 1$\frac{1}{10}$ Linien	+ 3 Gr.
Am 4. Februar Morg. 7 U.	28 Zoll 3 Linien	+ 1½ Gr.
Mittags ½2 U.	28 Zoll 2$\frac{6}{10}$ Linien	+ 5½ Gr.

Verantwortlicher Redacteur: Wagener.
Druck und Verlag von C. G. Brandis in Berlin, Deſſauerſtr. 5.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zu Nr. 30. der Neuen Preußischen Zeitung.

Zur Hamburger Verfassungsfrage.

Es ist eine merkwürdige Erscheinung, daß noch jetzt, fast vier Jahre nach dem Beginne der Revolution, vor welcher der Bundestag zerstiebte und die mächtigsten Monarchieen des Deutschen Vaterlandes schwankten, die freie Stadt Hamburg im Besitze ihrer uralten Verfassung sich befindet; merkwürdiger aber noch ist es, daß solche außerordentliche und, wie es scheint, unverdiente Bewahrung von der Hamburgischen Obrigkeit nicht mit Dank gegen Gott anerkannt, daß von ihr nicht alle Kraft daran gesetzt wird, dieses so oft in Hamburgischen Staatsschriften gepriesene „Erbgut frommer Vorfahren“ neu zu befestigen und von den Verunstaltungen zu reinigen, die eine Zeit der Verwahrlosung und des Verfalles darangehängt hat; ja daß vielmehr eben diese Obrigkeit geflissentlich darauf ausgeht, noch jetzt dies Erbgut dem Götzen der Zeit zu opfern, die freie Stadt in eine Abart moderner constitutioneller Freistaaten zu verwandeln, und daß man sogar behauptet, sie versuche eine Vermittelung zu Stande zu bringen zwischen den Forderungen Deutsch-republikanischer Demagogen von 1848 und den jeweiligen Ansichten der Diplomaten von 1852.

Die Wahrnehmung, daß beim Bundestage die Bemühungen des Rathes der Stadt Hamburg nicht darauf gerichtet sind, Beistand für die Erhaltung der bestehenden Verfassung zu erlangen, sondern darauf, den Bundestag zur stillschweigenden Duldung ihres Umsturzes zu vermögen, fordert dringend dazu auf, den Gang dieser Sache unsern Lesern einmal wieder in einer etwas ausführlicheren Erörterung zu vergegenwärtigen.

Die Hamburger haben bekanntlich den Paroxismus des „tollen Jahres“ gleich anderen Staaten mit durchgemacht, sie haben auch 1849 eine Constituante in optima forma gehabt, von den breitesten Urwahlen an bis zu dem Maculatur-Ballen der gedruckten Protocolle hinaus.

War es kaufmännischer Instinct oder der Einfluß traditioneller Erbweisheit, daß Rath und Bürgerschaft der Constituante zwar einen Schein von Omnipotenz verliehen, zugleich aber ihr einen Eideszaum anlegten, der es ihr unmöglich machen konnte, den Sprung aus dem Reich ihrer Träume oder Ideale in das Gebiet der Wirklichkeit zu thun, wenn im entscheidenden Momente irgend eine kräftige Hand diesen Zaum ergriff, — wir wissen es nicht. Wohl aber sahen wir die Constituante lustigen Muthes mit nachschleppendem Zügel auf ihr Ziel losgaloppiren und daneben höchstens einige „zitternde“ Hände und schlotternde Kniee; wir hörten auch einen Angstruf in diesen Blättern, der darnach angethan war, die Meinung zu erwecken, daß die Regenten Hamburg's sich keiner sonderlichen Selbstständigkeit bewußt seien.

Die Leser dieser Blätter werden sich erinnern, daß jener klägliche Ruf das Signal gab zum energischen Auftreten der wahrhaft conservativen Correspondenz aus Hamburg, die nach einem leichten Kampfe jene Scheinconservativen zur Ruhe brachte und seitdem mit kurzen, sachgemäßen Unterbrechungen fortgesetzt worden ist.

Ein Preußisches Corps, beim Durchmarsch durch Hamburg vom Pöbel insultirt, trat in seinem ehrenfesten Schritte beiläufig auch auf den nachschleppenden Zügel der Constituante und es ist begreiflich, daß es nun auch an früher „zitternden“ Händen nicht fehlte, die mit anfaßten.

Es wäre wohl an der Zeit gewesen, damals in Hamburg „mit der Revolution zu brechen“, aber dazu konnte der Rath sich nicht ermannen, weil es das Eingeständniß begangenen Unrechts erfordert haben würde. Es ist so schwer, Buße zu thun!

So entstand, man könnte nicht ganz unrichtig sagen, unter dem Schutze Preußischer Bajonnette, die Neuner-Commission, welche mit der Constituante verhandeln und dann berichten sollte.

Sie verhandelte, ohne etwas auszurichten, da die Constituante bereits die Theorie des passiven Widerstandes genugsam kennen gelernt hatte, um die Praxis zu versuchen.

Wiederum konnte mit der Revolution gebrochen werden, und jetzt hätte die „Renitenz“ der Constituante sogar einen schicklichen Vorwand abgegeben, das eigene Sündenbekenntniß zu vermeiden.

Aber es ist so süß, das Bewußtsein, eine Verfassung „gemacht“ zu haben, so einen fertigen neuen Staat anzuschauen und sagen zu können: „den hab' ich mit verfertigt.“ — Dieser Versuchung erlag die Neuner-Commission, ungeachtet der „unverbrüchlichen Anhänglichkeit an die alte Verfassung“, womit die Mitglieder aus der Bürgerschaft sich oft gerühmt hatten, und trotz der hindernden Eide der Mitglieder aus dem Rathe. Man muß, um nicht unbillig zu urtheilen, es mit in Anschlag bringen, daß diese Versuchung in den freien Städten viel lockender ist, als z. B. in monarchischen Staaten. Denn in letzteren ist der interessanteste Theil der Schöpfung, nämlich der Monarch selbst, dem Bereiche der Verfassungskünstler einigermaßen entzogen, in Hamburg aber konnte wirklich, wie man meinte, Alles — man denke nur, Alles vom Scheitel bis zur Ferse! — neu gemacht werden. Kurz, die Neuner-Commission producirte eine eigengemachte Verfassung, möglichst der Constituanten-Verfassung nachgebildet.

Das Schicksal dieses Projectes war ein unerwartetes; der Rath genehmigte es zwar, aber die Erbgesessene Bürgerschaft verweigerte ihre Mitgenehmigung.

Zum drittenmale war Gelegenheit, mit der Revolution zu brechen und auf den rechtmäßigen Boden der bestehenden Verfassung zurückzugehen; diesmal sogar mit gänzlicher Vermeidung jeder Erörterung des Vorangegangenen, bloß aus Nachgiebigkeit gegen die Bürgerschaft. Man kann nicht sagen, aus welchen Motiven solches unterblieb und statt dessen ein nochmaliger Anlauf zur Durchsetzung der Neuner-Verfassung genommen ward; vielen Bürgern ist in Hinweisung auf den Erfurter Unions-Reichstag die Nothwendigkeit vorgestellt, die Hamburgische Verfassung mit den Grundsätzen der neuen „Deutschen Reichsverfassung“ in Einklang zu bringen; auch machte man den Demokraten einige Concessionen bei der Wahlart der Deputirten, scheinbar contrebalancirt durch Modificationen bei der Senatswahl.

So gelang es, die Majorität in der Versammlung der Erbgesessenen Bürgerschaft am 23. Mai 1850 für die Neuner-Verfassung zu gewinnen.

Eben so sehr von der Vortrefflichkeit ihres Projects als von der Gefahr einer auch blöden Augen bereits wahrnehmbaren Reaction durchdrungen, beantragte der Rath, daß Rath und Bürgerschaft sich des Rechtes ausdrücklich begeben sollten, die Neuner-Verfassung abzuändern. Unverändert solle dieselbe eingeführt werden, später möge sie in der durch sie selbst vorgeschriebenen Weise Veränderungen erleiden.

Diesen Verzicht genehmigte die Bürgerschaft, und derselbe bildet einen integrirenden Theil desselben Rath- und Bürgerschlusses, der die Neuner-Verfassung genehmigte. Einzelne Bürger, nur vier derselben haben sich genannt, protestirten gegen den Umsturz des bestehenden Rechtes und schlugen den verfassungsmäßigen Weg zur Wiederaufhebung des verfassungswidrigen Rath- und Bürgerschlusses ein. Als diese Schritte zu keinem Resultate führten, richteten sie eine Beschwerde und Rechtsverwahrung an die Deutsche Bundesversammlung, die jedoch erst nach Monate langer Verzögerung an diese gelangen konnte, da bekanntlich die Wiedererstehung des Bundestages sehr langsam von Statten ging.

Die Frage, welche dort zur Entscheidung steht, scheint ziemlich einfach, denn man braucht z. B. nur den Eid und die jährlich erneuerte Verpflichtung eines Hamburgischen Rathsherrn zu lesen, um zu erkennen, daß schon die Beantragung der Neunerverfassung bei der erbgesessenen Bürgerschaft ein widerrechtlicher Act war, wodurch den vor der Abstimmung in der Versammlung der Bürger eingelegten förmlichen Protesten die Wirkung eines begründeten und berechtigten Widerspruches beikommt.

Auch liegt, wenn man sich lediglich auf den Standpunkt der Bundes-Grundgesetze stellt, die Betrachtung nahe, daß die Umstürzung der bestehenden Verfassung, welche seit 1815 niemals einem Zweifel an ihrer Uebereinstimmung mit dem Bundesrechte ausgesetzt war, jetzt um so weniger aus Gründen des Bundesrechtes geboten sein könne, da sie eine wenn nicht unerreichte, doch jedenfalls in keinem andern Staate übertroffene Stabilität in den Stürmen der Revolution bewiesen hat. Andererseits ist es, von der Gehaltlosigkeit und Dehnbarkeit der Neunerverfassung selbst hier ganz abgesehen, völlig klar, daß es ein mehr als bedenkliches Experiment sein würde, ein Project, welches im Hinblick auf ein Erfurter Deutschland gemacht war, mit den Grundgesetzen des Deutschen Bundes zu verbinden. Unzähliger anderer Gründe zu geschweigen, auf welche die Erwartung sich stützt, daß die verbündeten Fürsten und Städte Deutschlands die Verantwortung nicht auf sich laden werden, die beim Bundestage eingelegte motivirte Rechtsverwahrung unbeachtet zu lassen.

Bis jetzt ist die Hamburger Sache nur in den betreffenden Ausschüssen verhandelt und schwerlich daselbst schon zu einem Beschlusse gediehen, wohl aber ist von der eingegangenen Beschwerdeschrift in sofern Notiz genommen, daß der Rath der Stadt Hamburg ersucht worden, sich in dieser Angelegenheit zu äußern.

Es muß unglaublich genannt werden, wenn versichert wird, der Rath habe Modificationen der Neuner-Verfassung angeboten, um diese mit den Bundes-Grundgesetzen in Einklang zu bringen. Unglaublich, weil darin eine Geringschätzung der Bundesversammlung erkannt werden könnte, deren erleuchtetem Blicke es nicht verborgen sein kann, daß die ganze Neuner-Verfassung mit den Bundes-Grundgesetzen im principiellen Widerspruche steht und daß es doch zu recht nachdenklichen Betrachtungen Anlaß gäbe, wenn man auf ein Gebiet gelangte, wo das Veto einzelner Bundesglieder provocirt wäre; unglaublich aber auch deshalb, weil der Rath- und Bürgerschluß vom 23. Mai 1850 unmöglich zu Gunsten einer abgeänderten Neunerverfassung geltend gemacht werden kann, und daher eine derartige Procedur nichts Geringeres im Munde führt, als ein da Capo des seit jenem unseligen Tage aufgeführten Stückes.

Denn so weit können doch selbst die kühnsten Hoffnungen im Rathe nicht gehen, daß die Bundes-Versammlung, welche zaudert, den Rath- und Bürgerschluß aufzuheben, um dadurch die in anerkannter Wirksamkeit stehende stabile Verfassung zu erhalten, sich ihrer Macht bedienen sollte, um durch dessen Aufhebung diese bestehende Verfassung umzustürzen, und ein gebrechliches Machwerk einzuführen.

Eine modificirte Neuner-Verfassung von Bundeswegen an die Stelle der bestehenden alten Verfassung Hamburgs „octroyirt“, das wäre in der That ein Gedanke, den man im Ernste nicht aussprechen könnte, ohne sich der Gefahr auszusetzen, eines Preßvergehens gegen den Deutschen Bund beschuldigt zu werden!

Nehmen wir deshalb lieber an, daß es die verzweifelten Versuche Derer sind, die einst vor der Revolution, welche die Senatsmitglieder in ihren Stellen bedrohete, „zitterten“, und die nun sich nicht zu dem männlichen Geständnisse erheben können, daß sie selber sich schwer versündigten, da sie den Weg der Revolution betraten; oder hoffen wir, daß der chimärische Plan einer vierten Umarbeitung der Constituanten-Verfassung, denn dies wäre die „modificirte Neuner-Verfassung“, zu den müßigen Erfindungen gehört.

Kammerverhandlungen.

Wir sind ersucht worden, nachträglich den in unserer Sonntagsnummer etwas kürzer zusammengefaßten Schluß der Rede **des Herrn Grafen von Arnim-Boitzenburg** nochmals des Ausführlicheren mitzutheilen. Der Redner sprach nach den Worten p. 1. Spalte 5, wo von der in Oesterreich herrschenden Antipathie gegen Preußen die Rede ist, Folgendes:

Ich gehe zu den Eventualitäten über, die der Herr Abgeordnete für Aachen uns vorgeführt hat. Meine Herren! Ich glaube, derselbe wird mit mir einverstanden sein, daß es in politischen, namentlich in Verfassungsfragen, ein bedenkliches Ding ist, aus dem geschriebenen Gesetze die Consequenzen bis an die äußerste Spitze verfolgen zu wollen. (Rechts: Bravo.)

Derselbe hat gesagt: es könne dies oder jenes nach der gegenwärtigen von der Regierung angenommenen Bundesverfassung eintreten, womit die Existenz Preußens auf das Spiel gesetzt werde, und es könnten in jedem Augenblick Beschlüsse gefaßt werden, die dasselbe in eine Botmäßigkeit unter andere Interessen bringe, die seiner Stellung durchaus zuwider sei. Ich glaube, es würde mir nicht schwer werden, dem geehrten Abgeordneten darzuthun, daß, wenn wir unsere eigene Preußische Verfassung nehmen, wir in ihr Sätze finden, aus denen sich denkbare Eventualitäten finden lassen, bei denen das Bestehen des Staates unmöglich wäre. Denkbar ist unter Anderem doch ein fortgesetzter Conflict zwischen der Regierung und den Kammern, bei dem nach Ihrer Ansicht kein Staatshaushalt zu Stande kommen kann.

Meine Herren, ist damit das Bestehen des Landes möglich oder nicht? Sie sagen, es kann ja ein Ministerium genommen werden, welches diesen Staatshaushalt mit der Majorität vereinbart. Wenn es sich nun aber nicht findet? — (Heiterkeit.) Denkbar ist dies doch!

Ich sage also, man soll dergleichen extreme Consequenzen nicht ziehen, und darin stimme ich mit dem Herrn Abgeordneten überein. Nun glaube ich nicht, daß es schwer nachzuweisen ist, daß Eventualitäten, welche derselbe fürchtet, in der That nicht so nahe liegen und praktisch nicht vorhanden sind, und daß, wären sie vorhanden, sie am allerwenigsten von jener Seite, der des Herrn Abgeordneten für Aachen, geltend gemacht werden könnten. Derselbe hat uns nämlich eben gesagt, daß Preußen durch einen Bundesbeschluß genöthigt werden könnte, zur Vertheidigung der Lombardei Truppen marschiren zu lassen. Er hatte angeführt, das sei ein Gegenstand, der unzweifelhaft außerhalb der Deutschen Interessen läge, und dafür Argumente gegeben, wie z. B. daß ein Mann, dessen Scharfsinn ich nicht bestreite, erklärt habe: erst bei der Linie des Mincio fingen die Deutschen Interessen an. Meine Herren! Zuerst weise ich denselben darauf hin, daß alle wichtigen Punkte, nämlich: 1) die Aenderung der Grundgesetze des Deutschen Bundes; 2) die organischen Einrichtungen als Mittel zur Erfüllung der Bundeszwecke; 3) die Aufnahme neuer Mitglieder oder Landestheile in den Deutschen Bund, und endlich 4) die religiösen Angelegenheiten, — daß bei diesen vier Cardinalpunkten nach der Bundes-Verfassung die Unanimität zu wirksamen Beschlüssen darüber vorhanden sein muß.

Also das Veto Preußens reicht hin, um jeden Beschluß in diesem Punkte zu nichte zu machen. Es bleibt aber nach der Deduction des Abgeordneten für Aachen immer noch das Bedenkliche der Kriegserklärung übrig. Ich frage indessen wiederum den geehrten Abgeordneten, ob er die Stellung Preußens für günstiger hält, wenn dasselbe in Beziehung auf eine solche Kriegserklärung z. B. zu Gunsten der Erhaltung der Lombardei bei Oesterreich in dem Rathe des Bundes sein entschiedenes, vollberechtigtes und gewiß vollwichtiges Nein aussprechen darf, oder wenn Preußen, wie es das ganze Jahr 1848 über der Fall war, dazu stillschweigen und seine Truppen marschiren lassen muß. Ich ziehe die erstere Stellung unbedingt vor und glaube, daß dies Nein, wie ich mich gestern bei anderer Veranlassung ausdrückte, zehnmal gewogen werden wird, ehe man gegen dasselbe die Bundestruppen aufbietet, man müßte denn die Ansicht haben, die, wie mir nicht unbekannt, wohl jetzt von einzelnen Vertretern kleinerer Deutschen Staaten zuweilen geltend gemacht wird, die Bundes-Execution gegen Preußen eintreten zu lassen. (Heiterkeit.) Nun ja, ich glaube, dies können wir ruhig abwarten! (Ruf: Olmütz!)

Ich glaube, meine Herren, daß man auch in Olmütz an die Bundes-Execution nicht gedacht hat, sondern vielmehr an einen Krieg zwischen den beiden Lebensnerven Deutschlands, und — wenn Sie mich gerade darauf führen, so will ich Ihnen schon hier meine Ansicht aussprechen, wie dies steht.

Zwischen einem Kriege dieser beiden Mächte und der Eifersucht zwischen denselben ist ein großer Unterschied.

Meine Herren! Den Krieg zwischen diesen beiden Mächten halte ich für eine Calamität für Deutschland, die Eifersucht zwischen ihnen dagegen für eine nun und nimmermehr zu beseitigende. (Ruf: „Sehr gut!“)

Ich komme auf diese Kriegserklärung zu Gunsten der Lombardei zurück. Meine Herren! Ich habe dargethan, weshalb ich die jetzige Stellung in dieser Beziehung für ungleich günstiger halte, als die, welche wir während der ganzen Zeit inne hatten, an die ich Sie vorher erinnerte. Ich bemerke aber auch, daß ich die Ansicht keineswegs theilen kann, wonach wir die Lombardei ruhig vom Feinde nehmen lassen können und sagen, dabei ist Deutschland nicht betheiligt. So weit geht meine Auffassung der Sicherheit in Bezug auf die Grenzlinie, wo die Deutschen Interessen anfangen, nicht. Ich weiß sehr wohl, daß Oesterreich seine Stellung gegenüber einem äußeren Feinde, der von Westen kommt, so auffaßt, daß es erst die Linie des Mincio als unüberschreitbar und uneinnehmbar hinstellt und befestigt. Aber über die Frage zu entscheiden, ob Deutschland ruhig zusehen könne, wenn ein fremder Nachbar die Lombardei nehmen will, darüber, glaube ich, werden selbst in dem Augenblick, wo der Fall eintritt und die Frage brennend wird, sich die weisesten Staatsmänner und Taktiker Deutschlands den Kopf zerbrechen; um so weniger bin ich geneigt, die Frage in abstracto zu entscheiden, ohne die concreten Verhältnisse zu erwägen, unter denen sie eintritt. Wenn es aber die Ansicht des Abgeordneten für Aachen ist, daß es sehr bedenklich wäre, womit ich vollkommen einverstanden bin, wenn Preußen wider seinen Willen gezwungen werden könnte, die Waffen zur Vertheidigung der Lombardei zu ergreifen, dann muß ich Sie wieder an jene Periode der Deutschen Verfassung erinnern, die Sie ins Leben riefen, wo selbst die Aufnahme der Lombardei in den Deutschen Bund vollkommen in dem Willen und den Wünschen des Reichsverwesers und der Deutschen National-Versammlung, die sich ihrer Meinung nach, zu diesem Beschlusse vollkommen berechtigt glaubten, lag. (Sehr gut! von der Rechten, und Ruf der Linken: Nein, nein!) Ja, ja! meine Herren, vollkommen!

Da indessen diese Negation eingetreten ist, so muß ich meine Behauptung begründen. — Der Bundestag war aufgelöst; in der Bundesverfassung stand, daß jeder Eintritt eines neuen Landestheils in den Deutschen Bund an die Unanimität der Deutschen Regierungen geknüpft sei. Dieser Artikel war außer Kraft gesetzt; was trat an seine Stelle? Der Reichsverweser mit der National-Versammlung zur Seite. Was der Reichsverweser mit der National-Versammlung in der Majorität beschloß, wurde nach Ihrer Ansicht maßgebend für Deutschland, und ich glaube, Sie haben diese Ansicht bis zu den weitesten Consequenzen hin verfolgt. Wenn also der Reichsverweser mit der Majorität der Deutschen National-Versammlung beschloß, die Lombardei solle in den Deutschen Bund aufgenommen werden, so frage ich Sie, wer hätte dagegen auftreten können? Sagen Sie, daß in der Nationalversammlung die Gewähr für Preußen lag, so frage ich Sie, ob Preußen eine Majorität in der Deutschen Nationalversammlung hatte? (Ruf von der Linken: Ja!)

Ich muß dies bestreiten, indem die Nationalversammlung aus 600 Mitgliedern bestand, worunter sich 200 Preußen befanden; also bitte ich, nur die Zahlen und das thatsächliche Verhältniß festzuhalten. Preußen hatte nicht die Majorität in der Deutschen Nationalversammlung. Ferner aber konnten die Preußen als solche, nicht etwa durch die itio in partes die Interessen Preußens wahren, und es hat sich gezeigt, daß die Preußen leider nicht zusammenhielten, wenn es die Preußischen Interessen galt. Sie waren also der Majorität jener Versammlung lediglich unterworfen; einer Majorität, der ein Preußisches Nein, eine Individualität Preußens in keiner Weise opponiren konnte. Nehmen Sie an, daß diese Majorität den Eintritt der Lombardei beschloß, und dieser Eintritt war nach Ihrer damaligen Meinung vollkommen rechtsgültig.

Wenn dies der Fall war, so vergleiche ich eben die jetzige Stellung mit der damaligen; wie jetzt uns ein Interesse für die Lombardei, als Mitglied des Deutschen Bundes, auf diese Weise nicht obtrudirt werden kann, während es uns damals obtrudirt werden konnte, so werden wir auch jetzt nach meiner Ueberzeugung wider Willen nicht zu einem Kriege zu Gunsten eines fremden Interesses gezwungen werden, wenn wir ihn nicht unseren Interessen entsprechend halten. Ob dieser Fall nicht einmal eintreten könnte, ob wir es nicht für zweckmäßig halten möchten, unsere Preußischen Grenadiere mit Freuden zum Schutze der Lombardei marschiren zu lassen, das, wie der Abgeordnete für Hagen gestern ganz richtig bemerkte, müssen wir der Zukunft überlassen.

Es ist nun ferner von einem heutigen Redner hervorgehoben worden, wie diese Hingabe an die Bundesversammlung ohne Vorbehalt der Zustimmung der Preußischen Kammern höchst bedenklich sei; er hat sich aus diesem Gesichtspunkte mit dem Antrage des Abg Beseler einverstanden erklärt. Auch ich kann mir Fälle denken, in denen es sehr wünschenswerth sein kann und gewiß auch nöthigenfalls geschehen wird, daß die Regierung sich des Einverständnisses der Landesvertretung für ihre Schritte, seien sie affirmativ oder negativ, in Bezug auf die Verhältnisse in Frankfurt versichere. Ich bin so weit gegangen, an diesem Consens festzuhalten, als Sie (auf die Linke zeigend) ihn unbedingt aufgaben. Aber es kommt eben darauf an, von welcher Seite diese Stärkung der Regierung durch den Consens der Landesvertretung kommt. In der Tendenz, das Preußische Ansehen, die Preußische Macht zu stärken, — darin stehen wir vielleicht auf beiden Seiten gleich; aber das Mittel und die Art der Ausführung mögen sehr verschieden sein, wie eben die Auffassung ist.

Ich verkenne gar nicht, meine Herren, und ich darf es sagen, je offener ich stets meinen Dissensus gegen Sie auf dieser Seite des Hauses in Bezug auf jene Versammlung in Frankfurt ausgesprochen habe, ich verkenne gar nicht und ich würde unrecht thun, wenn ich es nicht anerkennte: daß ich den Widerstand, den Sie gegen die Demokratie in Frankfurt geleistet haben, würdige und daß ich bedauere, durch den Standpunkt, den die National-Versammlung einnahm, gehindert worden zu sein, mich Ihren Bemühungen in dieser Beziehung anzuschließen. Aber das werden Sie mir eben so wenig übel deuten, noch als eine Partei-Ansicht auslegen können, wenn ich eben das damalige Verfahren für ein höchst nachtheiliges und weder für den Preußischen Nationalstolz, noch die Preußische Würde und Sicherheit schützendes und wahrendes betrachtet habe. Das ist ein anderes Ding, ob ich durch zu weit gehende Pläne mich momentan in höchst bedenkliche Stellungen einlasse, oder ob ich das Ziel erreiche. Bei ersteren kann man ein guter Patriot sein, das will ich nicht bestreiten, aber ob man dabei ein weiser Staatsmann ist, das will ich ununtersucht lassen. (Bravo rechts.) Daß ich der weise Staatsmann sei und daß Sie mir vertrauen sollen, „weiter zu gehen, als es der Augenblick mir bietet,“ das habe ich nicht in Anspruch genommen, aber verlangen Sie (auf die Linke deutend) nur ebenfalls nicht, daß wir Ihrer Staatsweisheit vertrauen sollen, einer Staatsweisheit, die bisher nicht zu erfreulichen, sondern zu unerfreulichen Resultaten geführt hat.

Wenn Sie aber, namentlich heut das verehrte Mitglied für Greifswald, so sehr festhalten an den Rechten dieser Preußischen Kammern, wenn Sie durchaus Willens sind, nicht einen Fingerbreit davon zu weichen, um nöthigenfalls Ihr Veto einlegen zu können gegen die Beschlüsse, die eine Preußische Regierung in Frankfurt am Main in detrimentum des Preußischen Staats fassen könnte, nun, meine Herren, dabei will ich immer sein, aus unserem Standpunkte, aber nicht aus dem Ihrigen, nachdem Sie es waren, die im Artikel 118 der Verfassung hinschrieben, daß Sie Preußen blindlings den Vereinbarungen der Regierung mit dem Erfurter Parlament hingäben, um über die Deutsche und Preußische Verfassung, über den Bundesstaat und Preußen zu verfügen, wie Ihnen beliebte, daß Ihnen Alles recht sei und Sie die Preußische Kammer lahm legten in Bezug auf jedes Veto in dieser Beziehung. (Bravo!)

Damals, werden Sie sagen, war ja das Preußische Parlament in Erfurt vorhanden, da hatte Preußen die Majorität, und die Verfassung konnte nichts enthalten, was Preußens Stellung in Deutschland nicht würdig gewesen wäre. Das mag theoretisch recht gut gesagt sein, aber praktisch hat es sich nicht bewiesen; denn der erste Schritt jener Versammlung war, eine Verfassung en bloc anzunehmen, die, wenn sie so zur Ausführung kam, Preußens Machtstellung, seine Wirksamkeit nach Außen, wie seine inneren Verhältnisse einer völligen Desorganisation entgegenführte. Sie nahmen sie an in der Hoffnung einer Verbesserung. Was diese Verbesserung betrifft, so war sie Sache der Zukunft, aber vorläufig stand die Verfassung fest.

Lassen Sie mich also, meine Herren, auf den inneren Widerspruch, der zwischen uns in dieser Beziehung obwaltet, geradezu eingehen. Wir können in einer Menge Vordersätze übereinstimmen in Bezug auf staatsrechtliche Fragen, wie in Bezug auf das formelle Recht; wir können die Frage als zweifelhaft betrachten, inwiefern die Regierung Recht hatte, ohne Zustimmung der Kammern in den Bundestag einzutreten. Sie, wie ich auszuführen gesucht habe, Sie kann ich nicht für berechtigt erkennen, aus Ihrer bundesstaatsrechtlichen Deduction heraus dieses Recht der Regierung zu bestreiten. Vielleicht möchten es die Mitglieder unserer Seite können; aber praktisch ist diese Frage nicht, denn ich zweifle keinen Augenblick, daß, wenn die Regierung, nachdem die Dresdener Conferenzen auseinandergegangen waren (was wir nicht hindern konnten), die Frage an die Kammern gerichtet hätte: Wollen wir den Bundestag beschicken oder nicht? beide Häuser in ihrer Majorität sich dafür erklärt hätten.

Aber der Differenzpunkt liegt, wenn auch vielleicht nicht in der Schroffheit, wie der Abgeordnete für Oels gestern ihn ausgesprochen, doch allerdings in einem sehr wesentlichen und erkennbaren Momente, und zwar darin: Sie, m. H., greifen das System der Regierung an, weil Sie sagen, sie läßt sich nur von der Solidarität der conservativen Interessen leiten. Das ist das Schlagwort, welches Sie ihr zum Vorwurf machen, das die Tendenz, die Sie ihr imputiren. Sie wollen, wenn ich nicht irre, damit sagen: wenn es sich um die Verfolgung sogenannter conservativer Interessen handelt, mit denen Sie nicht einverstanden sind (obwohl auch Sie einräumen müssen, daß sie der Erhaltung der Ordnung gewidmet sind, daß sie gegen den gemeinsamen Gegner, den Socialismus und die rothe Demokratie, gerichtet sind, die Sie auch als die Ihrigen anerkennen) — dann sehe die Regierung es nicht darauf an, mit welchem Bundesgenossen sie gehe, ob derselbe in seinen vorigen Tendenzen richtig und redlich verfährt oder nicht, ob die Bundesgenossen es gut mit Preußen meinen, ob sie nicht weiter gehen, als die Grenze des Rechts, ob sie zum Absolutismus neigen. Das begreifen Sie unter der von Ihnen geschmähten Solidarität der conservativen Interessen. — Ich kann mich nun, meine Herren, dessen nicht erwehren, daß ich in dem ganzen Gang vom Jahre 1848 ab, von dem Zeitpunkt an, den ich vorhin angedeutet habe, in Ihrer Partei als leitend erkenne: die Solidarität der sogenannten parlamentarischen Interessen. Ihnen war eine jede Regierungsform, eine jede Verfassung recht, Sie gingen mit ihr, wenn sie nur die parlamentarischen Interessen aufrecht erhielt. (Sehr gut, rechts.)

Das ist der Schlüssel für mich zu sehr vielen Beschlüssen, die Sie gefaßt haben, von denen ich die Ueberzeugung habe, daß Sie sie nun und nimmermehr gefaßt haben würden als gute Preußen, als gute Patrioten, wenn Sie nicht diese Solidarität der parlamentarischen Interessen dazu getrieben hätte.

Sollen wir diesen gegenseitigen Vorwurf gegen einander zurücknehmen? oder sollen wir anerkennen, daß beide von den verschiedenen Seiten gegen einander erhoben werden. Letzteres ist nach meiner Ansicht der wirkliche Zustand der Dinge Dann werden Sie es aber auch erklärlich finden, weshalb wir von unserer Seite nicht mit Ihnen zu denselben Consequenzen aus vielleicht einem oder dem andern übereinstimmenden Standpunkte staatsrechtlicher Vordersätze kommen. Könnten wir Ihnen die Garantie so geben, so schwarz auf weiß, wie sie der Abgeordnete für Aachen annahm, daß der Feind die Garantie gebe, daß, wenn er die Lombardei inne hätte, er den Mincio nicht überschreiten werde, daß man ihm ruhig die Lombardei überlassen, daß man ruhig dem Feuer aus dem dritten Hause zusehen könne, wenn es nur noch nicht in dem Nachbarhause brennt — wenn wir Sie überzeugen könnten, meine Herren, daß unsere conservativen Interessen nicht gravitirten bis zum Absolutismus hin, — so würden Sie sich uns vielleicht eher nähern; aber, meine Herren, Sie können uns eben so wenig nach der Vergangenheit, nach Ihren Aussprüchen und nach Ihrem gegenwärtigen Verfahren eine Garantie dafür geben, daß Ihre Solidarität der parlamentarischen Interessen, gegen die ich wahrlich nichts Feindliches im Sinne habe, Sie nicht zu Allianzen führt, denen nimmermehr das Wohl des Landes anvertraut werden kann.

Sie sind bereits in der Lage gewesen, nothgedrungen hier und da nachgeben zu müssen, um die parlamentarischen Interessen zu wahren, mit denen Sie Preußens Größe nothwendig vereint hielten. Geben Sie uns die Garantie, daß Sie in den parlamentarischen Interessen nicht weiter gehen, als es verträglich ist mit der Krone Preußens: — dann werden Sie uns immer auf Ihrer Seite finden! (Lebhaftes Bravo.)

Bis jetzt haben wir es noch nicht wahrgenommen, daß es so ist, und auch unsere gegenwärtige Versammlung bietet in ihrer Erscheinung noch keine Garantie dafür dar; so lange also, als wir leider, ich lasse hier unberührt, durch wessen Schuld, in der Lage sind, daß wir nicht eigentlich die richtige Mitte in dieser Beziehung gehen können, sondern daß wir immer, nach rechts oder nach links, über das eigentliche, wahre und gesunde Maaß hinaus gedrängt werden, so lange haben wir Bedenken, etwas zu unterstützen, was in diesem Sinne von jener Seite kommt und die Regierung abhängig machen will von den parlamentarischen Beschlüssen dieses Hauses. (Sehr gut, rechts.)

Man hat endlich gesagt: der gegenwärtige Bundestag sei schon deshalb nachtheilig, weil diese Institution in ihrer früheren Wirksamkeit von bedeutenden Männern Deutschlands als macht- und würdelos bezeichnet worden, weil sie in der öffentlichen Achtung gesunken und deshalb nicht im Stande sei, irgend Vertrauen zu erwecken.

Meine Herren! Selbst einer unserer politischen Gegner hat es heute übernommen, daran zu erinnern, daß der Bundestag auch wohl manches Gute gethan habe. Aber ich erinnere ferner daran, daß der Bundestag noch zuletzt in einem sehr gefährlichen Momente, dessen der genannte Redner nicht gedachte, in dem Moment der größten Erschütterung kurz vor den Ereignissen des Frühjahrs 1848 doch im Stande war, den Aufruhr im Seekreis zu dämpfen und die Freischaaren Hecker's aus dem Lande zu treiben. So ganz ohnmächtig wird daher eine Vereinigung der Deutschen Regierungen in ihrer Vertretung immer nicht sein. Ob der Bundestag in früherer Zeit hätte mehr thun können, will ich nicht entscheiden; ich glaube es gern. Aber daß man ihn vielfach geschmäht hat, das, meine Herren, das allein überzeugt mich am wenigsten von der Mangelhaftigkeit oder Verwerflichkeit dieser Institution. (Bravo! auf der Rechten.)

Denn wie durch Gottes unerforschlichen Rathschluß die Sünde dem Menschen angeboren ist, so erbt auch von Geschlecht zu Geschlecht die Neigung fort, die Obrigkeit zu schmähen. (Sehr gut!)

Nennen Sie mir ein Land, was nicht nur vorübergehend, ja, was nicht fortwährend Elemente gehabt hätte, welche die Regierungsform und die Regierung angriffen und schmähten, die jedes Unheil und Unglück, was über das Land kam, dieser Regierungsform oder den Inhabern der Regierung beimaßen. Nehme ich ein einziges Land aus, was durch seine insulare Lage und durch eine Geschichte, wie wir sie auf dem Continent nicht haben können, von diesem Schicksal weniger betroffen ist, so frage ich Sie, welche Regierungsform auf dem Continent ziehen Sie nach dem Maaßstabe der Schätzung und des Beifalls der Unterthanen der vor, in der sich Deutschland bewegt? Ich habe gefunden, daß nach und nach fast alle Staaten mehr oder weniger in der Lage gewesen sind, daß man in ihnen gesagt hat: von dieser Regierungsform ist kein Heil zu erwarten; es muß eine andere an ihre Stelle treten. Blicken Sie rund umher, in Vergangenheit und Gegenwart, wo finden Sie nicht Hader und Schmähung gegen die Regierung? Und wenn wir die Geschichte eines großen Nachbarlandes im Westen an uns vorübergehen lassen, so thut es seit einem halben Jahrhundert fast nichts, als auf die bestehende Regierungsform oder die Inhaber der Gewalt zu schmähen; ob es mit seiner jetzigen Form zufrieden ist, lasse ich dahingestellt sein. (Heiterkeit!)

Deshalb, meine Herren, wollen wir den Bundestag, wie er einmal ist, nicht messen nach den Schmähungen, die auf seine Vergangenheit geladen sind. Wir wollen ihm eben so wenig, ich so wenig als Sie, ein unbedingtes Vertrauensvotum für alle Zeiten mitgeben, sondern wir wollen wünschen, hoffen und verlangen von der Regierung — ja, zweimal verlangen — daß die Regierung in ihrer Stellung zu Frankfurt alle Rechte Preußens zu wahren wissen werde. Wie die Sachen aber liegen, nachdem sich gezeigt hat, daß aus diesen einigen und dreißig Deutschen Staaten eine engere Einheit nicht zu erreichen ist, als das lose Band des Bundestages giebt, da halte ich die Form, in der Preußen durch die Bundesverfassung entweder ein so vollwichtiges Nein in der Abstimmung zusteht, daß ohne Preußen nichts Wichtiges geschehen kann, oder wo ihm bei anderm Punkte sogar ein Veto zusteht, da halte ich diese Form für schützend genug und weiß keine bessere. Ob unsere Kinder oder Kindeskinder ein anderes Deutschland erleben werden, ob es ein glücklicheres sein wird, wer weiß es! — ich will es hoffen! aber unter den jetzigen Verhältnissen wird es keine Form finden, in der die Interessen der einzelnen Staaten besser wahrgenommen werden könnten.

Deshalb, meine Herren, wird Preußen seine Aufgabe dadurch zu erfüllen haben, daß es dem Staate gegenüber, mit dem nach der weltgeschichtlichen Anordnung es in steter Eifersucht bleiben wird und muß, an seinem guten Rechte festhalte und dadurch seinen zeitweiligen Staatsmännern imponire, wenn sie etwa einmal geneigt sein sollten, Preußens gutes Recht auf gerade oder ungerade Weise zu verkümmern.

Aber ich hoffe und hege das Vertrauen, und ich glaube nicht mit Unrecht, daß die beiden Regenten dieser Länder sich erinnern werden, was es heißt: Krieg, Feindschaft zwischen Preußen und Oesterreich. Ich glaube, daß der Herrscher Oesterreichs sich der Tage erinnern wird, die Maria Theresia, die ihr Volk während des siebenjährigen Krieges und nach ihm verlebten, und ich glaube, daß auch der Preußische Herrscher und das Preußische Land sich daran erinnern werden, daß die Heimkehr Friedrich's des Großen aus dem siebenjährigen Kriege mit einem ganz anderen Gefühle stattfand, als die Heimkehr Friedrich Wilhelm's III. aus den siegreichen Kämpfen der Jahre 1813 bis 1815. Nach dem 7jährigen, wie nach dem 30jährigen Kriege ging aus dem Wechselkampfe ein zerrissenes, ein auf lange Jahre niedergetretenes Deutschland hervor. Deshalb sollen wir nun und nimmermehr solche Kriege, auch wenn sie mit dem Siege endeten, herbeiführen, wenn man unser gutes Recht ungekränkt läßt. Die Momente, in denen die Deutschen Heere und die Deutschen Herrscher im Triumph in ihre Länder heimkehrten, im Triumph von freudigen und glücklichen Völkern empfangen wurden, das waren die Momente, wo die Oesterreichischen und Preußischen Heere dem auswärtigen Feinde gegenüber sich vereinigt und ihn besiegt hatten.

Wir wollen keinen Kriegsgesang anstimmen, aber lassen Sie uns darin vereint stehen, daß wir Alles vermeiden, was, wenn ein solcher Moment kommt, wo es gilt, nicht bitterer Trank in dem Becher sei, dessen wir bedürfen zur Stärkung, zur Begeisterung gegen den Feind Deutschlands. Diese Begeisterung zu benehmen, ist ein großes Unrecht, komme es nun von dieser oder jener Seite. Wenn ich nun aber, meine Herren, den Vorwurf vernommen, daß von irgend einer Seite die Flamme, auch die edle und reine, zugleich ausgegossen werde mit der unreinen und verzehrenden, so erwiedere ich darauf, daß manche Worte, welche wir noch in diesen Tagen, an dieser Stelle vernommen haben, wahr und wahrhaftig nicht die edle Flamme der Preußischen Begeisterung erwecken können, weil sie einen tiefen Riß machen durch das Preußische Volk. Ich lasse in diesem Moment dahingestellt, ob überhaupt solcher Worte mehr auf dieser oder auf jener Seite gefallen sind; ich sehe jetzt nur den Riß, und der thut mir weh, und wer zur Erhaltung, zur Erweiterung dieses Risses beiträgt, der nützt seinem Vaterlande nicht. — Darum hüten wir uns davor, damit, wenn einmal der Moment kommen sollte, wo die Versammlung aufrichtig verlangt, sich über diesen Riß hinüber die Hand zu reichen, die Kluft nicht zu breit sei, daß wir dann über sie schreiten und im entscheidenden Augenblicke zusammengehen können, wenn auch in untergeordneten Dingen immerhin eine Spaltung zwischen uns bestehen wird. (Bravo auf der Rechten, Zischen auf der Linken.)

Unserm Bericht tragen wir noch eine persönliche Bemerkung des Grafen v. Arnim nach:

Ich bedauere, daß der Herr Abgeordnete für Königsberg auf meine persönliche Thätigkeit in der vergangenen Zeit Bezug genommen und mich dadurch zu einer persönlichen Bemerkung veranlaßt und genöthigt hat, von welchen ich an sich kein Freund bin. Ich glaube, in meinem Vortrage dazu keine Veranlassung gegeben zu haben.

Ich schicke voran, daß nach der Aufklärung, welche das Mitglied für Aachen gegeben hat — von der dasselbe einräumen wird, daß mir entgangen sein kann, ob er in der beregten Frage in Frankfurt der Minorität oder Majorität angehörte — ihn der persönliche Vorwurf der Inconsequenz in diesem Punkte nicht trifft, daß ich ihn aber allerdings für solidarisch vereint angenommen habe mit denjenigen, mit denen er jetzt übereinstimmt. Was aber den Abgeordneten für Königsberg betrifft, so hat derselbe ein Thema berührt, was ich gewiß persönlich sehr ungern berühre, nicht, weil ich einen Moment seines Zeitraums verläugnen möchte, sondern

weil ich ungern von meiner Person spreche. Derselbe hat gesagt, meine Deduction sei unhaltbar und auffallend in Beziehung auf drei Momente; einmal, weil die Resultate der Nationalversammlung beruht hätten auf der Ohnmacht Preußens, die von dem 18. März datirt.

Nun, meine Herren, für den 18. März wird mich gewiß Niemand verantwortlich machen. Wenn derselbe aber zweitens sagt, ich wäre ja im Rathe des Königs gewesen, als man gesagt habe, Preußen solle aufgehen in Deutschland, so erinnere ich ihn daran, daß ich bei einer früheren Gelegenheit in der vorjährigen Sitzung Veranlassung gehabt habe, meine Theilnahme an den damaligen Ereignissen ziemlich vollständig darzulegen, und daß Sie die Richtigkeit dieser Darlegung haben bestätigen hören durch ein Mitglied unserer Versammlung, dem Sie gewiß eine Autorität in dieser Beziehung beimessen werden.

Wenn aber der Abgeordnete für Königsberg gleichwohl auf diesen Ausdruck zurückkommt, gleichwohl auf die Schritte, welche in der Zeit geschehen, als die Preußische Regierung die correcte Bahn gewissermaaßen zu verlassen und durch ein Aufgehen in Deutschland einen Standpunkt der Dinge herbeizuführen beabsichtigte, von welchem Preußen an die Spitze Deutschlands gebracht werden sollte, dann habe ich darauf nur zu antworten, daß Alle, die damals diesen Moment mit mir erlebten, mir das Zeugniß geben werden, daß ich dieser Politik meine Zustimmung nicht gab.

Was ich gethan, war das: Zu einer Zeit, wo der Eintritt in den Rath Sr. Majestät des Königs nicht allein den Berufenen innerlich ehrte durch das Vertrauen seines Königs, sondern auch äußere Ehre brachte, und wohl als ein schönes und zu erstrebendes Ziel dastand, da glaube ich gezeigt zu haben, daß ich diesen Eintritt meiner Ueberzeugung gemäß auch in Ehrerbietung abzulehnen vermochte; aber in den Tagen der tiefsten, von uns Allen mit bitterem Schmerz gefühlten Demüthigung der Krone hielt ich es für meine Pflicht, nicht von ihr zu gehen, sondern, diese Demüthigung theilend, an der Seite meines Königs zu bleiben.

Wenn der gedachte Abgeordnete aber endlich drittens sagt, weswegen berieft ihr die Nationalversammlung, wenn ihr nicht diese Consequenzen, die aus ihr hervorgingen, im Voraus als solidarische Verpflichtung mit übernahmt? dann ist es mir wahrlich sehr leicht, diesen Vorwurf zurückzuweisen.

Die Nationalversammlung wurde berufen durch den Beschluß des Bundestages. Das Propositionsdecret gelangte an den vereinigten Landtag, und ich bin es gewesen, der in einer Sitzung des vereinigten Landtags als Abgeordneter — denn ich war nicht mehr im Rath Sr. Majestät des Königs — an den Ministertisch trat und die Minister fragte: Haben Sie in dem Staats-Anzeiger gelesen, wie der Funfziger-Ausschuß erklärt und der Bundestag darüber mit ihm verhandelt, daß die Beschlüsse der Nationalversammlung souveraine Beschlüsse sein sollen, an die das Land gebunden? und wollen Sie auch trotz dieses Ereignisses die Wahlen vornehmen lassen? Man hat mir geantwortet, daß es nicht an der Zeit sei, die Frage zu erörtern, und man appellirte an meinen Patriotismus, daß ich sie nicht öffentlich zur Sprache bringe. Wenn aber die Nationalversammlung dennoch zusammentrat, so traten die Preußen lediglich hinein auf das Allerhöchste Propositions-Decret, wonach diese Versammlung eine Vereinbarung zwischen dem Volke und den Regierungen herbeiführen sollte. Das ist ein oft wiederholtes Wort, das in Jedermanns Gedächtniß sein wird. Nun macht das Mitglied von Königsberg mir das Heraustreten aus der Versammlung zum Vorwurf, und das Verlassen einer Partei, die ich unaufgefordert von dieser Stelle auch in ihren edlen Bestrebungen anerkannt habe, indem sie es sich zur Aufgabe machte, Preußens Wohl und Autorität dort aufrecht zu erhalten. Kein Mitglied, welches mein Abdankungsschreiben damals gelesen oder in Frankfurt mit mir verkehrt hat, kann über das Motiv meines Austrittes in Zweifel geblieben sein; ich denke nicht, zu dem Verdacht Veranlassung gegeben zu haben, daß ich eine solche Thätigkeit deshalb vermied, weil ich glaubte, daß sie mit persönlichen Unbequemlichkeiten oder Nachtheilen verbunden sein könnte. Aber ich erinnere an den ersten Beschluß der Nationalversammlung, bei dem ich mich, wie das geehrte Mitglied für Aachen sich erinnern wird, mit ihm in einer sehr kleinen Minorität befand, den Beschluß, daß ihre ferneren Beschlüsse maaßgebend sein sollten für alle einzelnen Landes-Gesetzgebungen, ohne den Regierungen oder den Landesvertretungen den Consens vorzubehalten. Darauf habe ich gesagt: durch diesen Beschluß (auf den Antrag des Abgeordneten Raveaux) stellt sich die Versammlung auf den Boden der Volkssouverainetät; wer in der Versammlung bleibt, muß sich der Majorität unterwerfen, und sie kann ihn von einem Beschlusse zum andern drängen, der gegen seine Ueberzeugung, gegen sein Mandat ist. Was die Nationalversammlung ferner beschloß, dabei hat sie an dem Grunde jenes Beschlusses festgehalten, ohne den Consens der Regierungen für erforderlich zu erachten; und ich frage Sie, ob die Nationalversammlung, ehe sie die Krone Sr. Majestät anbot, irgend eine Deutsche Regierung darum gefragt hat? In dem Propositions-Decret, auf Grund dessen wir gewählt waren, stand aber, daß wir berufen waren, um die Verfassung durch eine Vereinbarung mit den Regierungen zu Stande zu bringen, und so lange dies aufrecht erhalten wurde, bin ich geblieben. Als aber die Nationalversammlung durch diese ihre Vollmacht einen Strich zog und sie vernichtete, bin ich ausgeschieden und habe mich nach meiner Ansicht nicht ferner an ihren Beschlüssen und Werken betheiligen können.

Deutschland.

Stuttgart, 27. Jan. In den nächsten Tagen wird von Seiten der J. G. Cotta'schen Verlagshandlung das Erscheinen eines Central-Organs der evangelischen Kirchenbehörden in Deutschland angekündigt werden. Dieses Unternehmen, welches unter dem Titel „Allgemeines Kirchenblatt für das evangelische Deutschland" eine amtliche Veröffentlichung der neuesten und der wichtigeren älteren Gesetze, Verordnungen und Erlasse im Kirchenwesen enthalten, unter Umständen auch deren amtliche Motivirung und die Berichtigung oder Widerlegung irriger Veröffentlichungen und falscher Gerüchte bringen, so wie übersichtliche Darstellungen aus dem praktischen Kirchenrecht und statistische Mittheilungen umfassen wird, hängt mit dem Plane einer näheren Verbindung der Deutschen evangelischen Kirchenbehörden zusammen, dessen Verwirklichung schon vor 7 Jahren angebahnt und neuestens durch eine Verständigung von Abgeordneten mehrerer nord- und süddeutschen Kirchen-Behörden bei dem Kirchen-Tage zu Elberfeld weiter gefördert worden ist. (A. A. Z.)

A* **Leipzig**, 28. Jan. [Zum Landtag und zur Zollfrage.] Was in Sachsen vorgeht, spricht so wenig das Interesse im eigenen Lande an, daß es nur noch geringere Aufmerksamkeit auswärts zu erregen im Stande ist. Dem Schlusse unseres unbedeutend gebliebenen Landtages sehen wir nächstens entgegen. Die ausgearbeiteten Gesetzbücher sollen von einer Zwischendeputation vorberathen und von dieser den außerordentlich zu berufenden Ständen zur Enbloc-Annahme empfohlen werden. Das Institut der Geschworenen ist vollständig aufgegeben, was nicht anders zu erwarten war. Es dürfte sogar Niemanden Wunder nehmen, wenn das ganze constitutionelle Gerüst abgetragen würde. Was die Sächsische Handelswelt beschäftigt, sind die Berathungen der in Wien versammelten Handels- und Zollconferenz. Wären die kaufmännischen Hoffnungen nicht durch das rege erhalten, was Ihr Blatt darüber mitgetheilt hat, und wären sie bloß auf die Nachrichten der Oesterreichischen und der amtlichen Sächsischen Presse hingewiesen, so würde die Stimmung eine sehr düstere sein. Ohne lebhafte Besorgniß sieht man dennoch der Zukunft nicht entgegen. Mit welchen Blicken auch immer die Mehrzahl der Deutschen Regierungen jene Vorgänge betrachten mag, in Dresden wird die Sache ernstlich genommen und ein Lossagen vom Zollverein gehört keineswegs mehr zu den unmöglichen Dingen. (?) Eine solche Aussicht ist aber ganz geeignet, den Ruin unseres Handels und unserer Gewerbe befürchten zu lassen; namentlich müßten die Messen Leipzigs von der wieder gewonnenen Höhe herabsinken. Diese Stadt läge dann an der äußersten Grenze des künftigen Zollgebiets, von der natürlichen Strömung ihres Verkehrs abgeschnitten und auf den „fernen Osten" hingewiesen, wo ja der Oesterreichische Handel selbst sich gegen die erfolgreichere Mitbewerbung Englands und Rußlands nicht mit Glück zu behaupten vermag. Träte zu den 7 Millionen Sächsischer Kassen-Billets noch eine Ueberschwemmung mit Oesterreichischem Papiergelde hinzu, so würde das ohnehin nicht mehr reichlich in Umlauf befindliche baare Geld in das Ausland wandern und unsere Valuta-Verhältnisse kämen in das Oesterreichische Niveau, dem wir schon in anderen Beziehungen mit vollen Segeln zusteuern. Die Entscheidung unseres Schicksals hängt großentheils von der Haltung der Preußischen Regierung ab. — —

Ausland.

Frankreich.

☾* **Von der Französischen Grenze**, 26. Januar. [Verhaftung. Kriegsrechtliches Urtheil. Truppenbewegung] Die Französische Polizei, welche in den Departements ein förmliches Treibjagen nach socialistischen Agenten anstellt, hat unter Anderem dieser Tage auch einen gewissen Heilberg aus Breslau in St. Louis abgefaßt, welcher ihr als ein Mitglied der socialistischen Propaganda in London bezeichnet wurde. Sonderbarer Weise besaß derselbe einen ganz legalen Königl. Preußischen Reisepaß, auf welchen er sich bei seiner Verhaftung auch stützte und vorgab, kein Flüchtling zu sein. Bei der in seiner Wohnung vorgenommenen Untersuchung fand sich jedoch ein ganzes Packet apokrypher Briefe, welche den Poststempel von London und Paris trugen und wohl unzweifelhaft irgend eine socialistische Correspondenz zum Inhalte hatten, weswegen es auch die Polizei für gut erachtete, den Besitzer dieser rothen Papiere nach Altkirch zu führen, wo die weiteren gerichtlichen Maaßnahmen gegen ihn gepflogen werden sollen. Unbegreiflich ist es uns nur, daß die Polizei auf diesen socialistischen Mitläufer nicht früher aufmerksam wurde, da derselbe schon seit längerer Zeit sein Unwesen in St. Louis trieb und dort im Auftrage der Londoner Propaganda die bekanntlich ultrarothe „Schweizer'sche National-Zeitung", das Organ von Marr und Consorten — bei welchem auch Heilberg „angestellt" war — gratis vertheilte. — Das Kriegsgericht von Lyon hat zwei Sergeanten wegen Feigheit, die sie im Gefecht gegen die Insurgenten des Drôme-Departements an den Tag gelegt, zum Tode verurtheilt. Die Mitglieder des Kriegsgerichts haben jedoch alsogleich ein Gesuch um Strafumwandlung unterzeichnet. In Pontarlier ist vorgestern ein Infanterie-Bataillon eingerückt, welches in den nächsten Ortschaften an der Schweizer Grenze seine Quartiere beziehen wird. Die Militair-Commandanten haben den strengsten Auftrag, Niemanden ohne Legitimationspapiere die Französische Grenze überschreiten zu lassen.

Großbritannien.

△ **London**, 29. Januar. [Die Arbeitseinstellung in den Maschinenfabriken. Die heutige Berathung der Londoner Fabrikanten. Offne Schilderhebung des Socialismus und Ansteckung andrer Gewerke. Der Conflict der Mormonen mit der Regierung der Vereinigten Staaten. Weigerung von Texas, seine Schulden zu bezahlen. Nelsons Anker verloren. Die Unterstützungsgesellschaft der Zeitungsverkäufer.] Gedrängt von der öffentlichen Stimme, und den Fehler, den sie begangen haben, wohl einsehend, denken die Besitzer der Maschinenfabriken jetzt ernstlich daran, aus der gefährlichen Bahn der Arbeitseinstellung, die sie eingeschlagen haben, wieder einzulenken, obgleich die Schwierigkeiten und Gefahren, die hiermit wieder verbunden sind, nicht verkannt werden dürfen. Der Vorschlag, die Werkstätten für Arbeiter die nicht zur Verbindung gehören und für Lehrlinge zu eröffnen, ist von Manchester ausgegangen, und auf heute haben die Londoner Fabrikanten eine Berathung angesetzt, um den Vorschlag in Erwägung zu ziehen. Die Hauptgefahr beim Einschlagen eines solchen Weges ist die, daß die wieder in Beschäftigung tretenden Arbeiter, die nicht zur Verbindung gehören, nichts desto weniger aus ihrem Erwerbe dazu beitragen würden, daß die Verbindungsmitglieder länger im Müßigung erhalten würden und größeren Widerstand leisten könnten. Das Bewußtsein des Standes-Zusammenhanges ist einmal so stark, aber es bleibt, wenigstens für den Fernersehenden, schwerlich ein anderer Weg übrig, und, wenn es auch länger dauert, so muß man diese Leute doch ihre eigene Erfahrung machen lassen. Sie wollen das, und besser sind sie nicht zu heilen, als wenn man sie haben läßt, was sie wollen. Es ist Sozialismus, der ihnen in allen Gliedern steckt, und die Krankheit muß heraus, nicht hineingetrieben werden. Ich habe schon früher behauptet, daß diese Krankheit im Englischen Arbeiterstande verbreiteter ist, als in dem irgend eines andern Landes. Das beweisen jetzt die Sympathie-Bewegungen in allen Gewerken für die Maschinenbauer und ihre Versuche zu cooperativen Werkstätten. Wenn sie es durchsetzen, das ist die allgemeine Loosung vorzüglich bei den Londoner Arbeitern, so setzen wir es alle durch. Darum kommen auch reichliche Beiträge von allen andern Arbeiterverbindungen in die Kasse der Maschinenbauer. Auf diese Weise werden sie aber alle nur mit ihrem eigenen Geldbeutel die Erfahrungen, die den Maschinenbauern bevorstehen, mitmachen. Schade um das schöne Geld; aber die Erfahrung ist es werth. Weil uns eine Bewegung socialen Charakters einmal beschäftigt, so ist es wohl eine passende Gelegenheit, auf eine andere derartige den Blick zu richten, die zwar auf einer weitentfernten Bühne spielt, aber doch ein Product der socialen Bewegung in den unteren Schichten des Angelsächsischen Volksstammes ist. Es ist dies jenes „Wunder", denn das ist der beste Ausdruck, in den westlichen Felsgebirgen des Oregon-Gebietes, Utah, die Mormonen-Colonie. Die letzte Amerikanische Post erzählt sonderbare Dinge von daher. Die Regierung der Vereinigten Staaten hatte es für das Beste gehalten, mit diesen vom Lynchgesetz aus den bevölkerteren Siedelungen in die Wildniß hinausgestoßenen Fanatikern sich, als mit einem günstigen Vorposten für die westwärts dringende Cultur, wieder auf möglichst guten Fuß zu setzen. Ihrem Wunsche, ihre hierarchische Selbstverwaltung als sogenannte Territorialverfassung im Sinne des Staatsrechts der Union behandelt zu sehn, war daher gewillfahrt worden. Davon haben sie aber einen saubern Gebrauch zu machen begonnen. Die Gelder, welche aus der Unionskasse für Wegebau und dergleichen nützliche Unternehmungen mehr bewilligt werden, haben sie wohl fleißig einkassirt, aber an den Wegebau auch nicht im entferntesten gedacht, sondern sie zur Aufrechthaltung ihrer hierarchischen Institutionen und dazu gehörigen Baulichkeiten benutzt. Sie wollen eben keine Wegeverbindung mit der ketzerischen Welt um sie her, sie wollen, eine von der Menschheit abgeschlossene, heilige Gesellschaft, ihren Bienenstock eben in der Wildniß haben. Sie können auch nicht anders, denn sie haben gelernt, daß ihr orientalischer Sittencoder die Nachbarschaft der christlichen Gesellschaft im alten Sinne nicht erträgt. Sie haben sich ihre eigene mystische Form der Polygamie und auch Polyandrie, fast nach den Plänen Fouriers, ausgeheckt, und sind deswegen begreiflicherweise in einem Lande gelyncht worden, das es mit der christlichen Ehe so ernst nimmt, daß noch neulich der ertappte Verführer eines jungen Mädchens im westlichen Staate New-York von Bevölkerung und Geistlichkeit eines kleinen Städtchens mit seinem Opfer in die Kirche gelyncht, und dort per Lynch getraut wurde. Uebrigens ist mit den Territorien und jungen Staaten in der Union in Geldsachen überhaupt nicht zu spaßen. So hat Texas wieder den City-Artikeln der Londoner Presse Gelegenheit zur Warnung Englischer Capitalisten gegeben. Es hat ungefähr 10 Millionen Dollars Schulden gemacht, für deren Hälfte die Union einsteht, erklärt nun aber ganz naiv, ohne alle Entschuldigung noch Gründe, daß es auch nur diese Hälfte bezahlen wolle, obgleich es ihm keineswegs an Mitteln für die Tilgung der ganzen Schuld fehle. Es müsse aber mit dem Reste seine schiffbaren Wasser reguliren — Für das Denkmal Nelsons, das in Southsea-Beach, dem Punkte, von wo aus er zu seinem letzten Kreuzzug in See stach, errichtet werden soll, hat man in der ungeheuren navalen Rüstkammer von Woolwich vergeblich nach dem alten Hauptanker seines Flaggenschiffs gesucht. Das Eisen ist augenscheinlich eingeschmiedet und wieder im Gebrauch, und kann aufs Neue solche Dienste leisten. — In einem Festessen des Unterstützungsvereins für Zeitungsverkäufer, die in diesem Lande ein sehr umfangreiches Gewerbe bilden, trat auch Dickens als Toastredner auf. Er fehlt nie bei irgend einer Wohlthätigkeitsanstalt, die es mit der Literatur in ihrer gewerblichen Rolle zu thun hat.

[Militairisches.] Ueber den gegenwärtigen Zustand der Englischen Land- und Seemacht sagt die „Times" heute: „Von 99 Regimentern sind nur 2 derart mit Schießgewehren versehen, daß ihre Kugeln einen Feind erreichen können. Ferner haben wir, wie es scheint, nicht ein einziges Cavalleriecorps, welches bei obwaltenden Schwierigkeiten rasch zum strengen Dienst im Felde tauglich wäre. Wir haben nicht so viel Feldartillerie, als für ein Corps von 25,000 Mann erforderlich ist. Alle diese Angaben sind außer Zweifel. Wenden wir unser Augenmerk auf die Verwaltung der Flotte, so finden wir jede Prophezeihung von Sachkundigen und Laien buchstäblich bewahrheitet. Frankreich hat nur 100 Kriegsdampfer und ist übrigens durch die Erfordernisse einer großen, stehenden Armee in Nordafrika belastet; dennoch stellte es, ohne große Unbequemlichkeit, Dampfschiffe genug zum Transport von 10,000 Mann. Für England dagegen, mit seinen 190 Kriegsdampfern war es schon eine schwere Arbeit, 3000 Mann nach dem Cap zu schaffen." Dergleichen Beispiele führt nun die „Times" mehre an, und macht es unter anderem der Admiralität zum Hauptvorwurf, daß die Matrosen eines Kriegsschiffes gewöhnlich dann ausbezahlt und entlassen zu werden pflegen, wenn sie einander und das Fahrzeug, auf dem sie dienten, recht genau kennen gelernt haben. „Daily News" giebt es als verbürgte Nachricht, daß die Vermehrung der Armee beschlossen sei. Die Ordre zur Rekrutirung sei bereits ausgegeben. Die Vermehrung betreffe fürs erste die Infanterie und zwar sollten alle im Lande stationirten Regimenter von 750 auf 1000 Mann gebracht werden. Auch in anderen Zweigen sei eine Vermehrung beabsichtigt; sie dürfte sich im Ganzen auf 10,000 Mann belaufen. Das Offiziercorps werde einstweilen nicht verstärkt. — Einer der verdienstvollsten britischen Offiziere, General Sir Lewis Grant, Ritter des Bathordens und Inhaber des 96sten Regiments, starb Montag Nacht in einem Omnibus, auf der Fahrt nach einer Wohnung am Nervenschlag.

Schweiz.

⌘ **Aus der Schweiz**, 28. Jan. [Zur Telegraphen- und Eisenbahnfrage. Postunwesen. Edict gegen die Schwalbenjäger. Reform der gerichtlichen Verwaltung. Elektrische Uhren.] Nachdem die Pariser Ereignisse unsere ohnedies sehr magere „Kantönli"-Journalistik eine Zeit lang mit politischen Allotrien genügend versorgt hat, beginnt sie sich nun wieder von dem „wüsten Treiben" des Auslandes zur „eidgenössischen Politik" und deren zeitgemäßen Fortschrittsbestrebungen zu wenden. So wird nun in Ermangelung hochwichtiger Fragen zu dem schon ziemlich mürbe gedroschenen Eisenbahn- und Telegraphen-Projecte Zuflucht genommen, welche gegenwärtig allen Blättern vollauf zu thun geben, wobei es natürlich an den verschiedenartigsten Auffassungen, Zusätzen, Verbesserungen u. s. w. nicht mangelt. Indessen scheint man in Betreff der Telegraphenlinien doch an eine Verwirklichung zu denken, indem die Journale die baldige Ankunft des Hrn. Steinheil aus Wien und Leo Baumgartner aus Verona annonciren, welche von der Bundesbehörde mit den telegraphischen Arbeiten beauftragt wurden. Hr. Steinheil hat vom Oesterreichischen Handelsministerium einen sechsmonatlichen Urlaub hierzu erhalten. Auch spricht man, daß Englische Unternehmer Unterhandlungen zur Uebernahme der Eisenbahnlinie Rheineck-Chur angeknüpft haben. — Seit einiger Zeit hört man in verschiedenen Cantonen vielfältige Klagen über den Wirrwar in dem eidgenössischen Postwesen, welches in Beziehung der Pünktlichkeit und gleicher Tarifsätze wirklich vieles zu wünschen übrig läßt. Besonders beklagt sich das „Schaffhausener Tageblatt" und erwähnt der großen Opfer, welche man dem eidgenössischen Postwesen gegenüber der früheren verständigen rücksichtsvollen Thurn und Taris'schen Post gebracht habe. — Aus Anlaß einer Petition aus Morges hat der Große Rath des Cantons Waadt den Staatsrath mit Ausarbeitung eines Gesetzes gegen die Tödtung der — Schwalben beauftragt, auf welches „Wild" unsere Nimrode eine besondere Passion haben. — Eben so beschloß der Große Rath, der Staatsrath möge sobald als möglich eine allgemeine Reform der gerichtlichen Verwaltung anbahnen. — Der Genfer Stadtrath hat den Antrag, eine Summe von 9000 Fr. für Herstellung elektrischer Uhren zu verwenden, an eine Commission gewiesen. Die erste derartige Uhr soll auf der Tour de l'Ile errichtet werden.

Schweden.

§*§ **Stockholm**, 20. Januar. [Das jetzige Ministerium] Als ich seiner Zeit in einem früheren Briefe Ihnen von der Ernennung neuer Minister Mittheilung machte, begnügte ich mich mit der einfachen Notiz, da dieses Ereigniß zum Theil noch in das Reich der Gerüchte gehörte und die Situation äußerlich noch dieselbe war. Es möchte jedoch jetzt am geeigneten Orte sein, über die beiden Schwedischen Staatsmänner, welche die Nachfolger der abgetretenen Staatsräthe Sandströmer und Günther geworden sind — ich meine den zeitigen Chef des Finanz-Departements Freiherrn Palmstjerna und den vortragenden Geheimen Staatsrath Grafen Mörner af Morlanda — Näheres zu berichten. Beide Minister gehören der conservativen Partei an, welcher Partei täglich in der Residenz wie in den Provinzen neuer Zuwachs wird aus Denen, welche aus dem unthätigen Indifferentismus erwacht sind, oder, bisher Radicale und Liberale, sich mit größerer oder geringerer Aufrichtigkeit bekehrt haben. Jeder Freund einer besonnenen Entwickelung und einer vom Gesetze geschützten bürgerlichen Ordnung hat damals mit großer Freude die Minister-Wahl Sr. Majestät des Königs begrüßt. Ja selbst die widerspenstigen Organe der radicalen Partei verhehlten ihre Anerkennung für den edlen Charakter des Grafen Palmstjerna nicht und ließen seiner unvergleichlichen Befähigung, im Rathe des Königs zu denken und zu handeln, aufrichtig Gerechtigkeit widerfahren. Graf Mörner wird gleichfalls wegen seiner vielbewiesenen Gerechtigkeitsliebe gerühmt und ist jedenfalls ein Staatsmann, der wegen seiner unbestrittenen tiefen juristischen Kenntnisse für ein unentbehrliches Glied des Königlichen Rathscollegiums zu halten ist. Die Tendenz, welcher das also im Wesentlichen umgebildete Cabinet Eifer und Kräfte widmet, ist die der maaßvollen Reform. Dadurch wird es vielleicht möglich, den Verbesserungen und heilsamen Neuerungen, welche für die Beständigkeit unserer bürgerlichen Staatsordnung Bedürfniß geworden, eine befriedigende Existenz zu verschaffen. Mit den liberalen Ministern ist dies Unternehmen bisher mißglückt; und der Trotz und das widerwärtige Geheul der Radicalen nach überstürzenden Reformen, welches in ihren Zeitungen einen nicht minder unerquicklichen Abklatsch fand, ließ bei unseren Ständen und in einem großen Theile des Publicums den Gedanken immer entschiedenere Geltung gewinnen, daß das Alte, wiewohl mancher Aenderungen bedürftig, nimmermehr durch die liberalen Projecte gedeihliche Besserungen erfahren würde, durch Projecte, welche der Geschichte geradezu ins Gesicht schlagen und uns eine papierne Constitution aufdringen wollten, die in den Gesinnungen des Volkes keine Wurzeln geschlagen hätte. Sie wäre ein haltloses Experiment gewesen. Keine Zeit und keine Erfahrung hat schlagendere Beweise darüber gegeben, wohin ähnliche Constitutionen führen, als unsere jetzige eigene. Ueberall, wo der Radicalismus einmal zum Regiment gelangt war, hat schon das dritte Jahr alle Spuren dieser Constitutions-Phantasieen zu verwischen vermocht; dieses Triennium hat noch schlimmere Folgen für diese schwer heimgesuchten Länder erzeugt. Statt einer wahrhaften geordneten Staatsfreiheit wurde der Belagerungszustand eine unabwendbare Nothwendigkeit, welcher im Westen zur Unterdrückung und zum krassen Militair-Despotismus ausartete. Zu derselben Zeit, wo in anderen Ländern diese mißverstandene Freiheit noch in trauriger Blüthe stand, wo der Radicalismus voll Uebermuth die conservativen Bestrebungen verhöhnte, rang sich unsere Regierung und unser Volk bereits aus dieser Bedrängniß heraus und verstand es, indem man die Sturmfluth durch gesetzliche Formen eindämmte und die Thorheit von dem wahrhaften Fortschritt zu sondern wußte, den radicalen Hochmuth und liberalen Dünkel zu entwaffnen. Eigenthümlich genug ist es, daß die Schwedischen Minister liberaler gewesen, als das Volk, denn — die auf allgemeine Wahlen basirte Repräsentativ-Verfassung, mit welcher man uns zu beschenken gedachte, wurde sogar unter Augen der Minister verworfen. Nun erst sieht man die Größe der Anstrengungen, welchen die späteren conservativen Minister sich unterzogen, um das alte Geleise wiederzufinden. Wiederum wird der nächst bevorstehende Reichstag mit noch größerem Vertrauen seine Mission vollziehen, als der abgetretene — oder — sollte die allgemeinere Befriedigung darin begründet sein, daß die Europäische Reaction endlich so weit die Obmacht errungen hat, daß unsere alte Verfassung mit ihren vier Ständen, ihrem Adel, ihren Priestern, ihren Bürgern und Bauern jetzt auch den Liberalen genügt? Sicherlich haben die blutigen Staatsveränderungen in einigen Theilen des Continents auch hier das Gelüst nach allen Constitutions-Flickereien vertilgt.

Berliner Getreidebericht, 30. Januar 1852.

(M. T. Manheimer.) Unser Markt war in den letzten 8 Tagen unbelebt, und nur hin und wieder zeigte sich in einzelnen Artikeln etwas mehr Festigkeit.

In Weizen war der Umsatz schwach, eine eigentliche Erniedrigung können wir indeß nicht angeben. Man zahlte für 86 ℔ bunt poln. 64 Rt., 87½ ℔ hochbunt poln. 66, 87½ ℔ bunten 64, 88 ℔ dito 66, 89½ ℔ hochbunt poln. 68 Rt.

Auch in Roggen war das Geschäft im Allgemeinen ruhiger, und die Preise auf Frühjahrslieferung haben etwas nachgegeben. effective Waare dagegen blieb ziemlich behauptet. Heute bei matter Haltung pr. Frühjahr 62 verk. und Br. 61½ a ¾ Gld., pr. Januar — Februar 61½ Br., loco 61½ — 64 Rt. nach Qual.

Gerste ohne Handel, Preise unverändert; große 40—42 Rt., kleine 37—39 Rt.

Hafer gleichfalls weniger gefragt, und auf Frühjahrslieferung etwas billiger anzukommen, 48 ℔ zuletzt 27½ u 27¾ Rt. bez. 28 Rt. Br., 50 ℔ 29 gefordert, loco 27—28 Rt.

Erbsen 50—54 Rt.

Mehl fest, aber wenig Umsatz; Weizenmehl Nr. 0. 4⅚—4¾ Thlr., Nr. 0. und 1. im Verbande 4 1/12—4⅔ Rt.; Roggenmehl Nr. 0. 4⅚—4¾ Rt., Nr. 0. und 1. 4 5/12—4 1/12 Rt. pr. Ctr. unversteuert.

In Oelsaaten war gar kein Geschäft; wir können daher nur nominelle Notirungen angeben: Winterraps 70—68 Rt.; Winterrübsen 68—66 Rt.; Sommerrübsen 54—52 Rt., Leinsaal 57—55 Rt.

Rüböl veränderte sich wenig; loco so wie pr. Januar und Januar — Februar 10 1/12 Rt. B., 10 Rt. G., pr. Februar — März 10 1/12 Rt. B., 10 verk. u. G, pr. März — April 10¼ Rt. Br., 10⅛ Rt. G., pr. April — Mai 10 1/12 Rt. u. 10⅛ verk. 10 1/12 B., 10½ Rt. Gld., pr. Mai — Juni 10⅙ Rt. Br. 10⅛ Rt. Gld, pr. Juni — Juli 10 1/12 B., 10⅛ Rt. Gld., pr. Juli — August 10⅜ Rt. Br., 10 1/12 Rt. Gld., pr. September — October 10⅔ u. 10⅝ Rt. verk. 10⅔ B. 10⅝ Rt. Gld.

Leinöl loco 12½—12 Rt., p. Frühjahr 11⅞ Rt. Mohnöl 11⅛ Rt. Palmöl 11 Rt. Südseethran 12 Thlr.

Spiritus zeigte in den verflossenen Tagen wenig Interesse und neigt jetzt eher zum Rückgang als zur Besserung. Heute loco ohne Faß 27⅞ a 27½ verk., mit Faß pr. Januar—Februar bis März 27½ u. 27 verk. 27½ Br., 27 a 27½ Gld., pr. März—April 28½ verk. u. Br 28 Gld., pr. April-Mai 29½ a 29 verk. 29½ Br. 29 a 29¼ Gld. pr. 10,800 %.

Landmarkt: Weizen circa 60 Wispel 61 — 70 Rt., Roggen circa 130 Wispel 52 — 63½ Rt., Gerste circa 35 Wispel 34½—43½ Rt., Hafer circa 210 Wispel 25½ — 30 Rt., Erbsen circa 5 Wispel 48 — 54 Rt.

Zufuhr auf dem Wasser vom 25. bis 28. d. M.:

Brieskow: — Wispel Weizen, 212 Wispel Roggen, — Wispel Gerste, — Wispel Hafer, 40 Wispel Oelsaat, 4800 Ctr. Mehl, — Ctr. Rüböl, — Ctr. Leinöl, — Ctr. Thran, — Gebind Spiritus.

Vom 9. bis 28. Januar c.: 167 Wispel Weizen, 538 Wispel Roggen, — Wispel Gerste, — Wispel Hafer, — Wispel Erbsen, 40 Wispel Oelsaat, 4800 Ctr. Mehl, — Ctr. Rüböl, — Ctr. Leinöl, — Ctr. Thran, — Gebind Spiritus.

Das Wetter hat seinen bisherigen Charakter beibehalten. Bis gestern war es sehr mild, heute ist die Luft rauher und es hat auch etwas gefroren.

Der Britische Getreidehandel.

London, 36. Januar. Dem amtlichen Bericht über die Einfuhr im Vereinigten Königreiche zufolge empfingen wir in dem mit dem 5. endenden Monat von auswärts 424,000 Qu. Getreide und Hülsenfrüchte und 366,870 Ctr. Mehl. Es befinden sich unter dem Getreide 178 839 Quarter Weizen. Obgleich diese Zufuhr bedeutend kleiner ist, als zur selben Zeit im vorigen Jahre, so ist sie doch nicht als unbedeutend zu betrachten und befinden sich überdies bedeutende Quantitäten Weizen und Mais auf dem Wege nach hier aus den Häfen ostwärts von Gibraltar; außerdem können wir auf mäßige Mehlzufuhren aus Amerika rechnen. — Auf dem Continente Europas bleiben indeß die Preise so hoch, daß es sehr unwahrscheinlich ist. ob Zufuhren von den Gegenden hierher kommen werden, aus denen wir gewohnt sind, den größeren Theil unserer fremden Zufuhren zu beziehen. Letzterem Umstande und gleichzeitig der Thatsache, daß Ankäufe von Weizen seit einiger Zeit hier zum Export gemacht sind, ist es zuzuschreiben, daß sich die Meinung befestigt hat, daß die steigende Bewegung in den Preisen, welche wir im letzten Bericht zu notiren hatten, sich erhalten wird. Der niedrige Standpunkt, auf den die Weizenpreise im September und October herabgedrückt wurden, wurden ohne Frage durch die Concurrenz der sich zum Verkauf drängenden Producenten und Importeure verursacht; aber nachdem die Preise bedeutend unter den Erzeugungskosten herabgedrückt waren, minderte sich diese Concurrenz und eine allmähliche Besserung hat seitdem stattgehabt. Dies würde wahrscheinlich nicht der Fall gewesen sein, wenn die Ernte in Deutschland 2c. so günstig als in Großbritannien ausgefallen wäre, aber in Folge der dortigen Fehlernte in Roggen und Kartoffeln wurde Weizen ein Artikel allgemeinerer Consumtion im Herbst und Winter als gewöhnlich, und es möchte scheinen, daß, wenn unsere Märkte nicht größere Ermuthigung geben, als sie bisher gethan haben, die Verschiffungen selbst im Frühjahr nur verhältnißmäßig klein sein werden. Unter diesen Umständen ist es nicht unwahrscheinlich, daß unsere Notirungen einer ferneren Besserung entgegengehen. Das Geschäft hat seit unserem Letzten entschieden lebhaften Ton angenommen und außer der Frage für den Consum sind viele Speculationskäufe gemacht worden, was auf allen Hauptmärkten eine Steigerung von 1 a 2 ß. pr. Quarter hervorrief. Bristol und Birmingham scheinen besser als andere Plätze mit inländischem Weizen versorgt gewesen zu sein, doch bedang sowohl Englischer als fremder eine Erhöhung von 1 a 2 ß. pr. Qu. Die steigende Bewegung war ganz so entschieden an den Märkten in den Agriculturdistricten, wie in den Consumtionsstädten, in der That war die Steigerung in Lincolnshire und Cambridgeshire größer als irgendwo, da die Zufuhren der Landwirthe für den Bedarf nicht genügend waren. Das Wetter hat sich im Ganzen gebessert und die Zufuhren kommen nicht mehr in so sehr feuchtem Zustande heran, als in letzter Woche, was unzweifelhaft zur Steigerung beigetragen hat. Die Nachrichten aus Schottland lauten in dieser Woche animirter; die Berichte aus dem Süden haben ihren Einfluß nicht verfehlt. Weizen stieg am Mittwoch 1 ß. a 1 ß. 6 d., Gerste 6 d. a 1 ß. pr. Quarter. Hafer war ebenfalls theurer. Die Irischen Märkte fühlen noch immer den Druck der großen Vorräthe von Mais, welche dort aufgehäuft sind, und das Geschäft war dort nur theilweise lebhaft. Aus den von Jemand bemerkt mit großer Mühe gesammelten authentischen statistischen Nachrichten ersehen wir, daß der Vorrath von Mais in Irland am 1. Januar 400,200 Quarter betrug gegen 169,000 zur selben Zeit im vor. Jahre. Die Preise von Hafer sind auf den Irischen Märkten steigend und trotz der neuen Steigerung hier würden Consignationen von dort hierher kaum eine kleine Provenue abwerfen.

† **Aus Pommern geht uns folgende Petition zu:**

Nach der an die stattgehabten interimistischen Provinzial-Landtage ergangenen Aufforderung, sich im Sinne ihrer Provinzen über die als nothwendig erkannten Abänderungen der Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung des Jahres 1850 gutachtlich zu äußern, erschien es unzweifelhaft, daß die Regierung die Absicht habe, das in jenen Ordnungen vorherrschende demokratische Princip aufzugeben und die beabsichtigte neue Ordnung mehr den früheren Rechten, den Bedürfnissen, den Sitten und Gewohnheiten der einzelnen Provinzen anzupassen.

Daß aber der aus den abgegebenen Gutachten hervorgegangene ministerielle Entwurf einer neuen Ordnung das demokratische Princip der Kopfzahl zwar aufgeben, aber dagegen eine so centralisirende, durch und durch bureaukratische Tendenz documentiren werde und könne, wie es geschehen, hatten wohl nur Wenige geahnt.

Daß in den sechs östlichen Provinzen die Städte und das platte Land nicht nach einer gemeinsamen Gemeinde-Ordnung regiert und verwaltet werden könnten, war klar zu Tage getreten, und erkennen wir es dankbar an, daß der neue Entwurf diese Trennung legalisirt.

Die Nothwendigkeit ferner, daß in einem vorzugsweise Ackerbau treibenden Staate, wie es der Preußische, namentlich in den sechs östlichen Provinzen vorherrschend ist, das Recht der Theilnahme an den Wahlen, an der Verwaltung und überhaupt an der Gesetzgebung nicht nach Köpfen bemessen werden kann, sondern dem Grundbesitzer sein altes Vorrecht erhalten, resp. wiedergegeben werden müsse, hatte sich schon längst wieder als dringendes Bedürfniß gezeigt, und erkennen wir auch hier es eben so dankbar an, daß in dieser Hinsicht der vorliegende Entwurf den Wünschen des besitzenden Theils der Bevölkerung des Landes entspricht.

Daß aber in den speciellen Bestimmungen des Gesetzentwurfs und seiner Beilagen so wenig als geschehen, auf altes Recht, auf Herkommen, Sitten und Gewohnheiten der betreffenden Landestheile Rücksicht genommen werden würde, erwarteten wir nicht.

Schulzen, die der Landrath ernennt,
(Maires),
Kreis Amtmänner, welche die Regierung einsetzt,
(Unterpräfecten),

und die, wenn, wie bald zu erwarten steht, sich im Bezirk Niemand zur unentgeltlichen Führung des Amtes findet, vom Bezirk besoldet werden sollen, durch deren Einführung die ihnen unterzuordnenden einzelnen Gemeinden und Gutsbezirke ihre Selbstständigkeit völlig verlieren;

Landräthe (Präfecten), bei deren Ernennung den Kreisständen ferner gar kein Wahlrecht verbleibt;

das Wegfallen der bisher aus Wahl der Kreisstände hervorgegangenen Kreisdeputirten, eintretendenfalls der gesetzlichen Stellvertreter der Landräthe, — sind Einrichtungen und Anordnungen, die ihre Begründung in Herkommen, in Sitten und Gewohnheiten der Gemeinden und Kreise, so wie ihrer Einsassen, nicht finden, im Gegentheil den alten Rechten derselben und dem Herkommen stricte zuwiderlaufen, für deren Einführung unserer Ansicht nach durchaus kein Bedürfniß zu Tage getreten, und welche die stattgehabten Provinzial-Landtage, der Pommersche wenigstens gewiß, nicht als wünschenswerth und nothwendig erachtet und in Vorschlag gebracht haben.

Daß den reconstituirten Kreisständen ihr bisheriges Recht der Wahl der Landrathsamts-Candidaten bei eintretenden Vacanzen entzogen werden solle, ist in dem vorliegenden Entwurf zwar nicht direct ausgesprochen, daß aber darüber nichts gesagt ist, läßt im Zusammenhange mit der Art, wie das hohe Ministerium des Innern noch in neuester Zeit bei definitiver so wie interimistischer Besetzung erledigter Landraths-Aemter verfahren ist, keinen Zweifel über die Ansicht des Gesetz-Entwurfs aufkommen.

Die Beibehaltung des alten Rechts, daß bei solchen Vacanzen die erforderlichen Candidaten aus den dazu befähigten größern Grundbesitzern des Kreises durch die Kreisstände erwählt und zur engern Auswahl und Bestätigung in Vorschlag gebracht werden, ist nicht nur ein altes, höchsten Orts anerkanntes Recht (cf. Cab.-Ordre vom 22. August 1826), sondern ebenso eine für die Wohlfahrt der Kreise unerläßliche Bedingung.

Ueberdies hat die Erfahrung unter dem Ministerium Rochow gezeigt, wie sich dasselbe der Landräthe in ihrer eremten Stellung bedient hat und mit Nutzen bedienen konnte, um den gesteigerten bureaukratischen Uebergriffen der Verwaltungsbehörden entgegen zu treten.

Ohne weiter auf die einzelnen Bestimmungen des bereits der Oeffentlichkeit übergebenen Entwurfs einzugehen, erlauben wir unterzeichnete Gutsbesitzer aus den oben genannten Kreisen Cösliner Regierungsbezirks an Eine hohe Erste Kammer uns mit der Bitte zu wenden:

Bei Berathung dieses Entwurfs jene Tendenz aus dem Gesetze wieder zu entfernen, und, uns in unserm alten Rechte schützend, namentlich die von uns angeregten Punkte in demselben zu beseitigen, resp. in dasselbe aufzunehmen.

Polzin, den 12. Januar 1852.

v. Manteuffel. Hohenwardin. Bauck, Poplow. v. Mellenthin, Schloß Falkenburg. v. Knebel-Doeberitz, Dalow. v. Versen, Burzlaff. v. François. v. Dassel, Echinz. Hartog, Vietzow. Eggebrecht, Lankow. v. Manteuffel, Collatz. v. Kleist, Damen. v. Kleist, Rauden. v. Kleist, Klein-Dubbernow. Gottschalk, Quisbernow. v. Manteuffel, Redel. Seidensticker, Altschlage. v. Zastrow, Wusterhanse. v. Alten, Tietzow. v. Gaedeke, Klockow. v. Manteuffel, Gurkow. Tiede, Ziegelwiese. v. Kleist, Wendisch-Tychow.

Die nachstehende Adresse ist, von vielen Bewohnern des Pyritzer Kreises unterzeichnet, am 31. Januar d. J. Sr. Maj. dem Könige überreicht worden.

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König!
Allergnädigster König und Herr!

Der Rückblick auf die früheren glücklichen Zustände unsers schönen Vaterlandes im Vergleich mit den jetzigen durch Partei-Leidenschaft und Begriffsverwirrung erschütterten Wohlstande desselben und die Sorge, nach dem Vorbilde Frankreichs durch das constitutionelle Regierungs-Prinzip einst der Anarchie zugeführt zu werden, läßt uns die Erfüllung einer heiligen Pflicht in der allerunterthänigsten Bitte erkennen:

Ew. Königl. Majestät möchten Allergnädigst geruhen, unserer mit der geschichtlichen und ständischen Entwickelung der Preußischen Monarchie unvereinbaren constitutionellen Verfassung eine Umgestaltung im gesetzlichen Wege zu verleihen, die die Selbstständigkeit und Kraft Euer Königlichen Majestät Regierung nicht beeinträchtigt, den ständischen Beirath und das Vertrauen nicht ausschließt, das bisher zwischen dem Preußischen Volke und seinen ruhmvollen Herrschern segensreich waltete.

Sind unsere hohen Kammern, von deren erfolgreicher Wirksamkeit wir uns nicht zu überzeugen vermögen, mit der edlen Vaterlandsliebe erfüllt, die jeden Egoismus vergessend nur das ehrenvolle Ansehen, das Heil unserer erhabenen Dynastie, unseres theuern Vaterlandes zum Ziel ihres Strebens macht, so dürften sie im Hinblick auf Gott, der ihre hochherzige Selbstverleugnung segnen wird, Euer Königlichen Majestät freudig hierzu die Hand bieten und dadurch anerkennen, daß die Rückkehr zu Gesetzen und gesetzlichen Zuständen, die durch Recht, Weisheit und Erfahrung geheiligt sind, keine finstere Reaction, sondern die Rückkehr zur staatlichen Ordnung, von dieser und den Erfahrungen der letzteren Jahre auf Dringendste geboten ist.

Auf solche Weise würde unserm Vaterlande der innere Friede wiedergegeben werden, bei dem alle Stände gedeihen und wir uns wieder mit freudigem Muth Preußen nennen können, die ihr höchstes Glück in der treuesten Hingebung und tiefsten Verehrung finden, womit wir ersterben

Ew. Königlichen Majestät
allerunterthänigste Diener.

Pommern, Kreis Pyritz, im
Januar 1852.
(Folgen die Unterschriften)

Von denselben Unterzeichnern ist die folgende Adresse an beide Kammern übersandt worden:

Hohe Kammer.

Selten ist zwar eine Erfahrung mit schmerzlicheren Opfern gewonnen, aber auch selten wie durch die letztverflossenen 4 Jahre der Beweis klarer und glänzender geführt, daß das constitutionelle Verfassungs-Princip unserm bis dahin so glücklichen Vaterlande nur Unheil bereitet, es aus dem allgemeinen Wohlstande und den Segnungen des Friedens in Schulden verwickelt, seiner gewohnten industriellen Thätigkeit und Fortbildung Einhalt gethan hat und in keiner Sphäre des öffentlichen und Privatlebens Glückseligkeit, sondern nur Unheil, Unzufriedenheit und Unfrieden geschaffen, Verarmung und Demoralisation befördert hat.

Die Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 setzte zwar dem revolutionairen Treiben des constitutionellen Unwesens einen Damm entgegen, aber sie ist doch noch auf den Grundsätzen des constitutionellen Principes erbaut, das mit dem monarchischen, unter dem Preußen zu seiner Größe, zu seltenem Ruhm und Wohlstande gelangt, nicht vereinbar. Denn jeder gesellschaftliche Verein gedeiht nur, wenn die Leitung in einer kräftigen Hand ruht. Wie viel mehr nicht im Staate, in der Hand eines Monarchen, der es unmöglich übersehn und vergessen kann, daß das Wohl seines Volkes unzertrennlich von dem seinigen ist. Die Verfassungs-Urkunde enthält noch Bestimmungen genug, die das Rechtsgefühl verletzen, die unverträglich sind mit einem kräftigen, entschlossenen Regiment, wie es Preußens Organisation und Stellung erfordert. Sie verfolgt noch immer Grundsätze, die einzelne Stände um ihre wohlerworbenen, für das Gemeinwohl höchst segensreichen Rechte beeinträchtigen. Sie entzieht durch die allgemeine Wählbarkeit einen sehr großen Theil der fähigsten Beamten zum Nachtheil für die Staatsverwaltung dem öffentlichen Dienste, ja gestattet, daß die Berathung und Beschlußfassung über die wichtigsten Gesetze der Parteileidenschaft, dem Zufall Preis gegeben sind.

Wir vermögen daher für unser theures Vaterland eine gedeihliche Zukunft nur in der Beseitigung dieser Verfassung, in der Wiederherstellung unsrer Landstände zu sehen, die ein berathendes Organ für die Gesetzgebung und Besteurung, ein vermittelndes Band zwischen dem Monarchen und seinem Volke bilden und mit Leichtigkeit alle, dieser Bestimmung entsprechende, segensreiche Attributionen in sich vereinigen können, ohne die Beamten dem öffentlichen Dienste zu entziehen und ganz geeignet, aus ihrer Mitte durch Deputirte, im Verein mit den vorgesetzten Behörden, Beschwerden gegen Beamte zu untersuchen und zu erledigen. Mögen dabei die Handels- und Fabrik-Interessen stärker als früher vertreten sein, das conservative Element des ersten Standes wird darin prävaliren müssen, da die kürzlich vergangene Zeit auch das Vorurtheil beseitigt hat, als habe sich der erste Stand, blind gegen das auf seine Interessen rückwirkende Gedeihen jener beiden Stände, je Uebergriffe zu Ungunsten derselben erlaubt.

Eine hohe Kammer wolle daher im Hinblick auf jene hauptsächlichsten Mißverhältnisse des unserer Verfassung zum Grunde liegenden constitutionellen Prinzips und in hochherziger Selbstverleugnung Se. Majestät den König seines auf die Verfassung geleisteten Eides Namens des von Hochderselben vertretenen Preußischen Volks entbinden, um völlige Aufhebung derselben und Herstellung der frühern Landstände bitten und ihrer ruhmvollen Aufopferung für den Frieden und das Glück des Preußischen Volks damit ein Denkmal stiften, das sich glänzend unter den Erinnerungen der Vor- und Nachwelt erheben, von der ganzen civilisirten Welt die ehrendste Anerkennung finden und der gerechte Gott zum Glücke unsers theuren Vaterlandes segnen wird. —

Aus dem Pyritzer Kreise in Pommern.
(Folgen die Unterschriften.)

Verantwortlicher Redacteur: Wagener.
Druck und Verlag von C. G. Brandis in Berlin, Dessauerstr. 5.